

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale CONQUISTE del LAVORO di Roma del 24-X-74
(CISL)

Svizzera. Un no deciso al referendum antistranieri

Con la vittoria di chi ha saputo valutare in modo non solo economico, ma anche e soprattutto umano, la portata dell'avvenimento, si è concluso in Svizzera il referendum popolare voluto da quella parte di cittadini (abbastanza consistente in verità, anche se sconfitta) che ha cercato di risolvere i propri intenti nazionalistici e protezionistici con un moto ottusamente e dannosamente xenofobo. La percentuale dei votanti è stata altissima, la più alta mai registrata nella Confederazione Elvetica; la affluenza alle urne dei cittadini è stata mediamente del 70%, con punte del 75 e del 78%, e ciò indica quanto sia stato ed è tutt'ora avvertito il problema dell'immigrazione in uno stato che dà lavoro ad 1.300.000 stranieri (di cui circa la metà italiani), e quanto sia considerato importante il ruolo nell'economia nazionale. La netta vittoria degli « esterofili », 1.689.870, equivalenti al 66% dei votanti, sugli xenofobi del partito di Azione Nazionale (878.739, pari al 34%), non ha mancato di suscitare profonda soddisfazione: tutti e 22 i cantoni svizzeri hanno dato al referendum una risposta democratica e progressista, anche quei cantoni, sette, che erano considerati la roccaforte del nazionalismo. Una certa soddisfazione per l'andamento della votazione è stata espressa persino da quello Schwarzenbach, — nel '70 si rese promotore del primo moto xenofobo in Svizzera — che insieme al partito socialista ed ai sindacati nazionali, si è dichiarato contrario alle proposte di legge del partito di Azione Nazionale come pure contrario alla politica federale fino ad ora adottata per l'inforestamento. Relativa tranquillità, quindi, per i 600.000 connazionali emigrati in Svizzera per ne-

cessità di lavoro. Ma fino a quando? L'interrogativo è più che legittimo, considerando che la Confederazione Elvetica non sta ancora attraversando una vera e propria crisi economica e che pertanto non ha ancora affrontato il problema della occupazione: ma quale sarà la risposta degli svizzeri al nuovo referendum che il presidente del partito di Azione Nazionale Valentin Oehn sta già preparando per il 1976, se nel frattempo la crisi che stanno subendo gli stati industrializzati colpirà anche il loro? Scontento in Italia perciò, ma perplessità per il futuro — 878.739 xenofobi sono già molti — per il fatto che la mancata programmazione economica ed una politica di copertura ad un sviluppo capitalistico hanno costretto così tanti italiani ad emigrare e li costringe, soprattutto in un momento di congiuntura come l'attuale, a seguire con il fiato sospeso le decisioni che altri stanno preparando per il loro incerto futuro. Ma se lo spettro della disoccupazione si è appena allontanato dagli emigrati italiani in Svizzera, il problema si ripropone in modo drammatico in Germania, dove moltissimi operai stranieri sono stati licenziati o si sono autoliceziati, indotti anche dai premi di licenziamento offerti loro dal governo tedesco e dalla falsa propaganda sulle possibilità di un loro riassorbimento nei loro paesi.

La Federazione CGIL, CISL e UIL ha chiesto l'intervento e l'interessamento delle autorità italiane e comunitarie affinché accertino la situazione, informino e consiglino gli emigrati e prendano le misure necessarie a salvaguardare l'occupazione dei nostri connazionali.

□ Francesco Guzzardi



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Neue Zürcher Zeitung di Zürich

del 26/12 - X - 26

Nach einem anderen wären wir auf dem Wege in reaktionäre Verhärtung, in einen engen Isolationismus, Provinzialismus, Rassismus. Nach einem weiteren wären wir zu einer blind daherrampelnden, orientierungslosen Konsumentenherde geworden und hätten das Maß in setzen lassen allen Dingen verloren. Und nach wie vor der einem anderen kämen wir insgesamt nicht mehr draus, wären wir von Zukunftsängsten besessen und anfällig für Hysterie oder auch Nostalgie, jedenfalls auf der Flucht aus einer unentwirrbaren Gegenwart.

Gemeinsam ist den meisten Visionen die Annahme, daß wir in einer unhaltbaren Identitätskrise stecken, daß wir nicht mehr seien — oder sein wollten — oder könnten —, was das Land einst war oder nach dieser oder jener Vorstellung gewesen sein soll, daß bewährte helvetische Tugenden am Untergehen und keine dem Gemeinwesen dienlichen neuen in Sicht seien. Manche dieser Elemente sind in der Tat festzustellen; zusammengenommen, großgeschrieben und zu verallgemeinerten Zustandsbildern montiert, ergeben sie Belegmaterial für schwarzen Pessimismus.

Aus den Urnen aber kommt nun unversehens und mit unvervorteter Deutlichkeit das Bild *verantwortlich urteilender Bürger* — beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied der Generationen — zum Vorschein, mit Vernunft und Nüchternheit, mit Sinn für Maß, Recht, Menschlichkeit, Solidarität, also mit den totesagten Tugenden aus angeblich besseren Tagen ausgestattet. Und zum Vorschein kommt jene *liberale und humane Schweiz*, von der man nach Ueberkonjunktur und extremistischen Versuchungen nicht mehr recht wußte, wie tief und fest ihre Wurzeln noch seien.

und nicht einmal viel weniger «fortschrittlich» regiert, als ihn eine parlamentarische Letztinstanz regiert hätte. Er hat du es den vernünftigen Gebrauch, den er davon machte, Vertrauen in das System gerechtfertigt, das er sich gewählt hat. Aber doch nicht bindendes Vertrauen, das das Risiko nicht sähe. Das Risiko, daß die freie Entscheidung auch zugunsten einer verführerisch präsentierten Radikalkur fallen könnte, die nur für das genauere fallende Urteil als Katastrophe erkennbar war — dieses Risiko hat denn auch manchem Stimmbürger bis vor einer Woche bange gemacht.

Der Ausgang der Prüfung zeigt, daß wir mit dem Wagnis der direkten Volksentscheidung — sofern sie thematisch nicht überstrapaziert wird — nach wie vor leben können. Das Risiko ist zwar nicht völlig kalkulierbar, aber es kann getragen werden. Es hat seinerseits in großem Umfang Kräfte mobilisiert — siehe etwa die Genfer Abstimmungszahlen in diesem Falle —, die sonst, wenn es um scheinbar geringeren Einsatz geht, verborgen bleiben. Die Lethargie ist kein Bewußtsein vom Ernst der Entscheidung und dem Willen zur Teilnahme gewichen, der Bürger ist aufgestanden, die Abstimmungsdemokratie hat sich auf der Höhe ihrer Möglichkeiten und in ihrer eindrucklichen Würde gezeigt. So verloren, wie man bisweilen meint, ist die Schweiz mit ihren alten Institutionen auch in dieser Epoche politischer Abwertung offenbar doch nicht.

Nicht zu unterschätzende Auskunft gibt das «Nein» vom 20. Oktober auch auf die Frage, in welcher Verfassung wir uns als Volk derzeit eigentlich befinden. Darüber hat es in den letzten Jahren verwirrende und gegensätzliche Aussagen, Vermutungen und verabsolutierte Behauptungen gegeben, so daß es schwierig wurde, zu sehen, woran wir mit uns selber sind.

Es ist viel in *Klikschütz* gedacht und mit *Klikschütz* operiert worden. Nach dem einen wäre «die junge Generation» im Begriff, aus dem Staat, seinen Einrichtungen und Traditionen, seiner Geschichte und seinem «Selbstverständnis» gewissermaßen auszutreten oder auszuflüchten, um sich in Utopien, ungestaltete Anarchie oder in die Blütenwelt zu verlieren.

Nachwörter zum 20. Oktober

Der Urnengang vom 20. Oktober hat auf eine konkrete Frage eine konkrete und unmissverständliche Antwort gegeben. Was sie über den Volkswillen in bezug auf die *Fremdenpolitik* aussagt, ist in der Öffentlichkeit mit weitgehender Uebereinstimmung anerkannt und gedeutet worden. Es ist dem nichts hinzuzufügen — es sei denn die Anmerkung, daß jene landeswiderliche Interpretation, die als Resultat ohne viel Vorbehalte als Verunsicherung für die Bundesratspolitik beanstandet wurde, eine doch wohl eher aus dem Rahmen fallende Ueberinterpretation war.

In der Frage selber steckte aber mehr als nur das Ueberfremdungsthema, und die Antwort enthält Aufschluß über einiges, was nicht direkt gefragt, aber fraglich geworden war im Hinblick, das wir uns von uns selber machen. So über Sinn und Risiken, über die Tragfähigkeit und Belastbarkeit der direkten Volksentscheidung in Fällen wie diesem.

Die *direkte Demokratie*, wie sie vor hundert Jahren aus den Kantonen in die revidierte Bundesverfassung eingeführt worden war, ist und bleibt ohne Zweifel ein *Wagnis*, ja in den Augen der Verfechter repräsentativer, den Volkswillen parlamentarisch filtrierender Demokratie ein geradezu abenteuerlicher Zug unseres staatlichen Lebens. Eine Garantie dafür, daß es auch einmal bedenklieh schief damit gehen könnte, gibt es nicht. Niemand wird heute noch, wie in der demokratischen Gründerezeit, so verwegen sein, einer mystischen *volonté générale* oder gar der Mehrheit das unfehlbare Maß der Vernunft ein für alle Male und schlechthin zuzuschreiben oder zuzutrauen — nach allem, was uns die europäischen Geschichte seither an Möglichkeiten und Praxis der Manipulation des Volkswillens und der plebiszitären Verführung vor Augen gestellt hat.

An den Abgründen, die da drohen, ist der *Schweizerische Souverän* in den letzten hundert Jahren allerdings vorbeigekommen, und er hat sich per Bilanz — Unkosten und Verzögerungen gegen den Vorteil breiterer Abstützung aufgerechnet — selber wohl nicht schlechter



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSE

UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale del

Natürlich ist das Stimmvolk nicht anhand von «Nein» und «Ja» in Schafe und Böcke, in Verantwortlich-Vernünftige und andere zu scheiden. Angst hat auch bei der Mehrheit, berechnete Sorge um ein verlorengegangenes Maß bei der Minderheit ihre Rolle gespielt, und manches Protest-Nein mag auf der «falschen» Seite zu Buche geschlagen haben. Insgesamt ist hier aber doch ein eindeutiges Urteil im Sinne von Werten gefallen, die man dem besseren Teil des schweizerischen Erbes und Wesens zurechnen darf und muß.

Es ist also noch anderes vorhanden als Isolationismus, Konsumentenmentalität, Gegenwarts- und Zukunftsangst — und das andere hat sich stärker erwiesen als diese Anfechtungen. Es ist mehr Substanz inakt geblieben, als manche vermutet haben. Mit der unverdächtig Bescheinigung, seine innere Verfassung betreffend, die der schweizerische Souverän sich selber am 20. Oktober ausgestellt hat, kann man zufrieden sein, und man kann damit etwas anfangen.

F. L.



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

X

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Il Messaggero* di *Roma* del *22-X-24*

Ringraziano i Constantinescu

« Con queste nostre poche righe vogliamo esprimere tutta la nostra gratitudine al *Messaggero*, che con tanto calore ha appoggiato la nostra causa in quei diciotto giorni di sciopero della fame.

La nostra riconoscenza va anche alla « Voce » che ci ha dato, da parte dei suoi lettori, duecentocinquanta mila lire, somma che, però, noi ci impegnamo a restituire non appena saremo in misura di farlo, dagli Stati Uniti perché la « Voce » possa venire in aiuto di altri casi bisognosi.

Nello stesso tempo teniamo

a precisare, con la mano sulla coscienza, che l'aiuto de *Il Messaggero* è l'unica offerta in denaro che noi abbiamo accettato, da quando siamo in Italia e fino ad oggi, sebbene, durante i diciotto giorni di digiuno, ci siano state fatte molte generose offerte, che però abbiamo sempre rispettosamente non accettato.

Questa è la linea che continueremo a tenere, tanto più che la nostra vita è sotto l'egida delle autorità competenti per l'emigrazione. Con molta riconoscenza). - *Famiglie Sergiu e Corneliu Constantinescu.*

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

ROMA

di

Napoli

del

27-X

INTASCAVA DENARO IN CAMBIO DI « UN POSTO »

Tedesco a Napoli aveva truffato trenta somali: rimpatriato

**Si spacciava per «funzionario» di una fabbrica di Monaco di Baviera
Chiedeva 50.000 lire per ogni «offerta di lavoro» - Scoperto e denun-
ciato é stato accompagnato alla frontiera con foglio di via obbligatorio**

Aveva truffato trenta somali, promettendo un posto di lavoro in cambio di denaro, un tedesco, a Napoli da circa un mese: è stato accompagnato ieri alla frontiera con foglio di via obbligatorio.

Spacciandosi per funzionario di una fabbrica di elettrodomestici di Monaco di Baviera, aveva avvicinato i somali, in attesa di imbarcarsi, offrendo loro «un posto» sicuro, in cambio di una somma, trenta o cinquantamila lire, per «pagare le spese»; si serviva, come intermediario e interprete, di un cittadino somalo, caduto anche lui nella

squallida truffa; e la sua presenza assicurava i concittadini sulla «serietà» dell'offerta.

Sulle sue tracce erano, da qualche giorno, gli agenti della Mobile, che, sotto la guida del dott. Perrini, lavoravano per identificare il tedesco.

E' stato bloccato dagli agenti, ed accompagnato in questura; era sprovvisto di documenti, e, trascorsa la fragranza del reato, è stato denunciato a piede libero per truffa aggravata e continuata e rispedito in Germania.

Horst Bosniatzki, così almeno, ha detto di chiamarsi, nativo di Lipsia, ma residente a Monaco di Baviera, trentotto anni, era a Napoli da un mese. Aveva preso alloggio in un albergo di via Depretis, l'albergo «Washington» e, alla richiesta dei documenti, aveva detto che gli erano stati rubati, e che era in attesa di un duplicato.

Trovandosi a corto di quattrini, aveva architettato il «sistema» per «arangiarsi», sfruttando la circostanza che, nello stesso locale, era alloggiato un somalo, Siad Hassan, da Mogadiscio, 38 anni. Aveva, quindi, iniziato con la prima truffa della serie, promettendo al somalo un posto nella fabbrica di Monaco, di cui era «funzionario», in cambio di una somma per pagare le spese per la necessaria «documentazione». Intascate le prime cinquantamila lire, aveva «allargato» il «giro di affari». Utilizzando l'occasionale conoscenza come interprete, aveva avvicinato e truffato, con identica tecnica altri cittadini di colore, a Napoli in attesa di imbarcarsi, carpando la loro buona fede, con la prospettiva di un lavoro sicuro, come alternativa al futuro incerto.

I

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

de *Il Circolo*

di

11/1/54

del

27-1-54

Gli italiani della Volkswagen

I circa 4 mila operai italiani alla « Volkswagen » cominciano ormai a chiedersi se vale la pena restare nell'immensa fabbrica di Wolfsburg. « I ritmi sono aumentati a tal punto che per mantenerli bisogna correre avanti e indietro lungo la catena ». « Con le riduzioni di orario di lavoro, non si sa più quanto si prende a fine mese ». Ecco le due osservazioni più frequentemente raccolte nella grande sala comune - bar che serve le torri a sette piani di Kaesdorf, l'isolato villaggio a 5 chilometri da Wolfsburg dove sono alloggiati tutti gli scapoli (la stragrande maggioranza). Ma le difficoltà non si limitano al lavoro aumentato ed al salario diminuito. C'è anche il nuovo sistema invalso in fabbrica di spostare in continuazione gli operai.

Oltre alla tensione psicologica dei frequenti cambiamenti, ne deriva l'impossibilità di controllare i ritmi. « Quando siamo in un posto nuovo — spiega uno degli operai italiani — non sappiamo quanti pezzi all'ora lavorava il nostro predecessore. E alle nostre spalle il "meister" (il capo reparto) ci ordina di far presto, sempre più presto ».

La linea ufficiale della società — una multinazionale a capitale pubblico con oltre 215 mila dipendenti, 17 miliardi di marchi di fatturato lo scorso anno (oltre 4 mila 200 miliardi di lire) — è che la crisi nel settore richiede una ferrea razionalizzazione. Anche con riduzioni del personale. Ed infatti, alcune settimane fa, la « Volkswagen » ha annunciato un premio di liquidazione tra 5 mila e 9 mila 500 marchi (tra un milione e 300 e due milioni e 500 mila lire, a seconda dell'anzianità) per coloro che si licenzieranno. Subito — ricordano gli operai — si è

creata un'enorme ressa davanti agli uffici dell'amministrazione. Prendiamo i soldi — così pensavano i più — e ci troviamo un lavoro in un'altra fabbrica, magari in una zona meno decentrata.

Ma poi sono subentrate altre riflessioni: con oltre un milione di disoccupati previsti per questo inverno, la Repubblica Federale non si prospetta più come un'oasi di pace in un mare in tempesta. Gli operai hanno scoperto poi che chi avesse preso il premio, non avrebbe ottenuto la gratifica natalizia e non avrebbe avuto diritto per quattro mesi né a sussidio di disoccupazione, né alla cassa malattia. Due prospettive, queste ultime, preoccupanti in un momento di crisi.

E così dei 1200 circa che

avevano fatto richiesta, nei giorni scorsi hanno fatto le valigie soltanto un'ottantina. Gli altri aspettano ancora oppure — nella maggioranza — hanno cambiato idea. In ogni caso è la fabbrica che decide quali « autolicensing » accettare. I criteri non sono noti ma gli operai non hanno dubbi: verranno lasciati andare i più stanchi, quelli che si ammalano più spesso, quelli che non riescono a sostenere gli intensi ritmi di lavorazione. (Agenzia Ansa).

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Stampa

di

Torino

del

22-X-21.

Un lettore ci scrive:

• Avendo seguito con ansia la campagna del "referendum" della Confederazione Elvetica, desidero, se mi è consentito, esprimere la mia riconoscenza alle donne e agli uomini di cittadinanza svizzera; per l'umanità che hanno dimostrato con il risultato delle votazioni, impedendo così un'ingiustizia nei confronti dei lavoratori stranieri.

Andrea Picco

Solo un milione e mezzo di siciliani sparsi in tutto il mondo non potranno dire la loro alla Conferenza nazionale dell'emigrazione

Il sasso in bocca agli emigrati

La Sicilia non si è ancora preparata all'assise di Roma. Qualcuno andrà ma senza idee precise

La Sicilia, con il suo milione e mezzo di emigrati sparsi in tutto il mondo, rischia di non essere rappresentata alla «Conferenza nazionale dell'emigrazione» che si farà a Roma dal 17 al 21 dicembre. La Regione più interessata al doloroso fenomeno che priva l'isola dalle migliori forze lavorative, stentando le famiglie, non ha ancora predisposto l'ideale preparazione di un'organica partecipazione alla organica partecipazione alla

A Roma, insomma, probabilmente andranno piccoli gruppi isolati senza un programma comune di richieste, senza un'idea unitaria su cui puntare per migliorare le condizioni dei nostri emigrati all'estero, senza una serie di proposte concordate per frenare l'emorragia di braccia e rendere meno avvilente il «quarto mondo».

Il paradosso è stato fatto rilevare dal segretario regionale per la emigrazione del-

l'Istituto Paolo VI» che ha emanato un documento diretto al presidente dell'ARS e della Regione, all'assessorato al Lavoro e ai componenti della quinta commissione regionale, attualmente impegnata nell'esame della legge a favore degli emigrati nei paesi della CEE.

Il documento del Se.Re.E.S. — ricordando anche gli accorati richiami dell'episcopato siciliano — sollecita la Regione a prendere iniziative al fine di organizzare una serie di incontri, di preferenze, appunto per concordare quanto la Sicilia deve dire e deve chiedere per le sue centinaia di migliaia di lavoratori costretti a svolgere la loro opera lontani dalla loro terra, dalle loro case e spesso anche dalle loro famiglie.

Il Se.Re.E.S. con l'occasione nel farsi portavoce presso gli organi competenti di questa viva e pressante richiesta degli emigrati siciliani sollecita l'approvazione della legge sull'emigrazione «non potendo più giustificare l'inspiegabile lentezza e i ritardi con cui, si sta rinviando a tempi imprecisati l'attuazione della legge stessa».

La Sicilia è l'unica regione d'Italia a statuto speciale che non ha una legge sugli emigrati.

Di progetti di legge se ne sono fatti parecchi ma mai nessuno è riuscito a passare. Due anni fa di tre progetti se ne fece uno solo che, dopo lungo travaglio, iniziò il suo iter.

Questo unico disegno di legge, come abbiamo detto, è ora all'esame della quinta commissione della Regione, ma sebbene se ne parla dalla scorsa primavera si è giunti all'approvazione di solo nove articoli su trenta.

La legge, una volta divenuta tale, disporrà una serie di provvidenze a favore degli emigrati siciliani nei paesi della CEE e nella Svizzera. Ed è questo un primo appunto che si fa al progetto da parte delle associazioni di categoria non si prendono in alcuna considerazione i lavoratori che sono emigrati, in America, in Canada ed in quei paesi europei che non fanno parte del Mercato comune.

Un'altra critica mossa al progetto che si avvia — tanto lentamente — a diventare legge è quella che nella consultazione regionale per gli emigrati non sono presenti proprio gli emigrati, gli unici cioè che possono, perché li vivono e li soffrono, dire quali sono veramente i problemi del «quarto mondo». Anche se incompleta, imperfetta e discutibile, tuttavia, gli emigrati e le varie associazioni di categoria, attendono questa legge se non altro — afferma il documento del Se.Re.E.S. — come «un dovuto riconoscimento dell'apporto positivo che le rimesse dei lavoratori all'estero danno all'economia dei loro paesi e della Sicilia tutta».

Insomma, meglio questa legge che si sta varando che niente. Ma bisogna far presto. Di tempo se ne è perso abbastanza.

Un apprezzamento ai nostri emigrati in Svizzera è già venuto dal referendum elvetico che ha respinto la proposta di rimandare a casa i lavoratori stranieri. In Svizzera vivono circa 150 mila siciliani per i quali l'espulsione sarebbe stato un dramma di proporzioni inimmaginabili. Sono stati riconosciuti il loro valore ed il loro contributo al benessere di quel paese. La Sicilia, loro terra, indugia troppo per fare altrettanto.

Gianni Daniele

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Giornale di Sicilia Palermo del 27-X-74

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Giornale di Sicilia di Palermo

del

28-X-44

La vertenza di Termini Imerese

Come faremo quando gli emigrati ritorneranno?

E' inaccettabile che si segni il passo perchè le infrastrutture finanziate dalla Cassa per il Mezzogiorno non vengono realizzate

C'è un motivo in più per preoccuparsi ulteriormente della grave crisi economica che sta travagliando in modo particolare il Termitano. «Dobbiamo temere l'emigrazione di ritorno»: in queste poche parole pronunziate da un funzionario dell'Ufficio del Lavoro c'è tutto per arguire il dramma. Queste cifre fredde, ma reali rispecchiano una cruda realtà di un Meridione, è della Sicilia in particolare, che ri-

schia di diventare più depresso di quanto lo era un decennio addietro.

Queste le note più «chiarre» di un quadro scuro ed incerto fatto nel corso dell'incontro-fiume tra il presidente della Regione, on. Bonfiglio, e le organizzazioni sindacali ed i sindaci dei paesi del Termitano per un ulteriore esame della «vertenza di Termini Imerese».

Ci sono poi le gravissime remore che hanno causato i ritardi — oggi più che mai ingiustificati — della messa in moto delle industrie che avrebbero potuto dare la famosa soda che dovrebbe produrre appunto la Chimica, che oggi viene richiesta sul mercato mondiale.

E' inconcepibile che si segni il passo perchè le infrastrutture finanziate dalla Cassa per il Mezzogiorno non vengono realizzate. Il grido di allarme sollevato da più parti, la necessità di accorciare i tempi, prima che diventi veramente troppo tardi, hanno fatto saltare fuori l'impegno concreto della Regione «la quale non riconosce — come ha detto Bonfiglio — sul piano della legittimità quegli interventi che non passano attraverso la Regione stessa».

Da qui la necessità di un coordinamento e collegamento (Cassa per il Mezzogiorno in particolare) di tutte le forze attive «perchè la democrazia — ha aggiunto il presidente della Regione — vive di fatti e di partecipazioni». In sostanza, un'industria pronta all'ottanta per cento, la Chimet, non può aspettare venti mesi per le opere infrastrutturali quando una volontà politica veramente decisa può riuscire a mettere una grossa pezza su una situazione economica che rischia di franare velocemente.

Per l'agricoltura il discorso deve essere affrontato e proiettato avanti, mentre quello Fiat va inquadrato in altre dimensioni a livello nazionale. Per le industrie del gruppo chimico i tempi debbono essere giustamente accorciati per recuperare il tempo perduto e non gettare il Termitano definitivamente verso una china sempre più pericolosa.

Franco Amodeo

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Osservatore Romano Città del Vaticano 27-X-74

I lavori preparatori della conferenza sull'emigrazione

Il progetto organizzativo della Conferenza nazionale dell'emigrazione è stato definitivamente messo a punto nel corso di una riunione presso il CNEL, presieduta dal Sottosegretario agli esteri, Granelli. Il progetto sarà ora sottoposto alla approvazione del Comitato organizzatore, che dovrebbe riunirsi al più presto per consentire la realizzazione della conferenza entro il dicembre del 1974, secondo il disposto della legge.

Alla fine della riunione il Sottosegretario Granelli, ha assicurato che il Comitato organizzatore verrà immediatamente convocato a conclusione della crisi dal nuovo governo. « Nell'ipotesi di una lunga durata dell'iter della crisi governativa — ha detto Granelli — non si mancherà di prendere contatto con il Presidente del Consiglio e con il Presidente incaricato per esaminare l'opportunità di convocare in tempo utile il Comitato organizzativo ».

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Osservatore Romano di Città del Vat. 27-X-74

LA SVIZZERA DOPO IL «REFERENDUM»

Il futuro dei nostri emigrati

«Costruire un avvenire in comune» hanno scritto i giornali elvetici dopò la vittoria a favore degli immigrati - E' giunto il momento di chiarire, ordinare e programmare una seria politica migratoria - Lasciarli soli, significa venir meno ad un impegno, significa sfruttare l'uomo

(Dal nostro inviato)

GINEVRA, 26.

«L'avenir avec eux». Costruire un avvenire comune. E' questo lo slogan apparso sui giornali svizzeri all'indomani del rifiuto della terza iniziativa contro gli stranieri. La vittoria è stata salutata dal popolo, dai politici e dai sindacati come una conquista. «E' stata la vittoria della ragione e del buon senso — mi ha detto Enrico Bellotto, un dinamico lavoratore veneto approdato da oltre quindici anni in terra elvetica —. Ma — ha subito aggiunto — forse è stata anche la vittoria dei loro interessi socio-economici. Non sono stati certamente i motivi umani che hanno spinto a votare "no". Il motivo umano sa di altruismo, di partecipazione, di corresponsabilità. Fino a quando questo movente sia stato alla base della loro scelta è difficile dirlo. E' importante però essere usciti da questa lotta con una grande dose di coraggio. L'emigrante non è solo un problema per se stesso; a volte un enigma. E' un problema per gli altri. E' giunto il momento di chiarire, di ordinare e di programmare una seria politica migratoria. Lasciarci di nuovo soli, sbattuti da mille sventure, significa venir meno ad un impegno, significa sfruttare l'uomo».

I problemi del dopo referendum stanno ora sul tappeto. Sono problemi che scottano. Gli xenofobi non si son dati per vinti. Esce di scena uno e gli succede un altro. Prima Schwarzenbach poi Oehen.

poi Schwarzenbach, poi di nuovo Oehen. Si gioca sull'uomo. Entrambi vogliono ritornare all'attacco. Lo hanno dichiarato apertamente e subito. Schwarzenbach, il «leader» dell'iniziativa del '70, ha presentato nel marzo scorso al Parlamento un'altra iniziativa popolare. Bisogna salvare la Svizzera a tutti i costi, va ripetendo ancora. Oehen ha detto che la sua Nazionale Action si sente in dovere di continuare la battaglia. I risultati di domenica scorsa non l'hanno sconvolto.

Continuare una simile lotta senza senso tinta, significa in verità perdere danari e tempo, fomentare l'odio e il razzismo, curare l'hobby della perdita del tempo. Ma, a quali vantaggi?

L'ex presidente della Confederazione Celio, all'indomani del referendum ha affermato che per promuovere una iniziativa popolare bisognerebbe raccogliere duecentomila firme e non come ora soltanto cinquantamila. Una proposta anche questa, che potrebbe dare un senso più legittimo e più ampio ad ogni iniziativa popolare. D'altra parte sono forse anche questi gli scherzi del regime democratico svizzero, dove il popolo è chiamato ad esprimersi su tutto e su tutti.

Al primo gennaio di quest'anno risultavano presenti in territorio elvetico 1.052.500 stranieri così suddivisi: italiani 551.880 (52,4 per cento), spagnoli 119.100 (11,3 per cento); tedeschi 111.400 (10,6 per cento); francesi 53.000 (5 per cento); austriaci 43.000 (4,1 per cento); jugoslavi 31.000 (3 per cento); di

altri Paesi: 142.600 (13,6 per cento). Il numero dei frontalieri ammonta attualmente a 98.000 unità, di cui 45.000 francesi. Gli stagionali oltre 195 mila, in massima parte italiani e spagnoli. I funzionari internazionali e i loro familiari costituiscono un gruppo di 23 mila unità.

Una massa simile crea indubbiamente una serie di problemi: lavoro, occupazione, casa, famiglia, figli, scuola, integrazione, partecipazione. Tutti questi problemi sono rimasti fino ad oggi, quasi come sospesi nel buio. Non esiste una precisa definizione dei diritti del lavoratore emigrante in terra elvetica; è assurdo che tutta questa massa di gente, quasi figlia di nessuno, venga «diretta e governata»

da una serie di «norme» di polizia federale e cantonale.

L'emigrante porta con sé un bagaglio di valori. Non può quindi considerarsi un emarginato. Trovare lavoro, trovare casa (è difficile anche qui, perché i prezzi sono saliti di molto), partecipare alla vita di quartiere e della città, mandare i figli a scuola (a quella italiana) è un'impresa difficile. Sul treno Berna-Ginevra, ho incontrato proprio martedì mattina, due ragazzi e tre ragazze, figli di emigranti. Erano saliti a Friburgo. Erano già passate le undici. Andavano a Losanna per frequentare la scuola media italiana. Ogni giorno così. La stessa storia. Ritornano a casa alle 19. Per pranzo un panino con-



Ministero degli Affari Esteri

2

DIREZIONE GI

AFFARI SOCIALI

RASSEGNA I

L'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

..... del

sumato durante la breve pausa. Parlare con questi figli dell'emigrazione è stato come rivivere un momento nostalgico e felice. Vicino a noi un medico negro del Congo che lavora all'ospedale cantonale di Losanna. Anche lui un emigrato, sposato con una donna italiana. La conversazione non poteva non cadere sul fatto del giorno: i risultati del referendum. Anche questi figli dell'emigrazione avevano seguito con molta ansia la cronaca degli avvenimenti e dei risultati dell'iniziativa popolare. Quasi al margine di una situazione scottante, e nel contesto coinvolti in prima persona, questi figli dei migranti pagano a caro prezzo e ogni giorno il senso dell'« esilio ». Inseriti per forza in un contesto di vita diverso dal nostro, devono in conseguenza cambiare, « aggiornarsi ». Un trauma ben noto e molto spesso di vaste proporzioni, perché mette in discussione sin dalla radice la naturale crescita del nucleo familiare. Questo uno dei tanti problemi che sconvolgono il fenomeno migratorio.

« Costruire l'avvenire comune di due comunità è impegno di tutti — mi ha detto Françoise Balmer, una giovane svizzera laureata in giurisprudenza all'Università di Ginevra. Noi giovani dobbiamo impegnarci ad accogliere l'emigrante con molta umanità, perché questi porta con sé un mondo di valori che noi forse non abbiamo. E' la mentalità in primo luogo che va cambiata. L'emigrante è uno come noi, in tutto. Il voto dei giovani e delle donne

è stato determinante. Sono contenta per questo traguardo, perché rispecchia un cambiamento di mentalità. E' una conquista ».

Gli emigranti restano ancora in terra elvetica, ma dove sono i loro diritti? Fino a quando devono attendere? Dalle recenti dichiarazioni dei responsabili elvetici ed italiani sono emerse linee programmatiche ben precise. Entrambe le parti sono chiamate ad agire in un modo serio, costruttivo, lungimirante. E' questione di giustizia. E' un dovere avvertito già con molto ritardo

GIANFRANCO GRIECO

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *La Voce d'Italia* di *Caracas* del *28-X-74*

LO STATO VENEZOLANO ASSICURA

CARACAS.- Speculazioni politiche, voci infondate, manovre tendenti a tergiversare la corretta interpretazione della legge, hanno provocato negli ultimi giorni il

Servizio di IVO GIURIOLA

diffondersi di un certo nervosismo che ha portato moltissime persone ad affollare gli uffici della "Superintendencia de Inversiones Extranjeras" per compilare affannosamente l'ormai famoso modulo DIEX 05, relativo alla venezolanizzazione del capitale.

La "Superintendencia de Inversiones Extranjeras", a carico del Dr. Rafael Soto Alvarez, con abnegazione degna di ogni lode, lavora a pieno ritmo per soddisfare le ormai innumerevoli domande di cittadini immigrati che, consci dell'identificazione dei propri interessi e del proprio avvenire con quelli del Paese, chiedono di venezolanizzare i propri beni.

Negli uffici al quarto piano della Torre Phelps di Piazza Venezuela (adibiti alla distribuzione e ricezione dei moduli 01 e 05) centinaia di persone sfilano quotidianamente.

Purtroppo la scarsa conoscenza della legge da parte di troppi interessati intralaccia il lavoro degli impiegati.

E' da rilevare come, spesse volte, questa ignoranza, negli imprenditori che hanno a loro carico la responsabilità di imprese non insignificanti, fonte di lavoro per centinaia di persone, possa definirsi senz'altro censurabile.

Abbiamo visto dei funzionari della SIEX, con tanto di microfono, rivolgersi a gruppi di persone per convincerli che la loro situazione era tale per cui non si

ta di riempire i moduli 05. Abbiamo visto anche dei cittadini i quali, non si sa per quali motivi, s'affannavano a convincere i clienti che anche per l'introduzione dei "05" vigeva il termine del 29 ottobre. Il che, come i nostri lettori sanno, non è assolutamente vero.

Intanto all'"Extranjeria" l'apparato burocratico addetto alle naturalizzazioni è letteralmente saltato. E' successo che le domande di naturalizzazione, la cui media giornaliera si è aggirata negli ultimi mesi sulle 250-280 unità, si sono moltiplicate, raggiungendo un livello tale che il lavoro dei funzionari non riesce materialmente a far fronte alla affluenza del pubblico.

Anche questo fatto ha dato adito ad una serie di infondate speculazioni da parte di settori evidentemente interessati.

Tale incremento notevolissimo delle domande di naturalizzazione merita qualche considerazione, non politica od economica, bensì psicologica.

Abbiamo il dovere di cercare di comprendere il fenomeno, interessante sotto ogni aspetto, da un punto di vista umano. E' questo pur-

Ritag

troppo il lato assai spesso trascurato di tutte le vicende che riguardano il mondo della immigrazione. La gran massa degli immigrati - con un periodo "medio" di residenza di più di quindici anni - ha deciso da molto tempo, ormai, che questa terra è la loro Patria. Patria non solamente in senso economico, bensì nella pienezza del significato. Ed hanno altresì accettato l'idea di unire il loro destino a quello di questo Paese che ha dato loro lavoro ed opportunità, diventando così casa e focolare. Il decreto 63, ed il nuovo regolamento della legge di naturalizzazione, varato nel mese di giugno dal Presidente della Repubblica (e che raccoglie con ampiezza di criteri le proposte suggerite dal nostro Giornale nella nota Lettera Aperta diretta al Capo dello Stato nella edizione speciale del marzo di quest'anno) hanno agito e stanno agendo come elementi catalizzatori dell'ultima fase del processo d'integrazione.

Il processo di integrazione, che culmina generalmente con l'atto solenne della naturalizzazione, è stato vio-

CONTINUA IN PAG. 5

PRIMA PAGINA

PIENA GARANZIA

lentamente accelerato dagli elementi catalizzatori e di qui il vertiginoso moltiplicarsi delle pratiche di naturalizzazione.

Non dobbiamo quindi meravigliarci per questo fatto, che d'altrove era perfettamente prevedibile e, in effetti, previsto da almeno otto mesi.

Vogliamo comunque ricordare che non c'è nessun obbligo di naturalizzarsi per adempiere le disposizioni inerenti alla legge sugli investimenti stranieri. La naturalizzazione è un atto liberissimo che uno può compiere solamente come scelta cosciente e può essere fatto in qualsiasi momento. Date le circostanze, consigliamo vivamente chi abbia deciso di naturalizzarsi di aspettare - per sua comodità - qualche settimana prima di inoltrare la pratica.

Ancora una volta ripetiamo che coloro i quali abbiano deciso di venezolanizzare i propri capitali, possono farlo tranquillamente in qual-

siasi momento. Lo Stato venezolano garantisce pienamente agli immigrati il godimento di tutti i loro diritti. Il Venezuela non è certamente uno di quei Paesi che nel mondo arabo hanno ripagato l'opera dei nostri coloni sfrattandoli brutalmente dalle case e dalle terre in nome di un nazionalismo carico di risentimenti e di frustrazioni non certo imputabili ai nostri lavoratori.

Il regime previsto dal decreto 63 non si applica ai venezolani ed agli stranieri che vogliono aderire al trattamento previsto dall'art. 21 del decreto stesso, e che manifestino quindi di rinunciare al diritto di riportare capitali e di rimettere all'estero i profitti prodotti dagli stessi. E per la gran massa degli immigrati vogliamo riprodurre attualmente le parole del Dr. Rafael Soto Alvarez - Superintendente agli investimenti stranieri - che con grande capacità e comprensione ha saputo adempiere pienamente agli scopi dell'ufficio che presiede. Queste parole rispecchiano fedelmente la situazione della massa

degli immigrati: "En el caso de los inmigrantes en Venezuela, es obvio que ellos no tendrían interés en ser tratados como inversionistas extranjeros, porque además sus pequeños capitales han sido generados en el país. Ellos no son importadores de capital, sino

creadores de capital a través del esfuerzo propio y trabajo honesto. En todo caso, pueden recurrir al art. 21 para expedirles una Credencial de Inversiones Nacionales, o recurrir a la naturalización, todo lo cual puede hacerse en el futuro, cuando ellos lo deseen".

IYO GIURIOLA

Revision

des Emigrationsabkommens?

Bern, 26. Okt. (sda) Der Ausschuß des «Comitato Nazionale d'Intesa» (CNI), des Koordinationskomitees der italienischen Emigrantenorganisationen in der Schweiz, hat sich in einem am Samstag veröffentlichten Communiqué für eine Revision des italienisch-schweizerischen Abkommens über die Emigration von 1964 ausgesprochen. Das CNI fordert namentlich die Abschaffung des Saisonarbeiterstatuts.

In der am Samstag über Radio Monte Ceneri, Beromünster und Sottens ausgestrahlten Sendung für die Italiener in der Schweiz erklärte Bundesrat Kurt Furgler, die schweizerische Regierung gebe der Stabilisierung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte erste Priorität vor jeglichen Schritten zur Revision des italienisch-schweizerischen Abkommens von 1964.

Irreführung des Schweizervolks?

Die Nationale Aktion zum 20. Oktober

Zürich, 26. Okt. (sda) Als «nicht überraschend» bezeichnen die Zentralvorstände der Nationalen Aktion und der Jungnationalen Aktion das Abstimmungsergebnis vom 20. Oktober in Anbetracht der «massiven gegnerischen Propaganda zur Verunsicherung des Schweizervolkes und der vielerorts festgestellten Nötigung der Stimmbürger». Die Zukunft werde zeigen, erklären die Zentralvorstände in einer am Samstag nach einer gemeinsamen Sitzung in Zürich veröffentlichten Stellungnahme weiter, daß nicht die NA eine Niederlage erlitten habe, sondern die Mehrheit des Schweizervolkes irreführt worden sei.

Die Zentralvorstände der NA und der JNA erklärten, seit dem 21. Oktober häuften sich im Sekretariat der NA Meldungen über Entlassungen von schweizerischen Arbeitnehmern. Sie verlangen deshalb vom Bundesrat, er müsse dafür sorgen, daß keine Schweizer wegen Arbeitsmangels entlassen würden, so lange ausländische Jahresaufenthalter in der gleichen Berufskategorie tätig seien.



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Unità

di

Roma

del

28-8-54

Per la stampa comunista

La Federazione di Zurigo oltre i dieci milioni

ZURIGO, 27 ottobre

La Federazione del PCI di Zurigo, dopo decine e decine di feste attorno all'Unità che hanno visto la partecipazione di migliaia di emigrati, ha raggiunto e superato l'obiettivo dei 10 milioni per la stampa comunista. Un grande successo si è anche avuto nel tesseramento al PCI, col 113 per cento di iscritti rispetto allo scorso anno.



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *L'Unione delle Cere* di *Milano* del *28-X-*

Sul referendum svizzero

Il risultato del recente referendum svizzero è stato commentato, con ogni possibile elogio, come la vittoria del buon senso e dell'umanità della patria di Guglielmo Tell. Ho sentito però proprio ieri un commento molto amaro, e non so fino a che punto pertinente, di un nostro connazionale (probabilmente pensionato dell'emigrazione): «E quando mai si è visto un padrone buttar fuori di casa gli schiavi?».

Roberto Crosta (Milano)



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Stampa Sera

di

Torino

del

25-10

Svizzeri e italiani "parità,, a scuola

Berna, 27 ottobre.

Riuniti oggi nella cittadina di Lenzburg (Cantone di Argovia), i delegati dell'associazione svizzera degli insegnanti hanno dedicato particolare attenzione ai problemi connessi alla preparazione scolastica dei figli degli emigrati italiani. Al termine di un lungo e costruttivo dibattito hanno adottato, a larghissima maggioranza, una risoluzione che prevede la totale integrazione dei ragazzi stranieri nelle scuole locali.

Durante i lavori, ai quali ha partecipato il ministro federale dell'Istruzione Huerlimann, è stato anche approvato il rapporto elaborato da un apposito gruppo di esperti. In tale relazione viene in sostanza sottolineato che non basta accelerare il processo di assimilazione dei giovani di nazionalità estera, ma in pari tempo è opportuno ampliare i programmi di studio, dalle elementari alle medie superiori, affinché essi possano acquisire sufficienti nozioni della lingua e cultura dei loro paesi di origine.

I. f.

FINO AD UN MASSIMO DEL 40 PER CENTO

Recuperabili in Svizzera le tasse dei frontalieri

I comuni lombardi e piemontesi dove abitano i pendolari impiegheranno le somme in opere sociali

Lavena-Ponté Tresa,
27 ottobre.

Il problema del rimborso di parte delle imposte pagate dai nostri lavoratori in Svizzera ai comuni di residenza dei frontalieri, cioè degli italiani che giornalmente si recano a lavorare in territorio elvetico, si avvia a soluzione.

Tre sono i fattori che hanno contribuito a sbloccare la situazione: il risultato dell'ultimo referendum elvetico che ha eliminato il pericolo di un massiccio rimpatrio dei nostri lavoratori; il decreto del ministero degli interni che riconosce giuridicamente il « Consorzio comuni italiani di frontiera con il Canton Ticino »; la firma dell'accordo italo-svizzero relativo alla imposizione delle remunerazioni dei frontalieri e alla compensazione finanziaria delle spese sostenute dai comuni italiani in cui i lavoratori risiedono. Tale accordo, che sancisce finalmente il diritto dei comuni di frontiera al rimborso di parte delle imposte pagate dai nostri lavoratori in Svizzera, avrà la durata di cinque anni (con effetto retroattivo 1 gennaio 1974) ed entrerà in vigore non appena ratificato dai rispettivi organi competenti.

Questi i punti essenziali della relazione del sindaco di Lavena-Ponté Tresa, Antonio Sanna, presidente del Consorzio, durante l'assemblea alla quale hanno partecipato i sindaci dei 48 comuni (24 del Comasco, 23 del Varesotto e uno del Novarese).

L'articolo 1 afferma che la remunerazione di un lavoratore frontaliere dipendente è imponibile soltanto nello Stato in cui lavora. Secondo lo articolo 2, « ognuno dei Cantoni del Grigioni, del Tici-

nò, e del Vallese, verserà ogni anno a beneficio dei comuni italiani di confine una parte del gettito fiscale proveniente dalle imposizioni — a livello federale, cantonale e comunale — delle remunerazioni dei frontalieri italiani pari al 20 per cento per il 1974, al 30 per cento per il 1975 e al 40 per cento per gli anni successivi, dell'ammontare lordo delle imposte pagate durante l'anno solare dai frontalieri italiani.

Tale compensazione sarà fatta in franchi svizzeri alla nostra Tesoreria centrale; le somme saranno trasferite ai comuni nei quali « risiede un adeguato numero di frontalieri d'intesa — per i criteri di ripartizione e di utilizzo — con i competenti organi delle regioni di confine interessate ». Nel primo semestre del 1975, quindi, la Svizzera verserà all'Italia — secondo un calcolo del presidente Sanna — un miliardo di lire.

Come impiegare l'ingente importo destinato ai comuni che secondo il Consorzio abbiano almeno un numero di frontalieri pari al 9-10 per cento della popolazione attiva? Sanna ha dichiarato — e l'assemblea ha approvato — che la gestione dei fondi spetta unicamente al Consorzio in accordo con la Regione, i comprensori e — dove esistono — i comuni montani. Inoltre la gestione stessa deve avvenire in modo da eliminare in maniera drastica le infrastrutture sociali carenti e di sanare le situazioni di carattere comprensoriale o intercomunale: in primo luogo occorrono scuole (materne, elementari, medie e professionali) e poi case, strade, fognature e depuratori.

Fulvio Campiotti

I

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Agenzia Itel

di

Roma

del

29-X-7

VOLKSWAGEN/L'ANFE INVITA GLI OPERAI ITALIANI A NON DIMETTERSI.
Roma, 29 (ital) - I lavoratori italiani occupati alla Volkswagen vanno messi in guardia da avventate dimissioni; i servizi sociali della Farnesina debbono svolgere quindi presso i nostri connazionali che lavorano nella fabbrica tedesca di automobili, una attenta opera di informazione. Queste due esigenze sono state illustrate al ministero degli esteri dalla on. Maria Federici, presidente dell'Associazione nazionale delle famiglie degli emigrati. In particolare, l'Anfe, informa l'agenzia ital, ha sottolineato che la Volkswagen "favorendo le dimissioni volontarie e offrendo ore compensative pone definitivamente fuori dell'azienda i lavoratori che presentano le dimissioni volontarie". Inoltre, l'Anfe ritiene che ai candidati alle "dimissioni volontarie" occorre illustrare anche le difficili condizioni economiche che troverebbero rientrando in Italia.

Tuttavia l'Anfe, informa l'agenzia ital, ha comunicato al ministero degli affari esteri "di essere a disposizione per l'assistenza necessaria ai nuclei familiari nel caso di rientri dalla Germania". (ital)

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

The Guardian

di

Londra

del

29-X-74

Tighter rein on Canada immigration

From ERIC MALLING: Ottawa, October 28

Fearing unemployment and imported racial tensions, Canada is gradually tightening its immigration policy. According to Mr Robert Andras, Minister of Manpower and Immigration, most foreigners who want to come to Canada in future will have to have secure jobs waiting for them or be willing to go where their skills are needed — frequently in remote areas.

He said the changes were necessary because "immigrants are applying and arriving in increasing numbers at a time when employment levels may well be uncertain, when housing is scarce and expensive, and many social services are strained to a critical point.

"These strains are being felt particularly in our three major cities (Montreal, Toronto, Vancouver), where more than half the immigrants who arrive this year will settle."

In spite of the stricter requirements, Canada will still accept about 200,000 immigrants each year, adding nearly 1 per cent annually to its total population of about 22 millions. With birth rates declining, Canada depends on immigrants to keep its population growing and to fill low-paying jobs in the service industries which Canadians often shun.

Mr Andras said, however, that the country could not cope with the tremendous growth in immigrants recently. Immigration has nearly doubled in the past two years as other countries have closed their doors and floundering economies in the developing countries make Canada increasingly attractive.

Canada accepted 122,000 immigrants in 1972, 184,000 in 1974, and this year it is estimated 225,000 will arrive. Without the changes officials feared that more than 250,000 would come next year.

Although the employment

situation is given as the main reason for the current cutback — rates of 7.5 per cent unemployment have been predicted for next year compared with 5.5 per cent this year — many suspect that racial difficulties are a factor.

The most dramatic increase in immigration has been from developing countries in South America, Africa, Asia, and the Caribbean. Nearly half the new Canadians last year came from countries in these areas, the rest mainly from Britain, the United States, Portugal, Hong-Kong, Greece, and Italy.

Most of those arriving from developing countries have settled in the big cities — usually

in ethnic neighbourhoods where there are increasing reports of racial incidents.

Mr Andras denied any racial discrimination in the new regulations but said: "If there are racial tensions developing — or were they to develop — I think they would be aggravated by the inability of the person coming to get access to decent jobs and housing, and so forth, and aggravated in their minds as being discriminatory once they got here."

Although Canada has no racial or religious discrimination in its immigration policy, it tends to concentrate overseas recruitment officers in European rather than Third World countries.

The new employment requirements will not affect sponsored immigrants — fiancées, sons and daughters under 21 years, or parents over

60 who can be brought into the country by citizen or landed immigrant with few questions asked.

Other immigrants, however, who come on their own or with the help of a relative, must pass through a points system and get at least 50 out of a possible 100 points. Those who come on their own are assessed according to education (20 points), immigration officer's personal assessment (15), occupational demand (15), area demand (5), occupational skill (15), age (10), arranged employment (10), knowledge of French or English (10), and relatives (5). Refugees do not have to pass the points test.

Under the new system, 10 points will be deducted from the required 50 if the immigrant does not have a job waiting or is not going to an area where his skills are needed. Further, the pre-arranged job will count only if the employer has tried and failed to get a Canadian to fill it.

The new job requirements are a temporary measure until Canada overhauls its whole immigration programme, probably in about two years' time. Mr Andras is now preparing a long-range plan setting out how much immigration Canada should have, where the immigrants should settle, and the type of workers most welcome.

— Washington Post.

In Germania è fallita l'operazione-licenziamento

Il tentativo, con la copertura dei sindacati tedeschi, è abortito per il pronto intervento delle organizzazioni italiane, che hanno denunciato il trucco

Mezzo milione di italiani che lavorano in Svizzera hanno tirato in un grosso sospiro di sollievo; mezzo milione di italiani che lavorano in Germania vivono ancora sotto l'incubo della disoccupazione: questi i diversi stati d'animo delle due più grosse colonie di nostri emigranti in Europa. C'è stato un momento, nei giorni scorsi, in cui si è seriamente temuto di veder presentarsi ai valichi di frontiera un milione di connazionali, tornati in Patria a cercare un lavoro che nessuno sarebbe stato in grado di fornire loro; questo pericolo si è ora dissolto per quanto riguarda la Svizzera; sussiste, invece, per la Germania.

Sono state le donne elvetiche, ammesse al voto per la prima volta nella storia della Confederazione, a determinare la pesante sconfitta degli xenofobi e a rivalutare il cantone di Uri, la patria di Guglielmo Tell, dalla quale aveva preso le mosse quel singolare personaggio fuori dal tempo e dalla realtà che è Valentin Oehen, il promotore del referendum contro i lavoratori stranieri

Si deve alle donne, infatti, se i voti positivi per i lavoratori italiani — e quelli spagnoli, greci, jugoslavi e tutti gli altri che hanno trovato lavoro in Svizzera — sono saliti al 66% dal 54% che aveva segnato il limite di una precedente iniziativa xenofoba, dovuta allora all'on. Schwarzenbach. E' ben vero che questo bel campione di democrazia e di umanità non demorde e già annuncia un nuovo referendum contro gli stranieri: ma è difficile che la Confederazione elvetica, uscita ancora con la qualifica di paese civile dalla triste prova di domenica scorsa, si accinci a seguire il perpetuarsi di certi isterismi nazionalistici; anche perchè è già abbastanza triste che uno svizzero su tre abbia votato per mettere alla fame e alla disperazione i lavoratori stranieri, che pur hanno certamente contribuito al benessere dei cittadini elvetic.

Ma se il voto svizzero ci toglie una grave preoccupazione, visto che i nostri lavoratori potranno continuare a svolgere la loro attività in Svizzera, cupe ombre sembrano addensarsi su quanti lavorano in Germa-

nia, dove non siamo ancora alla flessione della occupazione degli operai italiani, ma dove già alcune situazioni sericchiolano pericolosamente, sino a mettere in forse quella libera circolazione della mano d'opera che è pur sempre uno dei capisaldi della favoleggiata costruzione europea.

La situazione generale della Germania Federale nel campo del lavoro è sintetizzata nei documenti che gli esperti di cinque istituti di ricerca economici hanno presentato in questi giorni al governo di Bonn. In essi, presentando la relazione annuale sulla congiuntura tedesca, si considera unanimemente «inevitabile» per il prossimo inverno un milione di disoccupati; e questo penoso evento dovrebbe essere accompagnato da un rallentamento dell'espansione industriale, dalla perdita di posti di lavoro e, cosa che accomuna ormai tutti i paesi d'Europa, da un aumento dei prezzi. Queste nere previsioni di ordine generale, prospettando una recessione tanto massiccia, si scercheranno soprattutto sui lavoratori stranieri, fra i quali spicca la nutrita colonia italiana.

Le prospettive difficili: sono già venute a maturazione presso alcune grandi industrie, specie quelle automobilistiche che hanno risentito del difficile momento che, in tutto il mondo sta attraversando il settore dell'auto. E la prima a correre ai ripari è stata la «Volkswagen», costretta a contrarre la produzione e quindi indotta a cercare il metodo migliore per alleggerire il carico rappresentato dai lavoratori stranieri, italiani in massima parte, ma anche spagnoli, turchi, portoghesi, greci. E qui si è assistito ad uno strano — per non usare aggettivi

vazioni più pesanti — nubio fra la direzione della fabbrica di Wolfsburg e i sindacati, i quali hanno accettato il ruolo di copertura, facendo sì che i lavoratori stranieri non fossero opportunamente messi al corrente del fatto che li si stava bellamente abbindolando.

L'iniziativa della «Volkswagen» per sfoltire i quadri era questa: spingere gli operai alle dimissioni volontarie, con la promessa di un premio tra i cinquemila e i novemila marchi (da un milione e 250 mila lire, sino

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

de *Il Giornale d'Italia* di

Roma

del

28/29-X-41

Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

a due milioni 300 mila lire) per coloro che avessero accettato l'autolicensingamento.

Ma ai lavoratori venivano taciuti alcuni particolari, e cioè: che circa un terzo del premio (esattamente il 28%) sarebbe stato assorbito dalle tasse; che le dimissioni comportavano automaticamente le perdite al diritto dell'alloggio e all'indennità di disoccupazione, in quanto i dimissionari non vengono iscritti negli elenchi dei disoccupati; infine, che il premio assorbiva i sei mesi di indennità di disoccupazione, la indennità natalizia e il dividendo di cogestione, per cui in effetti coloro che

ELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

di del

avessero scelto la strada dello sfollamento volontario avrebbero finito per subire un vistoso danno. E il grave è che i sindacati tedeschi, constatato che l'iniziativa non toccava i lavoratori di casa, si guardavano bene dall'informare gli stranieri della vera natura e delle conseguenze insite nel premio. Ma forse ciò si deve al fatto che le organizzazioni sindacali tedesche possiedono una forte partecipazione azionaria nella «Volkswagen», e quindi hanno potuto giocare senza tanti complimenti allo sdoppiamento della personalità, vestendo, secondo i loro comodi, i panni di mister Hyde o del dottor Jeckill.

Ma quello che non hanno fatto i sindacati tedeschi, lo hanno immediatamente fatto le organizzazioni degli immigrati italiani, le quali hanno indetto una grande assemblea dei lavoratori italiani per metterli al corrente del trucco che si stava tramando ai loro danni. Il risultato è stato questo: che mentre l'azienda aveva messo in preventivo qualche migliaio di autolicensingamenti, gli operai stranieri che hanno accettato le singole

condizioni loro proposte di dimettersi sono stati soltanto quindici.

Il problema, naturalmente, è rimasto aperto. Ma è evidente che il deciso intervento delle organizzazioni italiane obbligherà a risolverlo in modo tale che il peso della recessione non cada completamente sulle spalle dei lavoratori. Varie proposte alternative, infatti, sono state rivolte sia alla direzione della «Volkswagen» che ai sindacati tedeschi, che non potranno certo ignorarle se vorranno attuare una politica di contrazione della produzione che non si riduca soltanto ad una cacciata in massa dei lavoratori stranieri, legati all'azienda da semplici contratti a termine e che quindi possono essere «espulsi» in ogni momento.

La mistificazione dell'autolicensingamento indorata con il miraggio di uno pseudo premio è caduta; tuttavia, come abbiamo visto, le fonti ufficiali germaniche parlano ora di un milione di disoccupati che l'inverno consegnerebbe alle varie organizzazioni previdenziali, assistenziali e benefiche; e questa prospettiva ci tocca molto da vicino, dato che il

mercato del lavoro va appesantendosi non soltanto in Germania ma in molti paesi della comunità europea dove la nostra mano d'opera era solita trovare rifugio.

Certo è che le vicende vissute dai nostri lavoratori in Svizzera e in Germania, nonché quelle preoccupanti che sembrano aprirsi in altri paesi, riportano d'attualità un problema già altre volte affrontato e che la Germania Federale e la Francia hanno già risolto: la creazione di un ministero degli Affari Europei che non si occupi soltanto, come accade purtroppo ai ministeri degli Esteri, della sistemazione del mondo, ma che si dedichi soprattutto, con un maggiore e più coordinato impegno, alla difesa degli interessi dei lavoratori italiani nei paesi della comunità economica europea e possa svolgere una attività più incisiva di quanto non sia avvenuto in passato. In fondo, ad una politica più decisamente europea, svolta da un apposito organismo non strettamente vincolato a ceppi politici, può essere legata in gran parte anche la soluzione della crisi economica e sociale in atto in Italia.

Weiss Ruffilli

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale IL GLOBO di Roma del 29-1

In Danimarca aumentano i disoccupati

COPENAGHEN, 28. — Il numero dei disoccupati in Danimarca ha raggiunto le 90.000 unità, pari a circa il 10 per cento delle forze di lavoro. Il sindacato dell'industria teme che nel prossimo inverno il tasso di disoccupazione aumenti ancora avvicinandosi alla cifra record di 125.000 disoccupati della grande crisi degli anni Trenta. In testa alla graduatoria della disoccupazione figura il settore edilizio con il 16,0%.

Sarà estradato in USA il boss mafioso Buscetta

La richiesta, accolta dal sostituto procuratore generale di Palermo, reca anche la firma di Henry Kissinger

DAL NOSTRO CORRISPONDENTE

Palermo, 28 ottobre
Tommaso Buscetta, il presunto boss mafioso espulso dal Brasile dove si era rifugiato clandestinamente e condannato nell'agosto scorso a due anni e undici mesi di reclusione per associazione per delinquere dal Tribunale di Palermo al processo contro la «nuova mafia», sarà estradato negli Stati Uniti d'America.

La richiesta era stata avanzata dalle autorità di Washington (il documento porta tra le altre anche la firma del Segretario di Stato Henry Kissinger) al Ministero degli Esteri di Roma e trasmessa a quello di Grazia e Giustizia. Oggi il sostituto procuratore generale della Repubblica di Palermo, dott. Antonio Dell'Aira ha espresso parere favorevole alla estradizione di Tommaso Buscetta negli USA, dove il presunto capomafia deve rispondere di traffico di stupefacenti. Dopo il parere della Procura generale della Repubblica di Palermo occorre ora quello della sezione istruttoria presso la Corte di Appello di Palermo presieduta dal dott. Antonio Mauro che si pronuncerà fra qualche giorno.

Tommaso Buscetta, ex

luogotenente di Angelo La Barbera, era riuscito a raggiungere clandestinamente nel 1971 gli Stati Uniti d'America dove si nascose sotto il falso nome di Manuel Lopez. Venne però rintracciato ed arrestato dall'FBI, ma rimesso in libertà dietro il pagamento di una cauzione pari a cinquanta milioni di lire. Il danaro gli era stato portato dall'Italia da una sua amica. Dagli Stati Uniti riuscì a raggiungere, sempre clandestinamente, prima il Messico quindi il Brasile, da dove, arrestato, venne espulso ed accompagna in Italia da agenti dell'Interpol che all'aeroporto di Fiumicino lo consegnarono agli agenti della polizia di frontiera italiani.

ENZO QUARATINO

IX

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

La Stampa

di

Torino

del

29-X

A Reims con una carabina

Un italiano uccide il figlio per errore

Reims, 28 ottobre.

Un operaio italiano, Gildo Soatto di 44 anni, venerdì scorso ha ucciso per errore il figlio Christian di 14 anni. «Therry e Christian — ha raccontato la moglie — erano usciti per andare a prendere il caffè, quando sono stati aggrediti da alcuni coetanei. Mio marito per difenderli ha sparato tre colpi con la carabina, ma ha colpito Christian».

Gildo Soatto, che si trova a Reims dal '65, da tempo malato di nervi e ricoverato più volte in ospedale, negli ultimi tempi era particolarmente irascibile perché l'azienda nella quale lavorava l'aveva messo in cassa integrazione.

«Per non vedere nessuno», aveva chiuso con assi la finestra della sua camera e «per difendersi» aveva acquistato una carabina Winchester.

(Ansa)

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale IL FIORINO di Milano del 29-X-74

PRO E CONTRO LA DITTATURA DELL'OROLOGIO NELLE AZIENDE

Nella Germania Federale molte polemiche per l'orario flessibile

Tutto è cominciato a Oberhausen, dove i dipendenti comunali sono stati obbligati a tornare al lavoro con la puntualità di una volta - L'opinione dei sindacalisti e quella dei dirigenti d'azienda

BONN, 28

Da questo mese i dipendenti comunali di Oberhausen, nella Germania Federale, hanno ricominciato ad andare al lavoro con l'antica puntualità: è infatti suonata l'ultima ora dell'orario di lavoro flessibile. Il ministero delle Finanze di Bonn e il comune di Dortmund, dopo un periodo di prova, si sono decisi alla stessa maniera.

E' questo il principio della fine di un esperimento che prometteva molto bene?

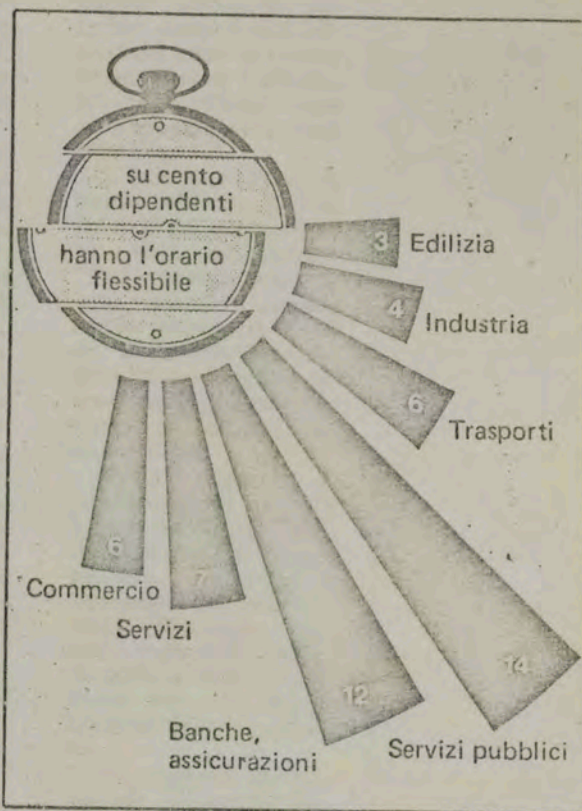
Quando alcuni anni fa si cominciò a parlare di orario flessibile, i dipendenti si dimostrarono più scettici dei datori di lavoro. Oggi i dipendenti in genere sono entusiasti mentre i capufficio affermano per contro di aver fatto cattive esperienze.

Dopo la decisione presa dal comune di Oberhausen, scrive Horst Zimmermann su "Welt am Sonntag", anche in altre aziende e uffici pubblici sono cominciate a fioccare le critiche. Un alto funzionario comunale della Renania, che intende

mantenere l'anonimato, ha affermato: "Ammiro il coraggio dei colleghi di Oberhausen, perché nel frattempo si è constatato che la maggior parte dei vantaggi sono dalla parte dei dipendenti. Ma chi trova il coraggio di "cambiare il comando?"

Le aspettative dei dipendenti si sono avverate quasi tutte: diminuzione del traffico nelle ore di inizio e fine del lavoro, meno affollamento davanti agli ascensori e a mezzogiorno nella mensa, chi ama alzarsi presto o tardi può organizzare la giornata lavorativa in maniera più individuale.

Rose, esperto di diritto del lavoro della Confederazione sindacale Dgb di Düsseldorf, dichiara che "questo è il primo passo per la strada dell'umanizzazione del posto di lavoro, che la dittatura dell'orologio non esiste più, che le persone adulte non hanno più bisogno di galoppare come ragazzini di scuola per passare al più tardi alle 8 davanti alla portineria della fabbrica".



Come e dove è applicato l'orario di lavoro flessibile nella Repubblica Federale di Germania

Rita

Per questa ragione il 90 per cento dei dipendenti comunali di Oberhausen protesta contro la decisione presa dal direttore Schwarz, il quale non ha constatato, come l'esperto Felbinger del sindacato dei trasporti e servizi pubblici Otv, che l'orario di lavoro flessibile ha dato i suoi frutti in tutti i reparti. Schwarz ha diagnosticato soprattutto problemi di comunicazione e quindi "svantaggi per alcuni cittadini", problemi che si sono acuiti dopo l'introduzione dell'orario di lavoro flessibile.

Il consigliere aggiunto per le questioni del personale presso la Dieta comunale tedesca, Schleberger, conferma: "Tanto più corto l'orario di lavoro flessibile, tanto più breve è la parte fissa". Proprio quando gli operai del primo turno escono dal lavoro (alle 14) e vanno agli uffici del Comune per sbrigare le loro pratiche, i primi funzionari se ne vanno a casa (alle 15,30).

Ma i problemi di comunicazione esistono anche all'interno degli uffici pubblici. Poiché praticamente tutti sono presenti alle scrivanie soltanto tra le 9 e le 11,30 e tra le 14 e le 15, se si rende necessario l'intervento di diversi reparti, cominciano le difficoltà.

Lo stesso dicasi quando i singoli funzionari debbono prendere su una pratica decisioni comuni. La risposta stan-

dard delle segreterie e questa: "Il signor X è andato giù via (o ancora non è arrivato), perchè abbiamo l'orario di lavoro flessibile...". Nella parte fissa per contro si concentra la massa delle comunicazioni telefoniche. Avvengono così intasamenti che costano tempo e denaro.

Spesso si nota mancanza di coordinazione. Gli ispettori del comune di Oberhausen hanno constatato questa situazione: le segretarie vanno al lavoro magari alle 7, i loro superiori alle 8

o alle 9. Il tempo a disposizione viene passato facendo le parole incrociate o lavori a maglia. Nel pomeriggio, quando i capoufficio hanno da dettare lettere o annotazioni fatte nel corso delle conferenze, le segretarie sono già andate a casa. Il risultato è una forte perdita di tempo.

A Oberhausen esistono anche problemi di controllo degli orari di lavoro, perchè pochi sono gli uffici pubblici che installano orologi per il controllo dei cartellini di presenza. I dipendenti in genere debbono registrare su liste personali gli orari di arrivo e di rientro che debbono essere messe in bella evidenza sul posto di lavoro.

ro.

Ma la pedanteria del dipendente pubblico prussiano in parte è andata perduta.

"Chi arriva alle 8,07, registra le 8", si lamenta un capoufficio a Bonn. "Ciò sarebbe ancora accettabile, ma ci sono tanti che in questo modo riescono a racimolare ore straordinarie".

L'esperto Rose del Dgb non è d'accordo con l'introduzione dei cartellini da timbrare perchè discriminano la personalità umana, ma ammette che le liste possono significare l'inizio della sorveglianza reciproca tra colleghi.

Per contro, l'esperto Felbinger dell'Otv afferma: "I dormiglioni ci sono sempre stati, perchè si può arrivare al lavoro puntuali e poi perdere tre ore in ufficio senza fare niente. Anche gli orologi elettrici possono essere ingannati".

Le speranze dei capi del personale, che con l'orario di lavoro flessibile si potessero evitare perdite di tempo dovute agli ingorghi e agli imbottigliamenti stradali, per affari privati urgenti o perchè i dipendenti debbono andare dal medico durante le ore lavorative, non si sono avverate.

Come afferma un capoufficio a Bonn, "malgrado la maggior parte degli affari privati possa essere sbrigata nelle ore di tempo libero, i dipendenti pretendono che si chiuda un occhio".

Il consigliere aggiunto alla Dieta comunale tedesca Schleberger è convinto che "l'orario di lavoro flessibile non è giustificabile agli occhi dell'opinione pubblica". Ciò significa che il citta-

dino e contribuente non comprende che negli uffici pubblici si usi l'orario di lavoro flessibile per ridurre il numero di ore lavorative.

Felbinger e Schleberger contestano all'unisono il sospetto che l'orario di lavoro flessibile riduca la produttività degli uffici amministrativi, perchè una simile produttività non può essere definita esattamente.

Sicuro indizio di questo fenomeno potrebbe essere il moltiplicarsi dei posti di lavoro, come del resto è avvenuto negli ultimi anni nell'amministrazione pubblica.

L'esperto di orari di lavoro dell'Associazione federale dei datori di lavoro Hellmann afferma: "Nell'industria solo alcune piccole aziende hanno introdotto l'orario di lavoro flessibile, dove cioè i singoli possono svolgere lavori indipendenti da quello dei loro colleghi".

Molte imprese di prestazioni di servizio hanno introdotto orari flessibili fatti su misura per loro. Ad esempio, la compagnia di assicurazioni "Deutscher Herold" permette l'orario flessibile a tutti i dipendenti che non hanno contatto con il pubblico.

Le maggiori complicazioni si presentano proprio colà, dove l'orario flessibile è più diffuso: negli enti pubblici. 24 delle 40 più grandi città della Renania settentrionale/Vestfalia hanno adottato nei servizi comunali l'orario di lavoro flessibile.

Ma la decisione presa a Oberhausen non deve per forza essere un colpo mortale all'orario flessibile. Felbinger del-

la Otv è convinto che in questa città si siano fatte esperienze negative perchè questo nuovo tipo di orario di lavoro non è stato organizzato nella maniera giusta.

Le perdite di tempo possono essere evitate prendendo decisioni appropriate all'interno delle aziende e degli uffici.

E da questo punto di vista, delle razionalizzazioni organizzative, deve essere considerata anche la prognosi dell'Istituto dell'economia tedesca, che prevede entro il prossimo 1975 l'introduzione dell'orario di lavoro flessibile nella metà delle aziende tedesche.

G. F. B.

Svizzera e Germania: angoscia e vita difficile per i nostri emigrati

Due milioni a chi torna a casa

La paura ha spinto di recente un migliaio di operai italiani ad autolincenziarsi dalla Volkswagen accettando buonuscita varianti fra i 5 e i 9 mila marchi. Per i tedeschi è più conveniente la « politica delle ciurme » che stanno uno o due anni e poi se ne vanno. Insufficiente la nostra rete consolare in Germania

Dal nostro inviato
COLONIA, ottobre — La Ford di Nienl a cinque chilometri da Colonia. Gli stabilimenti della celebre multinazionale dell'automobile sorgono al centro di una vasta area industriale, su una superficie di 14 chilometri. E' questo soltanto un pezzo della baronia che gli eredi di Henry Ford posseggono in Germania. Gli altri si trovano a Colonia, a Taunus. Ma il grosso è qui, fra i quali 1380 italiani,

10.109 turchi, 768 jugoslavi, 200 greci, 100 portoghesi e 70 austriaci. In tutto, 13.106 stranieri contro 10.082 tedeschi. Dagli enormi capannoni escono tutti i giorni 1.000 vetture prodotte in due turni di lavoro di 8 ore.

La Ford di Nienl è considerata a ragione una fabbrica-campione da coloro che dai diversi angoli visuali si interessano alle questioni migratorie. Qui i problemi acquisiano contorni netti ed evidenza cristallina, a cominciare da quelli creati dalla po-

litica padronale. Il modo, ad esempio, in cui sono distribuiti i compiti lungo le catene di montaggio: sopra e sotto, dove la fatica e il disagio sono maggiori, i turchi; ai posti di capo-linea, capoperaio, capo-gruppo, ispettori e lontani comunque dai lavori ripetitivi, i tedeschi. Gli italiani, appartenenti a una emigrazione più vecchia e meglio organizzata s'hanno nel mezzo. Una volta tanto non sono loro a dover fare i lavori più penosi ed umilianti.

Dimensione sconosciuta

In un'industria multinazionale che impiega manodopera proveniente da diversi paesi, i problemi acquistano una dimensione sconosciuta in altri luoghi di lavoro. « Qui — mi dice il giovane sindacalista italiano che mi accompagna nel giro ai vari reparti — è facile creare divisioni e suscitare rancori, anche perché turchi, italiani, greci sono uomini di civiltà, costume, temperamento e persino religione differenti, i quali non riescono a comunicare fra di loro con l'immediatezza che sarebbe necessaria. La maggior parte delle incomprensioni nasce in fabbrica dal fatto che non si riesce a parlare la stessa lingua e il non potersi spiegare rende nervosi e irascibili. E tuttavia, il problema che più ci preoccupa oggi è un altro: quello dell'occupazione, della difesa del posto di lavoro. Crisi, aumento della disoccupazione, *Kurzarbeit* (orario ridotto, cassa integrazione) sono termini che hanno un suono sinistro alle orecchie dei tedeschi, figuriamoci a quelle dei 2 milioni e mezzo di emigrati, i quali sanno bene che se le cose dovessero peggiorare, sarebbero i primi e forse i soli a dover pagare. Non appena si sono manifestate, le difficoltà economiche hanno creato una specie di psicosi della crisi. I tedeschi appaiono angosciati; temono per i loro guadagni, per il posto di lavoro, per il tenore di vita in generale. Decisamente, la prospettiva di dover rinunciare a qualcosa in Germania del benessere. Cominciano a scattare i meccanismi di autoregolazione e riaffiorano sentimenti che l'onulenza aveva

io dal Giornale *Seera* di *11* del *1933*

sopito: così, diminuiscono i consumi e si diffonde una certa diffidenza verso gli stranieri, che non è ancora xenofobia, ma che è vicina ad esserlo.

Sono i segni ancora modesti di un atteggiamento nevrotico nei riguardi della crisi economica incipiente, ma anche un ritraccio della struttura socio-economica contrassegnata da una fortissima concentrazione della ricchezza in poche mani (l'1,4% possiede l'80%) e dall'esistenza di una estesa fascia salariale (circa il 20%) al di sotto dei mille marchi, che risente del non eccessivo tasso d'inflazione, contenuto sinora entro il limite del 7%.

Di crisi in Germania si fa un gran parlare, ma sinora i settori veramente colpiti sono due, l'edilizia e l'industria tessile. Il settore automobilistico gode ancora di una discreta salute, anche se da segni di stanchezza. La Mercedes ha ripreso il ritmo sostenuto di un tempo, confermando che l'inflazione non colpisce i consumi di lusso: la Volkswagen, la Ford, la Opel stanno ridimensionando la produzione in linea con il

processo di ristrutturazione e di concentrazione che caratterizza per ora le congiunture e che sta portando alla scomparsa di un numero notevole di piccole e medie aziende e, all'interno dei complessi più grandi, al taglio dei crami secchi.

I pericoli per i *Gastarbeiter* si nascondono fra le pieghe dei processi economici che si vanno sviluppando sotto la spinta della politica di stabilizzazione testardamente perseguita dal *Reich*. Schmidt. In mancanza del credito pubblico, per i padroni si tratta di far pagare alla collettività e alle maestranze il costo delle ristrutturazioni.

zioni. L'esempio della Ford è emblematico di un metodo e di una situazione che tende a generalizzarsi. Nella fabbrica di Colonia, ma anche nelle altre, il ricorso alla cassa integrazione si è fatto sempre più frequente.

C'è un rapporto diretto fra politica di stabilizzazione, concentrazione industriale ed aumento della disoccupazione, che si esprime nella chiusura di un certo numero di piccole e medie industrie e nel loro assorbimento da parte di grandi complessi soprattutto multinazionali (ad esempio, il passaggio di alcuni stabilimenti tedeschi alla Fiat) e nel fallimento di una serie di banche che le sovvenzionavano e che erano legate al piccolo risparmio. A mano a mano che va avanti, questo processo di ristrutturazione e di razionalizzazione capitalistica emargina una certa quantità di lavoratori, che vanno ad ingrossare le file dei disoccupati totali o parziali.

Si capisce allora la funzione che il padronato assegna alle campagne allarmistiche. La grande industria, esauritosi il boom, ha bisogno di una manodopera flessibile, il meno possibile organizzata e a basso costo. Per questo la Volkswagen va a impiantare nuovi stabilimenti in Iran e in Egitto. Il clima di paura e di insicurezza creato dallo allarmismo, almeno sinora, è servito egregiamente agli scopi che il padronato persegue. E' la paura a suscitare la diffidenza dei tedeschi verso gli stranieri ed a creare un clima in cui la convivenza diventa spiacevole; ed è la paura a spingere 1150 (secondo la direzione dell'azienda 500) dei 4500 operai italiani che lavorano alla Volkswagen ad «autolicensing», accettando buonuscita varianti fra i 5 e i 9 mila marchi (pari rispettivamente a 1.400.000 e a 2.500.000 lire), che annullano qualsiasi altra garanzia sociale come l'indennità e il sussidio di disoccupazione e la assicurazione malattia e vecchiaia.

Il fenomeno dell'autolicensing tende ad estendersi e rappresenta un pericolo contro il quale i patronati delle Confederazioni sindacali italiane, un po' meno i sindacati tedeschi, reagiscono con vigore. Alla Ford sinora il tentativo padronale è stato bloccato. La parola d'ordine «respingete la buonuscita e chiedete la disoccupazione» viene generalmente seguita dai nostri emigrati, contro i quali si accaniscono datori di lavoro e autorità federali, uniti in una insidiosa crociata diretta a rendere difficile la vita agli italiani. I sindacati tedeschi, che dovrebbero essere protetti dai regolamenti CEE sulla libera circolazione della manodopera.

Compito difficile

«Il fatto è — mi spiega il redattore economico di un giornale di Bonn — che i vostri emigrati sono diventati scomodi e ci costano troppo. Da noi l'emigrazione è considerata ufficialmente temporanea. Dobbiamo scoraggiare in tutti i modi la tendenza dei Gastarbeiter a stabilirsi in Germania, perché l'integrazione degli stranieri comporta un alto costo sociale per sovrastrutture ed altro».

Certo, è più conveniente la «politica delle ciurme», consistente nell'ingaggiare emigrati quali quelli extracomunitari, che stanno uno, due anni al massimo e poi se ne vanno. Senza dire che non solo le spese per le sovrastrutture — scuole, case, ospedali, ecc. — vengono risparmiate dal padronato e dallo Stato, ma anche quelle previdenziali. In Turchia, Spagna, Grecia, paesi dai quali proviene la maggior parte della manodopera extracomunitaria, non è previsto il conguaglio dei

contributi e i quattrini rimangono in Germania. Gli assegni familiari, inoltre, vengono pagati ai livelli del costo della vita nei paesi d'origine. Si è calcolato che in questo modo una famiglia spagnola con quattro figli perde rispetto alla famiglia tedesca egualmente composta, 143 marchi, pari a 35 mila lire circa.

Convincere un emigrato italiano che non sia già abbastanza integrato a resistere all'offensiva scatenata contro di lui congiuntamente dai padroni e dallo Stato è diventato, però, un compito tanto necessario quanto difficile, a causa degli espedienti cui si fa ricorso per fiaccare la volontà, e paradossalmente, perché il lavoratore comunitario è in genere più esposto al licenziamento non essendo legato da un contratto. Le leggi tedesche stabiliscono che il datore di lavoro può licenziare un dipendente entro i primi sei mesi senza alcuna motivazione, con il semplice preavviso di due settimane, e dopo il sesto mese specificando i motivi. E qui entrano in gioco le magagne, perché tutti sanno che tali motivi per l'80% sono insistenti e che basta alzare due emigrati fra di loro, ad esempio un turco e un italiano, per licenziarli legalmente entrambi. E non basta. Succede a volte, come è accaduto a Colonia al manovale delle ferrovie Angelo Casca, che un lavoratore ignorante della lingua firma senza saperlo il proprio licenziamento, o in altri casi, di sottoscrivere dei fogli nei quali in basso, a caratteri molto sottili, sta scritto: «Dichiaro di aver ricevuto tutte le mie spettanze». E' un'ingiustizia, se si vuole una truffa, che una volta consumata non ammette appelli di sorta, poiché una sentenza della *Bundesarbeitsgericht* stabilisce che la firma attestata dell'avvenuta corrispondenza delle spettanze. Vai a dimostrare il contrario.

Azione energica

Particolarmente presi di mira, ed è ovvio, sono i nuovi arrivati, ai quali, in barba ai regolamenti comunitari, vengono rifiutati i documenti per poter cominciare un lavoro (cartella fiscale e libretto assicurativo). Molti si trovano presi in un circolo vizioso: non hanno il permesso di soggiorno se non dimostrano di avere un lavoro; non ottengono un lavoro se non sono muniti di documenti, i quali, d'altra parte, vengono rilasciati soltanto dopo aver ottenuto il permesso di soggiorno. Questi espedienti, elevati a sistema, equivalgono a un vero e proprio blocco dell'emigrazione dai paesi comunitari.

L'emigrazione italiana in Germania, è inutile nasconderselo, sta vivendo un momento molto difficile. I regolamenti comunitari esistono, è vero, ma rimangono sulla carta. Si tratta di renderli operanti mediante un'azione energica che punti in due direzioni. In primo luogo convincere il nostro Gastarbeiter a non rientrare in Italia, dove le possibilità di occupazione si vanno drammaticamente riducendo e dove, diciamo pure francamente, mai l'ex emigrato avrà le possibilità economiche, culturali e sociali che gli vengono offerte in qualsiasi paese d'immigrazione, anche se si trova nella condizione di disoccupato. E' necessario, poi, adottare in Italia una politica della emigrazione che aiuti l'emigrato a integrarsi gradualmente nella nuova società, al cui benessere ha dato e continua a dare un contributo insostituibile.

Naturalmente siamo lontani da tutto ciò. Mentre mi trovavo a Colonia, scioperavano in tutto il mondo gli addetti ai Consolati d'Italia. Tra le rivendicazioni c'era anche quella di ristrutturare in via sperimentale la rete consolare in Germania per estendere in un secondo momento i risultati positivi ad altri paesi d'emigrazione. Si tratterebbe di adeguare i servizi alle necessità delle nostre collettività. In Germania — mi è stato detto — tutti i Consolati messi insieme dispongono di circa 100 persone, esclusi i titolari e i vice consoli; 100 persone per i bisogni di una massa di 600 mila connazionali.

E' soltanto un esempio della scarsa attenzione che viene prestata al capitolo quantitativamente più importante della politica estera italiana.

VITO SANSONE

OCIALI

O VII

del

Addio Lugano bella...

ZURIGO, ottobre. — Per tanto tempo sono stato anziché uno stagionale, privilegiato debbo dire, senza bisogno di permessi di lavoro e di soggiorno. In questo paese ho lavorato a lungo, ho studiato, l'ho percorso in lungo e in largo e in alto, fin quasi alla cima della Jungfrau; naturalmente, data la professione, ne conosco i musei e le collezioni d'arte, messe insieme con un'intelligenza che forse non è riscontrabile in nessuna altra parte d'Europa; il primo libro di un certo rilievo che ho scritto era proprio dedicato ad un pitore più svizzero che tedesco, Paul Klee. Gli amici dunque sono infiniti, i motivi miei personali di attaccamento innumerevoli. E questa volta gli amici erano imbarazzati, non con me, ma verso se stessi: si stava votando per il referendum, avevano paura che, se esso avesse sanzionato per legge l'estromissione dei lavoratori stranieri, la Svizzera, pur così gelosa della sua privacy nazionale, avrebbe perduto la faccia nei confronti dell'Europa, avrebbe insultato, come dice la canzo-

ne anarchica, la leggenda del suo Guglielmo Tell. Un sospiro di sollievo questi amici lo hanno tirato nel tardo pomeriggio di domenica 20 ottobre: erano restati attaccati alla radio ad aspettare i primi risultati e subito, tutti insieme, avemmo la sensazione che la risposta degli elettori (questa volta votavano anche le donne che hanno dato un contributo determinante) sarebbe stata quella che tutti desideravamo.

Il giorno dopo, aprendo i giornali italiani che commentavano il risultato, non ho potuto che meravigliarmi per tanta esaltazione, per tanta euforia espresse nelle prime pagine, come se tutti i problemi fossero ormai stati risolti, senza che vi fosse nemmeno un accenno critico alla situazione reale dei lavoratori italiani in Svizzera, residenti o stagionali. Nessuna preoccupazione c'era, nella maggioranza dei casi, per quello che, al di là del risultato del referendum, potrà capitare e va già capitando. Il *Corriere della Sera* diceva addirittura che a Zurigo s'era ballato per le

strade. Ora io non nego che in qualche parte ciò possa essere accaduto, perché certamente jugoslavi, turchi, spagnoli, arabi — e dunque non solo italiani — si saranno sentiti in qualche modo rassicurati, consapevoli di poter contare sulla civiltà di un paese che, per conservatore che possa essere, ha una lunga e solida tradizione di democrazia almeno formale. Ma chi, nella stampa italiana, ha raccontato e s'è fatto interprete del terrore — e la parola non sembra grossa, ché tale era — che i nostri lavoratori hanno visto in Svizzera in queste ultime settimane? Una sola dichiarazione, cosciente e al di fuori di ogni ingustificato ottimismo, è stata rilasciata dal segretario della federazione zurigese del P.C.I.

Il referendum, in realtà, non ha risolto nulla: è servito agli svizzeri per rivendicare con dignità alla provocazione sciovinista, ma non significherà molto per i lavoratori che sono in Svizzera, in un paese cioè che, per solido che possa ancora sembrare economicamente, risente

anch'esso della recessione mondiale e in particolar modo nel settore dell'attività edilizia che, avendo seguito il modello di sviluppo incontrollato di tutti gli altri paesi capitalistici, è oggi in crisi evidente. E per i nostri muratori, residenti o stagionali che siano (e quanti siano non so, ma certamente sono tanti) non vi sarà cassa di integrazione, ma il puro e semplice rinvio a casa, come se nulla fosse accaduto, come se nessun diritto avessero maturato col loro lavoro, con la loro — diciamo pure — sottomissione. Verranno rimandati a casa a poco a poco (ma abbastanza in fretta, credo, se perdura l'attuale situazione) anche perché nessuno ha mai provveduto efficacemente a proteggerli, tantomeno il governo italiano, nessuno si è preoccupato di rivendicare per loro quei diritti d'uguaglianza per i quali non avrebbero dovuto essere confinati in quei ghetti, anche culturali, nei quali si trovano.

Ora io di problemi economici, con ammessi e connessi, non posso discute-

re molto, non avendo in proposito né cognizioni né strumenti appropriati. Ma sono restato impressionato, e non sentimentalmemente, da quel terrore di cui dicevo, da quelle proteste che non erano tanto *cabiers de doléances*, ma considerazioni pertinenti sulla precarietà di una condizione, da quella denuncia, sia pure sommessamente, di un isolamento. Molti di loro che ho incontrato, nei giorni anteriori al referendum, erano isolati, da un punto di vista culturale, sia dall'Italia che dalla Svizzera. Per cultura, naturalmente, non intendo qui la prosopopea scolastica con la quale ammantiamo il concetto ma, se non altro, la possibilità di intendersi e comunicare ad un livello che favorisca l'inserimento, la comprensione reciproca, al di là del fatto di saper parlare in tedesco, che è questione certamente importante, ma che viene dopo e che, da un inserimento completo, risulterebbe del resto semplificata.

D'altra parte, in tanta dura lotta di sopravvivenza, viene completamente a cadere il senso della pro-

RASSEGNA DE

DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

del

pria tradizione culturale — Zurigo non ha una *kleine Italien* come ce l'ha ancora New York — la quale tradizione viene rifiutata non per una rinuncia volontaria o una scelta, ma perché non serve più ed anzi diventa un ostacolo. E' un discorso, questo, che naturalmente vale per tutti, anche per coloro che dalla campagna calabrese si sono trasferiti a Torino. Ma per coloro che sono all'estero vi sarà un momento drammatico di estraniamento quando dovranno ritornare là da dove erano partiti. E non è cosa che non possa interessarci, perché ghetto crea ghetto, separazione separazione: noi stessi, gli addetti ai lavori di una cultura che crediamo di dover scrivere con la C maiuscola, ci ritroveremo estraniati, confinati in un altro ghetto, e sia pure dorato, senza fondamenti e senza sostanza; ci ritroveremo a scrivere in una lingua, per esempio, che in un paese di quasi sessanta milioni di abitanti sarà comprensibile, più o meno, a centomila persone.

NELLO PONENTE

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale **LA STAMPA** di **TORINO** del **29-X-42**

Svizzera: integrazione per gli studenti italiani

(Dal nostro corrispondente)

Berna, 28 ottobre.

Respinta dalla maggioranza degli elettori elvetici l'iniziativa xenofoba dell'«Azione Nazionale», è ripreso in Svizzera, in un clima di palese distensione, l'esame dei numerosi problemi che assillano da anni i lavoratori stranieri. Nei circoli vicini alla collettività italiana sono stati seguiti con particolare attenzione i lavori del congresso annuale dell'Associazione nazionale degli insegnanti. Al termine di un vivace ma costruttivo dibattito è stato approvato nella serata di ieri il testo di una risoluzione assai importante in merito alla futura preparazione scolastica dei ragazzi dei nostri emigrati.

In sostanza, la risoluzione votata a larghissima maggioranza mira alla piena integrazione dei figli dei lavoratori italiani nelle scuole locali, dalle elementari alle medie superiori. In termini pratici, ciò significa che l'Associazione degli insegnanti svizzeri si rende conto della necessità di assicurare ai ragazzi degli

emigrati una preparazione pari a quella di cui godono i figli delle famiglie elvetiche.

Al riguardo va rilevato che il congresso degli insegnanti ha pure approvato il contenuto del rapporto finale di una commissione di esperti che era stata incaricata di esaminare le particolari esigenze dei ragazzi stranieri. In tale rapporto viene sottolineato che sarebbe ingiusto negare ai ragazzi italiani la possibilità di acquisire una certa conoscenza della cultura e lingua del loro Paese d'origine. In linea di massima, gli esperti sono giunti alla conclusione che i futuri programmi scolastici debbono comprendere lo studio dell'italiano nonché della storia e geografia della Penisola.

Le diverse associazioni italiane hanno accolto con soddisfazione i risultati dell'assemblea degli insegnanti elvetici. I loro esponenti sono tuttavia dell'opinione che in pari tempo occorra migliorare il rendimento delle scuole italiane nel territorio della Confederazione.

I. f.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

« EPOCA »

di

Milano

del

30

Insegnanti dimenticati

Siamo due insegnanti presso l'Istituto tecnico Bottego di Asmara con qualifica di incaricate, residenti all'estero e vogliamo far presente la situazione in cui ci troviamo da sempre; situazione che è sempre ignorata dal ministro della Pubblica Istruzione. Veniamo assunti con contratto annuale con inizio all'ora zero del primo ottobre e termine alle ore ventiquattro del 30 settembre. Non percepiamo tredicesima mensilità, ma una

liquidazione che ci viene però pagata prima delle ferie natalizie; siamo sprovviste di assistenza medica, fino ad oggi non abbiamo diritto alla pensione, il nostro status giuridico è qualcosa di inesistente. Avevamo presentato domanda di partecipazione ai corsi speciali di abilitazione del 1972 e non siamo state ammesse perché il nostro contratto è a tempo determinato. Il problema grave si presenta ora in quanto nuove disposizioni stabiliscono che per il 1975 non vi saranno incarichi per i non abilitati, quindi senza abilitazione saremo degradate al ruolo di supplenti. Non potremo partecipare ai nuovi corsi speciali che saranno indetti per la summenzionata ragione del contratto a tempo deter-

minato. Potremo forse partecipare ai corsi ordinari, ma questo comporterebbe gravi disagi economici e pecuniari perché si tratterebbe di lasciare la famiglia per sei mesi o più, rinunciando agli stipendi dei mesi di scuola persi, più quelli delle vacanze estive, ed avere per di più una interruzione di servizio. Farà qualcosa, per noi, il ministro della P.I.?

LEDA FERRARINI E CARLA ZACCHÈ, L'ASMARA

Io non so chi sarà il ministro della Pubblica Istruzione, quando uscirà su Epoca questa lettera. Come è noto, i ministri italiani sembrano tutti animati da una gran fretta, entrano in ufficio, si siedono alla scrivania e già si presenta un usciere ad avvertirli di far fagotto, perché il governo è caduto. Ma chiunque sia, vorrei che si ricordasse di questi italiani malcontenti all'estero, non fosse che per rendersi conto che il malcontento travalica ormai di gran lunga i confini nazionali.

FINE



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Unità

di

Il Lavoro

del

30-X-74

GERMANIA: DALLA VOLKSWAGEN

Seimila invitati a licenziarsi

**Dietro compenso di
due milioni e mezzo**

VOLFSBURG, 29 ottobre
E' ufficiale: la direzione della Volkswagen, la più grande fabbrica automobilistica tedesca, ha invitato di nuovo seimila dei suoi dipendenti ad autollicenziarsi, dietro congruo compenso. Per la prima volta l'invito è stato rivolto pure agli impiegati, e non solo agli addetti alle catene di montaggio; e chi accetta riceverà un indennizzo di nove mila marchi, pari a circa due milioni e mezzo di lire. La misura viene motivata come conseguenza della sfavorevole situazione in cui si trova la Volkswagen, soprattutto per quanto riguarda le esportazioni delle proprie vetture.

Nella capitale del «Maggiolino» lavora un forte contingente di italiani. Attualmente sono circa quattro mila gli operai veri e propri occupati nella fabbrica; più le loro famiglie.

E' la seconda volta che la direzione invita i propri dipendenti a lasciare spontaneamente il posto di lavoro. A quanto ci è dato di sapere, finora circa mille nostri connazionali hanno accettato spontaneamente l'offerta; alcuni sono tornati in Italia, altri hanno cercato un'altra occupazione in Germania.

I - II - III

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Espresso

di

Roma

del

30-X-54

IN EUROPA E NEGLI STATI UNITI

Mai tanti disoccupati dalla fine della guerra

Fanno eccezione, fino ad ora, soltanto l'Austria e i Paesi scandinavi

La disoccupazione sta raggiungendo i livelli più elevati mai toccati nel dopoguerra. Il fenomeno è particolarmente evidente nell'Europa occidentale, ma nemmeno gli Stati Uniti ne sono immuni. Francia, Danimarca, Italia, Inghilterra e Germania Federale sono i paesi d'Europa più colpiti, mentre in Austria ed in Scandinavia le prospettive sono totalmente diverse: qui il numero di posti di lavoro disponibili supera il numero di disoccupati. Uno studio sulla situazione europea rileva che la Germania prevede di raggiungere un livello di disoccupazione pari a quello degli anni '20 cioè di toccare il milione di persone in cerca di lavoro. A fine settembre tale livello era di 557.000 unità, pari al 2,4% della forza lavoro, contro 337.000 disoccupati, pari all'1%, l'anno prima. Il numero di disoccupati riscontrato in Francia a fine settembre è pari a 534.300 persone, con un aumento del 27% rispetto ai 419.200 disoccupati di un anno fa.

In Inghilterra la disoccupazione è salita di 12.348 unità ad ottobre, raggiungendo le 625.758 persone, pari al 2,8% della popolazione attiva, con un aumento del 17,9% sul livello dell'anno precedente.

La disoccupazione riguarda in Italia, 800.000 persone, con un aumento di 100.000 unità sull'anno.

Il tasso di disoccupazione olandese ha toccato il 3,9% della forza lavoro nel mese di settembre.

In Spagna il tasso di disoccupazione sta raggiungendo i livelli più alti dell'intero dopoguerra, ed è collocato ufficialmente all'1,4% della forza lavoro complessiva, che conta 13,3 milioni di persone.

In Belgio i disoccupati hanno raggiunto le 150.655 unità al 15 ottobre.

In Danimarca la situazione è disastrosa: si prospetta infatti una situazione molto simile alla crisi degli anni Trenta. In altri Paesi scandinavi le prospettive sono invece rosee. Molti settori dell'industria norvegese, sono, ad esempio, a corto di manodopera. Grazie alla politica della piena occupazione perseguita dai vari governi laboristi che si sono succeduti, il paese vanta un tasso di disoccupazione inferiore allo 0,6% pari cioè a meno di 10.000 unità.

Negli Stati Uniti si delinea una situazione problematica per quanto riguarda il mondo del lavoro: il tasso di disoccupazione è salito a settembre di 0,4 punti percentuali, raggiungendo il 5,8%, il livello più elevato degli ultimi trenta mesi.

Ratificato l'accordo italo-argentino di cittadinanza

ROMA, 30

Ha avuto luogo a Buenos Aires lo scambio degli strumenti di ratifica dell'« Accordo di cittadinanza » sottoscritto da Italia e Argentina il 27 ottobre in occasione del viaggio in Argentina del Presidente Saragat.

Tale accordo riveste peculiare importanza per i nostri emigranti in quanto concede loro la possibilità di acquisire la cittadinanza del paese amico senza perdere il diritto a quella italiana che sarà da essi automaticamente riacquistata al rientro in Patria. La disposizione vale ovviamente anche per gli argentini radicati in Italia, ma non vi è dubbio che interessa prevalentemente la grande massa dei lavoratori italiani attualmente residenti in Argentina, nonché i molti altri che vi si potranno trasferire nei prossimi anni, nell'ambito di quel vasto piano di sviluppo economico tracciato dal defunto Presidente Perón, la cui realizzazione prevede un considerevole apporto italiano.

L'accordo testè ratificato assurge ad un significato che esula dal campo strettamente giuridico in quanto, oltre a sancire la piena uguaglianza di diritti tra argentini ed italiani, rappresenta anche un gemellaggio nel senso più lato della parola tra due popoli legati da profondissimi vincoli di sangue e di interessi; da una parte il popolo argentino che da oltre un secolo offre generosa e fraterna ospitalità ai nostri lavoratori, dall'altro quello italiano che ha dato e continua a dare un indiscusso contributo allo sviluppo economico, demografico e culturale della Repubblica Sud Americana.

Ed ancora più significativo appare questo avvenimento se si fa il confronto con le manifestazioni di enofobia che da alcuni anni si ripetono con sempre maggiore frequenza in alcuni paesi d'Europa, a danno principalmente dei lavoratori italiani.

Bisogna infine tener conto dell'importanza psicologica che un accordo del genere ha per chi, costretto dalla necessità a vivere lontano dalla propria terra, rimane a questa sentimentalmente legato e, a lungo andare, è dibattuto dal dilemma se conservare la propria cittadinanza o acquisire quella della Patria di adozione.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL POPOLO

di

Roma

del

30-X-76

Intervista con l'on. Bersani

Dal parlamento europeo spinta all'unificazione

Dal primo gennaio del prossimo anno l'assemblea di Strasburgo avrà l'ultima parola nel campo del « budget » — Sarà esaminato anche un progetto di costituzione politica elaborato dal gruppo d.c. — Intensa attività delle commissioni

Una fase di lenta ripresa del processo unitario: questo sembra caratterizzare, al momento, la situazione nella Comunità Europea. Anche se le difficoltà restano notevoli l'autunno ha visto affiorare crescenti indizi di una rinnovata volontà politica e il sorgere di iniziativa di rilancio dell'attività in seno ai nove paesi della Cee. Il superamento della crisi dei prezzi agricoli è inoltre la riprova di una migliorata atmosfera e della capacità di tenuta della Comunità. Dinanzi a questa situazione, di particolare rilevanza appare l'attività del Parlamento europeo: è sul bilancio del lavoro svolto e sulle prospettive politiche future dell'assemblea di Strasburgo che abbiamo intervistato l'on. Giovanni Bersani che ne è il vicepresidente.

D. - Cosa fa in questo momento il Parlamento europeo?

R. - Il parlamento europeo si trova in una fase di lavoro particolarmente intensa. L'attività in corso più importante è la discussione nelle diverse commissioni (economica, agricola, sociale) e l'approvazione in assemblea del bilancio 1975.

Col 1° gennaio del nuovo anno si verificherà un fatto storico:

Il Parlamento europeo acquisirà il potere di dire « l'ultima parola » nel campo del budget. E' questo il primo passo verso l'ottenimento della pienezza dei poteri parlamentari: bilancio, legislativo, di controllo amministrativo, controllo politico.

Trattasi di sviluppi collegati con l'elezione a suffragio universale diretto prevista — al più tardi — per il 1980. Intanto anche in campo legislativo il parlamento sta svolgendo un'azione di notevole rilievo: valga tra tutte la completa trasformazione della proposta legislativa della commissione esecutiva sulla partecipazione dei lavoratori alla gestione delle società industriali « europee », approvata — sulla base di determinanti

emendamenti d.c. — nella tornata di luglio.

D. - Quali iniziative, in particolare, intende prendere il Parlamento per promuovere nuovi sviluppi nella costruzione europea?

R. - Al centro delle iniziative del P.E. sta indubbiamente il rafforzamento del processo politico di unificazione. Siamo tutti convinti che lo sviluppo economico non produce automaticamente quegli sviluppi istituzionali e costituzionali che soli possono garantirlo e finanziarlo in senso democratico e sociale avanzato.

L'incapacità di fronteggiare la crisi energetica, pur tempestivamente intravista (vedasi l'istituzione dell'Euratom contestualmente al sorgere della CEE), è stata una ennesima conferma di tale assunto. Del resto le responsabilità mondiali della CEE verso il mondo sono ormai tali da reclamare urgentemente una politica estera e di difesa « europea », nonché politiche « comuni » di solidarietà internazionale.

In relazione a tale esigenza, il P.E. ha accettato le linee essenziali di una costituzione politica elaborata dal gruppo d.c. e ha elaborato proposte circa i poteri e circa le elezioni a suffragio universale diretto.

Esso è impegnato, da un lato, a definirle in modo compiuto e, dall'altro, a mettere in moto le forze politiche e l'opinione pubblica europea affinché si creino le condizioni politiche più utili a vincere le resistenze « nazionali » dei singoli governi e le tentazioni di privilegiare soluzioni « intergovernative », anziché comunitarie e federative.

D. - Come vede la posizione italiana nei riguardi dell'Europa?

R. - Nessuno ignora la forte perdita di prestigio e di posizione che il nostro paese ha subito in campo internazionale e, in parti-

colare, in campo europeo. E' un aspetto doloroso della nostra crisi, di cui l'opinione pubblica dovrebbe essere più consapevole.

Non va dimenticato che ciò si riflette sulla condizione dei milioni di nostri emigranti, sulla domanda dei nostri prodotti, sulla credibilità delle nostre offerte di collaborazione tecnica ed economica, sul richiamo turistico del paese. Richiamato ciò, con l'ovvia conseguenza che occorre veramente un'azione adeguata per rimediare al più presto (mentre ciascuno di noi cerca di fare del suo meglio a Bruxelles e a Strasburgo...) resta non meno vero

RASSEGNA DELLA STAMPA

io dal Giornale

... del

che l'Europa ha bisogno dell'Italia non meno che l'Italia della solidarietà comunitaria.

Noi abbiamo dato e possiamo dare un contributo molto più consistente di quanto l'opinione pubblica italiana ed europea abitualmente ritengono, come nel caso della politica mediterranea, delle relazioni con i paesi associati (Africa, ecc.).

Come non ricordare poi il concorso di 2.400.000 lavoratori italiani, che meglio potremmo ormai chiamare — così come essi sono — lavoratori europei?

D. - Cosa pensano a Bruxelles della nostra crisi ?

R. - Una parte che aveva seguito con malcelata prevenzione la crescita economica e morale del cosiddetto « miracolo », ha subito rispolverato antichi pregiudizi e riserve. La maggioranza è tuttavia responsabilmente preoccupata e convinta della necessità di un impegno solidale. Su di essa possiamo fare conto, anche se un ulteriore protrarsi e aggravarsi della crisi potrebbe seriamente incidere sui margini di fiducia rimasti.

I consigli che ci danno sono contenuti nelle relazioni congiunturali, specifiche per i singoli Stati, che la commissione esecutiva presenta al Parlamento ed al Consiglio dei ministri della CEE nonché nelle relazioni pre-

visionali dell'OCSE.

Sono relazioni obiettive la cui attendibilità è stata spesso confermata dagli sviluppi che la situazione economica e sociale ha avuto.

Purtroppo debbo anch'io constatare come essi siano stati troppo spesso da noi considerati come « letteratura ».

Vorrei anche chiaramente dichiarare il mio aperto dissenso con chi — sollevando un notevole polverone — ha chiamato in causa, da sinistra non meno che da destra, pesanti condizioni di natura politica per gli auspicati aiuti comunitari all'Italia.

Ritengo che ciò che si vuole è un programma serio di controllo della crisi e l'adozione di una serie di misure che, colpendo a monte le cause, ne impediscano il probabile riprodursi.

Mi sembra difficile contestare la serietà ed il fondamento della richiesta.

D. - Cosa pensano della D.C. italiana?

R. - Sono, da un lato, portati a vederla in stretta connessione con l'opera del governo e, dall'altro, a considerarla per sé stessa, come componente della grande famiglia d.c. europea. Sotto quest'ultimo profilo ritengo che, anche se non gode più del « rayonnement » che aveva all'epoca di De Gasperi, sia tuttavia considerata come una delle più importanti forze popolari « europee ».

Il nostro compito nelle istituzioni europee, e specialmente in quella parlamentare che è la più politicamente qualificata, resta quello di dare un'immagine responsabile, popolare e avanzata del programma e dell'azione politica della DC, corredando il nostro impegno di quella costanza, di quel continuo approfondimento ideale e di quella austera testimonianza che restano ancor oggi il retaggio europeo di De Gasperi.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Il *Patronato Sindacale* di *INAS-CISL* del *luglio/ott. 70*
ITAL-UIL

Ritaglio dal Giornale

Verso la conferenza nazionale per l'emigrazione

Il mondo dell'emigrazione, duramente colpito dalla recente crisi internazionale che sta interessando in modo particolare l'Italia mettendo in luce il fallimento e gli indirizzi sbagliati di una politica finora attuata in materia di occupazione, grazie all'azione progressiva e costante degli stessi lavoratori migranti, ha fermamente voluto la Conferenza nazionale dell'emigrazione che si realizzerà finalmente entro la fine del corrente anno.

L'insediamento del Comitato organizzativo della Conferenza stessa, l'impegno del Governo, ma soprattutto l'accresciuta coscienza da parte dei lavoratori migranti di aver acquisito una propria forza contrattuale e la possibilità di portare avanti, attraverso la mobilitazione generale del movimento operaio, una organica politica per risolvere i problemi dell'emigrazione, stanno a significare che la Conferenza non può né deve più rinviarsi, come è avvenuto per oltre 5 anni. Ma, al di sopra di ogni scadenza ormai indilazionabile, occorre individuare le vie sulle quali muoversi per avviare a soluzione queste annose questioni al fine di non disattendere ulteriormente le legittime istanze dei lavoratori interessati. Del resto lo stesso art. 1 dell'apposita legge stabilisce che: « la Conferenza ha il compito di svolgere alla luce degli studi e delle esperienze acquisite nel settore, con particolare riguardo alla situazione della occupazione su scala regionale, nazionale, comunitaria e internazionale, alle cause dell'emigrazione forzata, ai problemi relativi alla tutela dei diritti civili e politici, alla sicurezza sociale, alla for-

mazione professionale ed alla promozione culturale e sociale dei lavoratori emigranti, alla impostazione di una organica politica dei rientri nel quadro della programmazione economica nazionale ».

Inutili e sterili risulterebbero, peraltro, ulteriori studi approfonditi o l'invenzione di nuove formule o ancora indagini suppletive a quelle già esistenti. Non c'è infatti bisogno di tutto questo, preesistendo già nel campo esurienti indicazioni da molto tempo avanzate dalle Confederazioni sindacali CISL-CGIL-UIL e che hanno trovato puntuale ed esauriente espressione nelle « Osservazioni e proposte sui problemi dell'emigrazione » del Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro nel 1970. Certo le soluzioni proposte non possono essere attuate da un momento all'altro, ma è necessario che dalla conferenza scaturisca il preciso impegno del Governo di formare nei confronti della politica emigratoria, un quadro organico, capace di investire alla radice i problemi da cui l'emigrazione trae origine, come recentemente ribadito a Bruxelles nel corso dell'assemblea europea del Comitato consultivo degli italiani all'estero. Trattasi in particolare di modificare, specie sul piano comunitario, l'attuale impostazione sia rinunciando alla politica di concentrazione dello sviluppo che in pratica ha determinato l'emigrazione della nostra manodopera delle zone più depresse verso quelle più sviluppat edel Nord e degli altri Paesi, sia incentivando, in ogni caso, la localizzazione delle imprese nelle zone di sottosviluppo attraverso programmati investimenti, sia pubblici che privati. Ciò soprattutto mediante l'attuazione di una con-

creta politica regionale, la quale non si fondi semplicemente su forme incentivanti vagamente definite, ma tenda a realizzare piani di sviluppo regionale comprendenti infrastrutture e servizi sociali, tali da garantire l'effettivo impiego della manodopera disponibile, attraverso gli strumenti attualmente esistenti sul piano comunitario, quali, il Fondo regionale, il Fondo sociale, ecc.. In altri termini, occorre la manifesta volontà di porre in atto qualsiasi misura capace di eliminare gli attuali squilibri che sono alla base delle difficoltà economiche nazionali e comunitarie, di sostenere l'occupazione e di rilanciare l'attività economica su nuove basi mediante l'eliminazione delle migrazioni determinate dal bisogno.

La Conferenza, pertanto, dovrà rappresentare un confronto e punto di incontro tra la volontà politica del Governo, che dovrà concretamente agire con una politica più organica per l'emigrazione, e le proposte che i sindacati, le associazioni degli emigrati e gli emigrati stessi vorranno dare, in occasione di quel dibattito, al fine di porre in atto una serie di provvedimenti organici e concreti per risolvere i vari problemi strutturali, organizzativi e della sicurezza sociale. Il problema dell'emigrazione è un problema nazionale e dovrà quindi coinvolgere la responsabilità di tutto il Governo nel suo insieme. Solo così si potrà spingere avanti il processo che do-

vrà trasformare l'emigrazione a fenomeno di libera scelta e permettere, nel contempo, di porre in atto anche all'estero validi strumenti di difesa e di tutela del lavoro degli emigrati.

Le azioni di tutela e di difesa dei diritti civili, politici e sindacali dei lavoratori italiani all'estero, infatti, dovranno essere potenziate e notevolmente migliorate e riguardare tutti e tre i momenti dell'emigrazione: quello della partenza, della permanenza all'estero e del rientro. Non è più ammissibile che esistano strutture ministeriali ed organizzative preposte all'emigrazione incapaci di gestire il mercato del lavoro, e che non consentono, con tempestive comunicazioni, di far conoscere ai lavoratori le effettive disponibilità e possibilità di lavoro all'estero. Ciò in sostanza finisce col favorire indi-

rettamente i casi e le forme illegali di reclutamento e, conseguentemente, di sfruttamento della manodopera. A ciò si aggiungano i frequenti conflitti e contrasti di competenze tra Ministeri e uffici che finiscono per portare alla quasi paralisi la tutela tempestiva degli emigranti, riducendo la tutela stessa ad opera prevalentemente burocratica ed assistenziale.

Si dovranno altresì eliminare le profonde carenze esistenti tra principi e diritti proclamati dagli strumenti nazionali ed internazionali, che prevedono la parità di trattamento, il diritto di residenza, i diritti sindacali e civili all'estero e le reali condizioni dei lavoratori emigrati verso i quali sussistono disuguaglianze e forti discriminazioni sia nell'ambito del lavoro sia in quello civile. Infatti, in merito all'elevata incidenza di malattie e di infortuni sul lavoro tra gli emigrati, non sono estranee la particolare rischiosità e pesantezza dei lavori che spesso sono chiamati a compiere, nonché la loro scarsa preparazione professionale e linguistica. A ciò si aggiunga le congerie di norme di polizia che di fatto limitano il campo di applicazione delle norme nella libera circolazione dei lavoratori nell'area comunitaria, previsto dallo stesso Trattato della Comunità circoscritto a ciò che riguarda l'impiego, la retribuzione e le altre condizioni di lavoro. Anche in tema di ingresso e di soggiorno nel territorio nazio-

111
110 Esteri
nale da parte di stranieri viene garantita la libera circolazione a condizione che il lavoratore emigrato occupi un posto di lavoro subordinato, escludendolo invece dal godimento di tutti gli altri diritti civili e politici, propri di ogni cittadino. E' tempo pertanto che venga adottato uno « Statuto dei lavoratori europei »

FFARI SOCIALI

UFFICIO VII

..... del

che disciplini, ex novo ed in forma integrale ed organica, i diritti-doveri di tutti i lavoratori dell'area comunitaria. In particolare tale Statuto dovrà assicurare tutti i diritti, anche non direttamente correlati allo impiego, necessari per ottenere una vera parità con i lavoratori nazionali, dando un contenuto concreto alla nozione di cittadino europeo. In tale quadro si dovrà consentire la partecipazione dei lavoratori stessi alle elezioni a livello locale come recentemente evidenziato a Bruxelles in un documento approvato all'unanimità dai 120 rappresentanti dei due milioni e mezzo di lavoratori italiani in Europa.

Uguaglianza da estendersi altresì anche nel campo della scolarizzazione, della formazione professionale, dagli alloggi, dei servizi sociali, ecc., dove malgrado le costanti pressioni finora esercitate dalle organizzazioni sindacali CISL, CGIL, UIL, da quelle dei Paesi di accogliimento, ben poco è stato finora realizzato.

Nel campo della politica scolastica, infatti occorre promuovere adeguate iniziative in grado di garantire l'accesso e la frequenza a tutti

tipi e gradi di istruzione della scuola nei Paesi di immigrazione ai figli degli emigranti residenti all'estero, assicurando loro, nel contempo, il « mantenimento dei legami e il patrimonio linguistico e culturale italiano », per facilitare l'eventuale reinserimento in caso di rientro in Patria. Tali problemi non sono stati risolti dalla legge n. 153 in materia di assistenza scolastica all'estero la quale non è in grado di assicurare, sia a causa dell'incompleta, ritardata o distorta applicazione sia, soprattutto, per gli insufficienti fondi finora messi a disposizione da parte dello Stato italiano.

Anche in materia di alloggi, occorrono urgenti provvedimenti, in quanto i nostri lavoratori continuano a trovare sistemazione in case malsane, in baraccamenti, in soffitte e scantinati assai spesso isolati dagli altri agglomerati urbani.



Ministero degli Affari Esteri

e, quindi, discriminati rispetto al contesto sociale che li circonda, con la conseguenza di rendere ancora più difficile la loro integrazione nelle comunità locali.

Rita

Nel campo della sicurezza sociale occorre superare l'attuale impostazione, specie nell'area comunitaria, dei Regolamenti CEE, in quanto — come affermato in un documento a Bruxelles unitariamente dai Patronati di emanazione sindacale INAS, INCA, ITAL — « i Regolamenti n. 108/71 e 574/72, pur avendo introdotto importanti miglioramenti ai Regolamenti n. 3 e 4, non hanno tuttavia apportato sostanziali innovazioni, essendosi mantenuti nell'ambito del semplice coordinamento delle varie legislazioni nazionali per consentire ai lavoratori la conservazione e l'acquisizione dei diritti nel caso di occupazione nei diversi Paesi ». Solo infatti con un

processo di armonizzazione delle legislazioni sociali si potrà garantire la migliore sicurezza sociale di tutti i lavoratori. L'armonizzazione, ove ci sia una concreta volontà politica, potrà essere realizzata gradualmente, promuovendo nella prima fase il riordinamento interno delle legislazioni nazionali finalizzate al ravvicinamento ai livelli più elevati di protezione dei rischi e di misura delle prestazioni.

Occorre, altresì, accelerare i tempi per la stipula di nuove Convenzioni internazionali bilaterali specie con quei Paesi nei quali è più rilevante la presenza di lavoratori italiani (Canada, Venezuela, Australia) come pure sono necessari solleciti interventi per la revisione delle convenzioni vigenti al fine di estendere il campo di applicazione a tutti i regimi e a tutti i rischi. Inoltre, occorre pervenire al riconoscimento dei titoli e delle qualifiche professionali « attraverso meccanismi che consentano di risolvere il problema non solo per le attività indipendenti ma anche, e soprattutto, per le attività salariate.

E' questo ciò che si vuole raggiungere con la Conferenza, che non dovrà in nessun caso, perpetuare il convincimento dell'inevitabilità dell'emigrazione, ma che il fenomeno venga affrontato nel quadro dei piani di sviluppo dell'economia italiana, indirizzati verso una politica del pieno impiego e del recupero di tut-

E DEI

STA

ta la popolazione attiva. Del resto e quanto da tempo vennero richiedendo le organizzazioni sindacali CISL-CGIL-UIL ed i loro Patronati, essendo ormai essenziale che il Governo « assuma ad obiettivo assolutamente prioritario il pieno impiego delle forze di lavoro predisponendo sin da ora una serie di progetti e di misure da proporre alla Conferenza perché i problemi vecchi e nuovi dell'emigrazione comincino ad avere risposte adeguate, operando con efficacia sia sulle cause che sugli effetti del fenomeno migratorio ».

... del

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

The Guardian di Londra

del 31-10-7

Clampdown on illegal labour

From NORMAN CROSSLAND

Bonn, October 30

The West German Government today approved a Bill to impose stiffer penalties on employers who illegally hire foreign workers. The number of foreigners in West Germany without work permits is put at between 100,000 and 230,000.

Most of them are Turks, Yugoslavs, and Moroccans, and many succeed in coming to the West on tourist visas by way of East Berlin. Once here, they are shamelessly exploited and have no redress because they dare not report matters to the authorities for fear of being deported. Yet whatever their conditions and pay are in West Germany, they are evidently better than at home.

Under the Bill, employers who recruit workers without the permission of the Employment Office are liable to prison sentences of up to five years. Heavy additional penalties will be imposed on employers who, having recruited illegal workers, subject them to conditions which are inferior to those of their West German colleagues.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Corriere d'Italia

di

Francoforte

del

31-X-72

Cosa ha detto l'assemblea dei lavoratori a Wolfsburg

Presieduta da Arnaldo Galli, l'assemblea, promossa dalle Acli, dall'UNAIE, e dal Comitato d'intesa delle associazioni di immigrati operanti in Germania, ha dibattuto i problemi posti dall'attuale ondata recessiva che ha investito l'industria automobilistica di tutto il mondo. La Volkswagen si è proposta di ridurre la produzione attraverso la riduzione delle ore di lavoro e soprattutto attraverso le dimissioni volontarie con promessa di un premio per l'autolicensing variabile tra i cinquemila e i novemila marchi. Nell'assemblea è chiarito ciò che l'azienda ha omesso di spiegare, e cioè: che dal premio vanno detratte tasse per una misura di circa il 28 per cento; che l'autolicensing comporta la perdita immediata del diritto all'alloggio di proprietà dell'azienda e il diritto

all'indennità di disoccupazione tedesca; che il premio è tale solo in apparenza, in quanto non copre la cifra delle indennità di sei mesi di disoccupazione cui avrebbe diritto un operaio licenziato e priva il dimissionario del diritto al dividendo di cogestione e all'indennità natalizia. L'assemblea ha inoltre rinnovato al nostro Ministero degli Esteri la richiesta di creare a Wolfsburg una sede consolare e comunque di inviare immediatamente addetti consolari che affianchino la campagna contro l'autolicensing condotta dalle associazioni degli immigrati. Un'altra richiesta riguarda la creazione anche in Italia (come in Germania e in Francia) di un Ministero per gli Affari Europei, per un maggiore e più coordinato impegno di difesa degli interessi dei lavoratori italiani nei Paesi della CEE.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Corriere d'Italia

di Francoforte

del 31-X-44

Ancora un tentativo per ingannare i lavoratori stranieri a Wolfsburg

Lo chiamano "premio" e invece è la dis- occupazione di un anno

A chi si autoliscenzia la Volkswagen ha promesso allettanti somme — In realtà non fa altro che dare i soldi, cui hanno diritto in ogni caso i lavoratori — Complicità dei sindacati e dell'Arbeitsamt — Svelato il trucco, ora si cerca di sdrammatizzare: solo 150 italiani al massimo saranno ammessi all'autoliscenziamento

WOLFSBURG, ottobre — L'assemblea dei lavoratori, convocata dal Comitato d'intesa domenica 20 ottobre scorso, ha messo in luce un aspetto gravissimo della situazione, venutasi a creare a danno dei lavoratori. La denuncia, venuta da parte delle ACLI, è stata chiarissima: il cosiddetto premio di autoliscenziamento, proposto dalla direzione della Volkswagenwerk ai suoi dipendenti, e per il quale s'erano già prenotati almeno 1300 italiani, altro non è che la riscossione anticipata dell'assegno di disoccupazione, concesso con la complicità dell'Arbeitsamt e del Ministero del Lavoro. Anche i sindacati hanno appoggiato l'operazione.

La conferma a questa denuncia non è tardata a venire, attraverso un comunicato dell'Arbeitsamt di Helmstedt, dove si nega il diritto

all'assegno di disoccupazione a tutti coloro che hanno sciolto il rapporto di lavoro con la Volkswagen, accettando l'offerta del "premio di autoliscenziamento". I conti sono stati fatti con assoluta precisione e l'ammontare del premio proposto è stato fatto coincidere con la somma di un anno di prestazioni di disoccupazione, tenendo conto dell'anzianità di dipendenza dalla fabbrica e della categoria di lavoro. In base al paragrafo 117 dell'Arbeitsverfassungsgesetz (la legge del lavoro tedesca), ogni prestazione in denaro del tipo risarcimento o indennizzo, ottenuta per lo scioglimento del rapporto di lavoro, sospende il diritto all'assegno di disoccupazione. Se non sono rispettati i termini di disdetta previsti dalla legge, tale scioglimento dev'essere considerato come rottura di contratto o licenziamento

in tronco ingiustificato; se i termini della disdetta sono stati rispettati, "il diritto all'assegno di disoccupazione resta sospeso per un periodo di tempo corrispondente ad un numero di giorni pari alla somma ricevuta come indennizzo al momento dello scioglimento del rapporto di lavoro, per una corrispondente alla media del

guadagno giornaliero degli ultimi 20 giorni lavorativi". La sospensione, aggiunge la legge, "può avere una durata massima di 12 mesi". Tutto calcolato, insomma: a chi si autoliscenzia viene proposto un premio che coincide con l'ammontare della somma che avrebbe percepito in un anno di disoccupazione, che poi gli verrà negata per un periodo corrispondente esattamente a quello necessario per restituirla fino all'ultimo centesimo.

L'aspetto più grave è tuttavia il fatto che durante la sospensione del diritto alla disoccupazione, al lavoratore ed alla sua famiglia viene negata anche l'assistenza medica, che un normale disoccupato invece riceve.

L'iniziativa della direzione della Volkswagen per ridurre di seimila dipendenti il suo personale, attraverso il trucco del "premio di autoliscenziamento" si è risolta pertanto in un insuccesso. Si calcola che non più di 150-200 italiani abbiano confermato l'opzione sottoscritta precedentemente. L'ufficio personale della ditta si è affrettato a dire che "dunque non c'è ragione di allarmismo" e di far tanto chiasso. L'hanno detto al Consigliere dell'Ambasciata d'Italia, Pulcini, nel corso di una sua visita a Wolfsburg per rendersi conto della reale situazione. E' probabile effettivamente che, tirate le somme, il rischio che migliaia di lavoratori italiani cadessero nella trappola dell'autoliscenziamento sia ormai scomparso ed è probabile che a Wolfsburg (ed anche altrove, come presso la Opel di Rüsselsheim) non si ricorra più a questo trucco, ormai denunciato pubblicamente. Resta tuttavia il fatto che di fronte a questo tentativo, nel quale si sono visti coalizzati padroni e sindacati, i lavoratori stranieri sono rimasti senza difesa. Isolati, difficilmente potranno resistere a forme tanto raffinate di sfruttamento ed è pertanto urgente che le forme di associazionismo in emigrazione ricevano il contributo di tutti.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale Agencia Ansa di Roma del 31-X-76

BIT SU PER LAVORATORI MIGRANTI -

(ANSA) - GINEVRA, 31 OTT -

IL LAVORATORE MIGRANTE CONTRIBUISCE ALLA PROSPERITA' ECONOMICA DEL PAESE CHE GLI OFFRE UN LAVORO. EGLI DEVE, PERTANTO, RICEVERE IN CAMBIO UNA FORMAZIONE COMPLETA CHE GLI PERMETTA, NEL RISPETTO DELLA SUA LIBERTA', DI ADATTARSI A NUOVE CONDIZIONI DI VITA E DI GIUNGERE ALLA TOTALE CONQUISTA DELLE SUE CAPACITA'. A QUESTA CONCLUSIONE SONO GIUNTI I PARTECIPANTI AD UN COLLOQUIO PROMOSSO A GINEVRA DAL BUREAU INTERNATIONAL DU TRAVAIL (BIT).

AL COLLOQUIO, CHE SI E' TENUTO DAL 21 AL 30 OTTOBRE, HANNO PRESO PARTE UNA TRENTINA DI RAPPRESENTANTI SINDACALI SPECIALIZZATI NELL'ISTRUZIONE E FORMAZIONE DEGLI OPERAI PROVENIENTI DA ITALIA, SPAGNA, GRECIA, TURCHIA, ALGERIA, TUNISIA, JUGOSLAVIA, PORTOGALLO, GERMANIA OCCIDENTALE, FRANCIA, BELGIO E OLANDA.

IL COLLOQUIO HA POSTO IN RILIEVO LE CONSIDEREVOLI DIFFICOLTA' ALLE QUALI DEVONO FAR FRONTE I LAVORATORI MIGRANTI NEL PAESE DI IMMIGRAZIONE, NELLA MAGGIOR PARTE DEI CASI PRIVI DI QUALSIASI PREPARAZIONE E NELLA TOTALE IGNORANZA DEI COSTUMI, CONDIZIONI E ABITUDINI DI VITA E, SOPRATTUTTO, DELLA LINGUA DEL PAESE CHE LI OSPITA. SOLTANTO A PARTIRE DA UNA SUA PARTECIPAZIONE ALL'AZIONE E ALLE ATTIVITA' SINDACALI DEL PAESE OSPITE, CHE GLI PERMETTERA' DI RICEVERE UNA VERA EDUCAZIONE OPERAIA, IL LAVORATORE MIGRANTE POTRA' RAGGIUNGERE UNA PROMOZIONE COME INDIVIDUO E UNA FORMAZIONE PROFESSIONALE, HANNO CONCLUSO I PARTECIPANTI AL COLLOQUIO.

"IL 'BIT' E' STATO PERTANTO INVITATO A FAVORIRE I CONTATTI, GLI SCAMBI E LA COLLABORAZIONE FRA TUTTE LE ORGANIZZAZIONI SINDACALI E GLI ISTITUTI DI ISTRUZIONE DEI PAESI DI EMIGRAZIONE E DEI PAESI OSPITI, A MIGLIORARE I METODI E IL MATERIALE DIDATTICO, IN PARTICOLARE PER L'INSEGNAMENTO DELLE LINGUE, CREARE UN CENTRO D'INFORMAZIONE E DI DOCUMENTAZIONE SULLE ESPERIENZE DI ISTRUZIONE OPERARIA IN RELAZIONE CON I PROBLEMI DELLE MIGRAZIONI -

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Friuli Sera

di

Udine

del

31-X-74

Il Fogolâr di Lussemburgo ha compiuto dieci anni

Il Fogolar di Lussemburgo ha compiuto dieci anni di vita, e nei giorni scorsi ha celebrato tale periodo di proficua attività, intesa a mantenere integro l'amore per l'Italia e la «piccola patria» friulana nei nostri corregionali emigrati nel Granducato, con una manifestazione tenutasi nel ampio e modernissimo teatro comunale della città, alla presenza delle maggiori autorità locali e di quelle diplomatiche italiane, nonché con l'intervento dell'assessore regionale al lavoro e dei maggiori dirigenti dell'Ente «Friuli nel mondo» e del sindaco di Flaibano in rappresentanza degli amministratori comunali friulani. La cerimonia celebrativa del decennale di fondazione del sodalizio ha avuto il suo epilogo in uno spettacolo folcloristico di cui sono stati protagonisti il gruppo corale e quello dei «Frutins furlans» del Fogolar Lussemburghese, e — ospite particolarmente gradito — il complesso folcloristico «Danzerini di Lucinico». Va anche sottolineato che, nel quadro della manifestazione — alla quale è stato tolto ogni carattere di solennità per conferirle quello della familiarità — vanno inseriti altri tre signifi-

ficativi avvenimenti: gli incontri della delegazione friulana con i soci del Fogolar di Thionville (a una trentina di chilometri da Lussemburgo, ma in territorio francese), il quale festeggiava il quinquennio di attività; con il sindaco della città di Bettembourg pure nel Granducato; e — fatto del massimo rilievo — con l'on. Thoss, sottosegretario lussemburghese all'emigrazione, con l'avv. Francesco Pasetti - Bombardella, direttore generale del personale al Parlamento europeo e presidente del comitato consolare d'assistenza, con il dott. Luigi Morimino, responsabile dei programmi italiani di radio Lussemburgo.

La delegazione friulana (che era composta dall'assessore regionale Giacomo Romano, da Ottavio Valerio e dal comm. Vinicio Talotti — rispettivamente presidente e direttore dell'Ente «Friuli nel mondo» —, dal prof. Dino Menichini, direttore del mensile degli emigrati friulani, dal rag. Ezio Picco, sindaco di Flaibano) era stata precedentemente ricevuta, nella sede del centro italiano, dai componenti del comitato direttivo del Fogolar, presieduto dal sig. Bruno Moruzzi, da numerosi lavoratori e dalla corale del sodalizio, che, sot-

to la guida di padre Enrico Morassut, il quale è anche direttore della missione Cattolica Italiana, ha eseguito in onore degli ospiti «un salut e furlanie».

La giornata si è aperta con una messa in friulano nella chiesa della missione. L'officiante Padre Morassut ha rivolto ai fedeli - lavoratori, e loro familiari di tutte le regioni della penisola — appropriate parole di circostanza, mentre i solisti di Lucinico hanno cantato mottetti religiosi e, a termine del sacro rito, il coro del Fogolar ha eseguito «Stelutis alpinis». Subito dopo, la delegazione friulana si è recata a Thionville, dove il presidente di quel Fogolar, signor Mario Iggotti — alla presenza del vice sindaco della città (che ha acquisito particolari benemerite nella solidarietà verso i nostri corregionali emigrati) e dei rappresentanti delle associazioni «Amicale italo-francese» e «Trentini nel Mondo» — ha tenuto un'ampia relazione delle attività svolte, e dove hanno preso la parola l'assessore regionale Romano, Ottavio Valerio e il ragioniere Picco, per recare rispettivamente il saluto e l'augurio della Regione, dell'Ente «Friuli nel Mondo» e dei sindaci friulani.

Al Fogolar e al vice sindaco di Thionville sono stati offerti in dono oggetti dell'artigianato carnico e pubblicazioni su Udine.

Successivamente, a Lussemburgo si è avuto l'incontro con il sindaco di Bettembourg, dott. Louis Ganser, che l'estate scorsa fu gradito ospite di Flaibano, uno dei nostri comuni che contano la più alta percentuale di emigrati proprio in gran parte nel Lussemburgo. Il presidente del Fogolar Lussemburghese, si-

gnor Moruzzi, ha consegnato il diploma di soci onorari del sodalizio ai sindaci di Bettembourg e di Flaibano, e in tale occasione il dottor Ganser ha avanzato la proposta — cordialmente accettata, e annunciata ufficialmente più tardi da Ottavio Valerio — di indire nel 1975, nel Granducato, un incontro di tutti i fogolârs dell'Europa centrale.

La manifestazione per il decennale del Fogolar di Lussemburgo è ripresa e si è conclusa nel teatro comunale, alla presenza di quasi un migliaio di persone, in maggioranza lavoratori d'ogni regione d'Italia. Fra i presenti, con i rappresentanti dei sodalizi friulani di Thionville, di Saar-

brucke, di Colonia e dell'Aja, di quelli italiani operanti nel Granducato, c'erano le massime autorità cittadine, il console generale d'Italia e il marchese Eremberto Morozzo della Rocca.

Dopo l'esecuzione dei canti friulani e della montagna da parte del gruppo corale del Fogolâr, che ha in padre Morassut il dinamico direttore, e l'esecuzione dei balletti da parte dei « Frattins Furlans » preparati con pazienza e passione dalla signora Moruzzi e dalla signorina Ester Bidoli, ha preso la parola il dott. Rodolfo Zilli, presidente onorario del sodalizio Lussemburghese, il quale ha porto il saluto e il ringraziamento alle autorità e a tutti gli intervenuti, e ha consegnato una pergamena-ricordo al presidente dell'Ente « Friuli nel Mondo ». A sua volta, Ottavio Valerio, per la costituzione del Fogolâr e la cerimonia che ne seguì (assai opportunamente l'oratore ha fatto il nome del defunto dott. Ermete Pellizzari, il quale fu coordinatore dell'azione tra l'Ente e i promotori dell'iniziativa), ha espresso la generale soddisfazione per l'esito del recente referendum sull'« infestieramento » in Svizzera, e ha dato l'annuncio che nel maggio del prossimo anno si daranno convegno a Lussemburgo i rappresentanti dei Fogolârs dell'Europa centrale; parlando in friulano, ha concluso con l'elogio ai nostri correzionali del Granducato per aver

sempre mantenuto radicato nel cuore l'amore verso l'Italia e verso il Friuli. Ha parlato infine l'assessore regionale Romano, il quale, dopo aver rivolto il saluto della Regione Friuli-Venezia Giulia alle autorità del Granducato, del comune di Lussemburgo, all'ambasciatore e al console d'Italia, ai lavoratori e ai dirigenti dell'Ente « Friuli nel Mon-

do », ha espresso l'auspicio che, nonostante le difficoltà del momento, sia possibile ridurre le dimensioni del fenomeno migratorio e successivamente tradurre in realtà il desiderio di quanti aspirano a ritornare definitivamente in Friuli. Accennato all'esito del referendum sulla manodopera straniera in Svizzera e alla preparazione dei lavoratori a Roma per la conferenza nazionale dell'emigrazione, il rappresentante della Regione ha concluso il proprio intervento con l'esortazione ai friulani emigrati di stringersi attorno ai loro Fogolârs, che sono i tenaci custodi delle tradizioni spirituali, morali e civili della nostra gente.

I dirigenti dell'Ente « Friuli nel Mondo » hanno quindi consegnato doni (oggetti dell'artigianato nostrano e volumi sul Friuli) al Fogolâr locale, al sottosegretario lussemburghese all'emigrazione on. Thoss, all'ambasciatore d'Italia dott. Roberto Riccardi, al vice sindaco di Lussemburgo signor Bollendorf che rappresenta il sindaco signora Colette Flesch, al vescovo monsignor Jean Engel (assente perchè convocato in Vaticano), ai rappresentanti delle associazioni dei bellunesi, dei vicentini e dei padovani operanti nel Granducato, ai signori Jean Paul Kraus, Lucien Olinger e Marcel Barnich, benemeriti per l'opera d'assistenza prodigata a favore dei lavoratori friulani nel Lussemburgo, a padre Enrico Morassut. All'avv. Francesco Pasetti-Bombardella, presidente del comitato consolare d'assistenza (che, come l'ambasciatore d'Italia ha preso brevemente la parola per esaltare la dedizione degli italiani al lavoro e l'attaccamento dei friulani alle tradizioni familiari, pa-

triotiche e religiose della loro terra) è stato conferito il diploma di socio onorario del Fogolâr.

Infine, applauditissimo in ogni numero, lo spettacolo folcloristico: i danzari di Lucinico, nei caratteristici costumi del Friuli orientale, sotto la regia del loro presidente, rag. Rodolfo Medeot, hanno offerto — con una sequenza di balletti, di brani musicali — di « a solo » canori — un ottimo saggio della loro preparazione e, soprattutto, una squisita prova di grazia, di compostezza e di armonia che ha messo in luce la loro spontaneità e la freschezza dell'anima friulana. Hanno concluso la manifestazione alcune parole del sig. Rigutto, presidente del Fogolâr dell'Aja, che si è reso interprete del sentimento di fratellanza e dell'augurio dei sodalizi friulani di tutta Europa per i nostri lavoratori emigrati nel Lussemburgo.

Un cenno a parte meritano i colloqui che l'assessore regionale Romano e il presidente dell'Ente « Friuli nel Mondo » hanno avuto al ministero Lussemburghese del lavoro e al parlamento Europeo. Il sottosegretario all'emigrazione on. Thoss ha espresso la propria considerazione per i friulani del Granducato (vari contatti con le nostre autorità per l'esame dei numerosi problemi inerenti alla situazione della manodopera italiana hanno determinato anche nel Lussemburgo una conferenza sull'emigrazione) e si è dichiarato disponibile a un incontro nella nostra regione al fine di instaurare una più stretta collaborazione che conduca al miglioramento delle condizioni di lavoro dei nostri correzionali; l'avv. Pasetti-Bom-

bardella — che ha avuto frasi di fervido elogio per la coesione dimostrata dai friulani, i quali sono stati d'esempio per le altre associazioni regionali italiane — ha rilevato l'opportunità di più frequenti rapporti diretti con gli esponenti della vita economica del Friuli-Venezia Giulia e ha suggerito l'adozione di iniziative culturali, quali conferenze, mostre d'arte, spettacoli, rassegne dell'artigianato; il dott. Mormino, il quale presiede i programmi italiani dell'emittente radiofonica locale, ha posto l'accento sull'attività che deriverebbe da scambi di visite tra delegazione di giornalisti friulani e lussemburghesi per una maggiore conoscenza delle due regioni e dei loro problemi.

Il conservatorismo del Ministero Esteri

Intervista esclusiva rilasciata al Corriere d'Italia dal dott. Adolfo Treggiari, V. Console d'Italia in Baden.

(A cura di Antonio Cervone)

C.d'I.: Dottor Treggiari, lei è stato recentemente punito per aver difeso con eccessivo "entusiasmo" gli interessi dei lavoratori emigrati e messo sotto accusa le strutture dello Stato italiano all'estero. Le è stato rimproverato di essere troppo politico e poco diplomatico. Ritene queste accuse fondate e, in caso negativo, si considera una eccezione tra i diplomatici italiani?

TREGGIARI - "La sospensione di due mesi dall'attività ed il conseguente richiamo in Italia sono state imposte al Ministro Moro dall'apparato burocratico del Ministero degli Affari Esteri, notoriamente su posizioni conservatrici o addirittura oltranziste. Credo che il provvedimento sia venuto per bloccare l'attività di un diplomatico che aveva conscientemente rifiutato di muoversi entro gli schemi tradizionali. Il rifiuto del paternalismo, dei sorrisi e delle pacche sulle spalle, della distribuzione delle medaglie e della premiazione di gare di briscola o di bocce è stato interpretato come un atteggiamento sovversivo, specie quando alle attività del Console ho sostituito una presenza attiva e costante nei luoghi di vita e di lavoro degli emigrati, la difesa dei loro interessi contro i soprusi delle autorità straniere ed anti-italiane, la sensibilizzazione

delle loro coscienze ai problemi sociali e politici che li toccano da vicino. Personalmente ritengo di aver fatto il mio dovere e che siano invece i colleghi che si comportano diversamente a ve-

nir meno ai loro precisi compiti di tutela e di promozione sociale e culturale che la legge attribuisce al console.

Deve essere chiaro a tutti che sono finiti i tempi in cui bastava distribuire i pacchi-dono a Natale per tenere buoni gli emigrati e che gli enormi progressi compiuti in questi anni dalla classe lavoratrice italiana cominciano ad influenzare anche il comportamento dei nostri lavoratori all'estero.

Non ritengo di essere una eccezione, per fortuna, perchè molti miei colleghi, specie tra i giovani, condividono le mie idee e cominciano ad operare in modo apprezzabile nell'emigrazione. Il processo di rinnovamento nei quadri e nella mentalità del Ministero degli Affari Esteri è inarrestabile perchè si collega alla situazione reale del Paese, alla esigenza dei lavoratori emigrati ed allo spirito riformatore che viene espresso dalla parte viva delle forze politiche e sindacali italiane. Il movimento di "Farsina Democratica" che agisce agli esteri non è che il corrispettivo dei raggruppamenti che operano in tutta la pubblica amministrazione e nelle altre strut-

ture dello Stato, la cui arretratezza e la cui antidemocraticità sono una delle cause della situazione disastrosa in cui si trova l'Italia".

C.d'I.: Crede lei, dottor Treggiari, che le esigenze di ristrutturazione della rete diplomatico-consolare italiana saranno soddisfatte dalla prossima Conferenza Nazionale dell'Emigrazione?

TREGGIARI - "Spero innanzitutto che la Conferenza si faccia e che essa, soprattutto serva a qualcosa. Dico questo perchè da una parte la situazione politica non lascia prevedere che l'Italia avrà in dicembre un Governo serio, progressista ed autorevole. Dall'altra perchè in ogni caso la drammatica situazione economica del nostro paese non consentirà al Governo di assumere degli impegni credibili nel settore economico e di aggredire quindi l'emigrazione nelle sue cause più profonde che affondano appunto nel tipo di sviluppo che è stato scelto dalle forze politiche ed economiche dominanti e portato avanti in questi ultimi trent'anni. Il problema dell'emigrazione non si risolve con palliativi o sporadici interventi settoriali perchè essa è una delle grandi questioni nazionali. Si continua ad emigrare e non si può tornare in Patria perchè nelle zone di origine non vi è lavoro. Quindi l'emigrazione si cura quando gli squilibri che l'hanno determinata: sviluppando il Mezzogiorno, facendo le riforme, creando occupazione con un modello di sviluppo più umano.

Se la Conferenza Nazionale dell'Emigrazione si farà uno dei problemi in discussione non potrà che essere la ristrutturazione della rete diplomatico-consolare italiana e prima ancora il modo di essere e di agire del Ministero degli Affari Esteri. Questo non solo perchè ormai tutti sono d'accordo, e specialmente i lavoratori italiani emigrati, nel criticare il funzionamento dei consolati italiani, ma anche perchè se i consolati non



Ritaglio dal Gior.

saranno capaci di sviluppare alcune decisioni della Conferenza saranno inutili i provvedimenti che in quella sede potranno essere presi.

Già altre volte è successo che fossero decisi a livello politico alcuni comportamenti e che poi essi rimanessero sulla carta per l'incapacità o il sabotaggio di chi doveva eseguirli".

C.d'I.: Una delle Sue affermazioni più frequenti, dottor Treggiari, è che i lavoratori emigrati dovrebbero contare di più nei paesi in cui vivono e soprattutto in Italia. Come crede che questa esigenza possa essere soddisfatta?

TREGGIARI - "L'Italia ha oggi all'estero circa cinque milioni e mezzo di lavoratori, un decimo di tutta la popolazione. Essi hanno contribuito in modo spesso determinante allo sviluppo economico dei Paesi ospitanti ed hanno rappresentato allo stesso tempo, con le loro rimesse, un fattore importante di riequilibrio della bilancia dei pagamenti italiana.

Ciononostante essi, in Italia e all'estero, contano assai poco sul piano politico ed è questo il motivo per cui essi vengono trascurati e spesso ignorati come se

non fossero dei cittadini e degli uomini con la pienezza dei loro diritti.

I lavoratori italiani devono contare di più, devono contare per quello che essi valgono realmente. Per questo è necessario che essi siano associati alla vita sociale e, gradualmente, anche a quella amministrativa e politica dei Paesi ospitanti. Dei progressi sono stati compiuti in questo senso negli Stati membri della Comunità Economica Europea e specialmente in Germania a seguito del recente accordo fra Partito Socialista Italiano e S.P.D.

Molto di più potrebbe essere fatto se da parte dello stato italiano vi fosse un serio impegno in tale direzione. In Italia sono note le difficoltà, i disagi e le spese che gli emigrati devono affrontare per esercitare il diritto al voto. Proposte di legge per facilitare il rientro dei lavoratori all'estero in occasione delle elezioni sono da anni ferme in Parlamento. E in una democrazia delegata come la nostra, è noto che un ceto, una classe sociale ha il potere che gli viene dalla forza elettorale e dal numero dei suoi rappresentanti in Parlamento e negli enti locali.

I lavoratori emigrati devono convincersi che le loro proteste servono a ben poco se non sono espresse nella sede democratica competente e se non trovano poi uno sbocco a livello politico ed elettorale. I partiti, i sindacati hanno delle precise responsabilità verso i lavoratori emigrati che non possono essere eluse con belle parole o sporadiche iniziative spesso demagogiche. Responsabilità ancora maggiori hanno i consolati perchè non hanno messo una categoria di cittadini, gli emigrati appunto, in condizione di esercitare i diritti sanciti dalla Costituzione Italiana.

Alle manchevolezze del passato può e deve essere posto rimedio per restituire ai lavoratori all'estero la piena dignità della persona umana ed evitare, finchè è possibile, che una forza immensa rimanga inutilizzata nel momento in cui in Italia e in Europa si combattono storiche battaglie di progresso o peggio venga spinta dalla disperazione ad un qualunquismo che nasce dalla sfiducia, dalla delusione, dall'indifferenza verso quei valori di civiltà e di progresso sociale che sono inseparabili dal concetto stesso di persona umana".

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

AVANTI EUROPA

Roma

del

31-X-74

Cosa può fare la Comunità per tutti gli emigranti?

■ Proposte dei Sindacati alla Commissione sociale del Parlamento europeo nel quadro del programma specifico per i lavoratori migranti e in vista della Conferenza dell'emigrazione.

In ottobre la Commissione sociale del Parlamento Europeo ha tenuto un'udienza conoscitiva presso la Camera dei deputati italiana a Roma sul tema « Possibilità di azione comunitaria per i problemi dell'emigrazione italiana nel quadro sia del programma specifico per i lavoratori migranti, in fase di preparazione nella Comunità, sia della conferenza dell'emigrazione, che si terrà in Italia nel prossimo ottobre ».

Hanno partecipato a questo incontro per gli Enti di patronato: Presa dell'INAS-CISL, Motta dell'INCA-CGIL, Di Matteo delle ACLI; per i sindacati: Cavazzuti della CISL, Ferioli della UIL, Meroni e Cerfeda della CGIL. Erano presenti, inoltre, numerose associazioni di emigrati, parlamentari e, in rappresentanza del

governo, l'on. Granelli. Rappresentava la Commissione della CEE il vice presidente Hillary.

Nel corso della discussione sono state esaminate le conseguenze che l'attuale crisi economica potrebbe avere, e già in parte ha, sulla manodopera emigrata e le misure da prendere

E' stato sottolineato con particolare forza da parte dei rappresentanti dei sindacati la gravità della decisione presa dal Consiglio dei ministri comunitari di ridurre sostanzialmente le già inadeguate proposte di stanziamento presentate dalla Commissione per il Fondo sociale europeo e per il costituendo Fondo regionale. Tale misura indica il prevalere di una volontà politica che rende poco credibile ogni dichiarazione di voler affrontare seriamente i problemi della emigrazione.

La prima condizione perché ciò possa avvenire è che si mettano in atto tutti gli strumenti atti a sviluppare l'occupazione nelle zone depresse (sostanzialmente il Mezzogiorno) e a consentire la qualificazione e la riqualificazione della manodopera circolante nella Comunità in modo da favorire l'elevamento sociale e la piena integrazione nella struttura produttiva del Paese che la accoglie.

A questo fine i sindacati hanno sostenuto due principi tra loro strettamente collegati: la necessità di porre in essere una politica sociale capace di realizzare un vero e proprio « status » del lavoratore europeo, eliminando disparità di trattamento e discriminazioni di fatto tuttora esistenti; la realizzazione della assoluta parità di diritti fra lavoratori comunitari e di Paesi terzi.

Perché questi due principi siano resi operativi si è particolarmente insistito sulla necessità di applicare effettivamente i regolamenti sulla libera circolazione della manodopera e di estenderne la portata al campo della scuola, della formazione professionale, dei diritti civili e politici, e di creare le condizioni per realizzare un effettivo controllo del mercato del lavoro. Si è in secondo luogo convenuto sull'urgenza di superare, in materia di emigrazione da Paesi terzi, il metodo delle relazioni bilaterali mediante uno stretto coordinamento comunitario.

Le tesi sostenute dai rappresentanti dei sindacati hanno ottenuto un'eco favorevole da parte dei parlamentari europei ed italiani presenti.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

AVANTI EUROPA

Roma

del 31-X-7

Garantire i diritti civili e politici per difendere la sicurezza dell'emigrato

Tutte le conquiste ottenute dai lavoratori migranti sulla via dell'equiparazione ai nazionali in singoli settori, come ad esempio i diritti sindacali, la sicurezza sociale, la formazione professionale, ecc. saranno prive di un solido fondamento fintantoché non saranno loro garantiti diritti civili e politici tali da renderli, compatibilmente con le esigenze legittime del paese ospitante, capaci di esercitare una valida azione di difesa e di rivendicazione.

Bisogna anzitutto insistere sull'inscindibilità dei diritti civili e dei diritti politici. Infatti, a che serve concedere ai lavoratori migranti determinate possibilità di azione politica, se sono sempre alla mercé di un arbitrario intervento della polizia, di un provvedimento di espulsione o di controlli ingiustificati? Come si può parlare di libera circolazione se la polizia vede in ogni immigrato un potenziale delinquente, se i regolamenti in materia di accesso e soggiorno degli stranieri sono unicamente concepiti in funzione della difesa della popolazione autoctona e non come uno strumento per agevolare l'accoglienza e l'integrazione degli immigrati. Qui non si parla teoricamente; numerosi fatti concreti, spesso taciuti o svisati dalla stampa locale, stanno a dimostrare i continui soprusi ed abusi effettuati dalla polizia nei confronti di lavoratori migranti. Anche le recenti ondate di terrorismo sono state abilmente utilizzate dalle autorità dei paesi ospitanti per colpire indiscriminatamente gli immigrati e rendere più difficile l'attività delle loro associazioni.

I partiti e le associazioni più progressisti dovrebbero cercare di convincere l'opinione pubblica che tale situazione è incompatibile con i principi che stanno alla base di una vera società democratica. Le rivendicazioni sul piano dei diritti civili non richiedono costose riforme o modifiche costituzionali; basterebbe accordare ai lavoratori migranti le stesse garanzie nei confronti della polizia e delle autorità giudiziarie di cui godono i nazionali, subordinare l'autorizzazione delle associazioni degli immigrati alle stesse condizioni applicabili alle associazioni del paese ospitante e definire con precisione i casi in cui si può procedere all'espulsione di uno straniero, prevedendo anche adeguate possibilità di ricorso dell'interessato.

Per quanto riguarda i diritti politici, il discorso è più difficile. Anzitutto, occorre distinguere 4 livelli differenti:

1) La possibilità di costituire associazioni politiche o di fondare gruppi o sezioni di partiti che rispecchiano le forze politiche nel paese d'origine.



Ministero degli Affari Esteri

2

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASS

Ritaglio dal Giornale

..... del

2) La possibilità per i lavoratori migranti di iscriversi ad un partito politico del paese ospitante e di ricoprirvi cariche elettive.

3) La possibilità per i lavoratori migranti di costituire consigli consultivi a livello comunale, in base a nomina o mediante elezioni.

4) Infine, la possibilità di partecipare alla vita politica del paese ospitante beneficiando del diritto di voto (anche in questo caso si tratta del livello comunale).

Non ci dilungheremo sui primi due punti. Basterà ricordare che vari partiti nei paesi ospitanti accettano tra i loro iscritti dei lavoratori migranti, ma ne limitano le possibilità di accedere a cariche direttive.

A proposito dei consigli consultivi, bisogna riconoscere che si è trattato di una iniziativa interessante, che avrebbe potuto dare certi risultati. Purtroppo, dopo alcuni anni di esperienze, l'ottimismo non appare più giustificato. Almeno per quanto riguarda il Belgio, paese in cui i consigli consultivi hanno avuto di gran lunga la massima diffusione (oltre 30, mentre in Germania e in Olanda si possono contare sulle dita ed in Francia non si è fatto assolutamente nulla), si deve constatare un netto deterioramento della situazione. Le autorità comunali si mostrano sempre meno aperte ed anche il mutamento di coalizione sul piano governativo e l'abbandono del Ministero del Lavoro da parte di E. Glinne, socialista, incidono negativamente.

Alla base dell'iniziativa dei consigli consultivi comunali c'è un equivoco. Mentre le associazioni democratiche dei lavoratori migranti vi hanno ravvisato uno strumento per avviare un dialogo politico con le autorità locali e per dare più peso alle rivendicazioni extrasindacali dei lavoratori migranti (alloggio, scuola, cultura, tempo libero, diritti civili e politici), la maggior parte dei sindaci e dei consiglieri comunali ha creduto di poter smorzare la spinta rivendicativa degli immigrati accogliendo alcuni di essi in un organismo consultivo agevolmente manovrabile e controllabile e riducendo destinato ad esercitare una certa attività assistenziale e ricreativa e ad organizzare serate folkloristiche.

Fino a questo momento i consigli consultivi non hanno dato risultati tangibili, anzi, vanificando le speranze in essi riposte, hanno creato una certa frustrazione negli ambienti più sensibili e politicizzati dell'immigrazione. C'è da chiedersi se valga la pena impegnarsi in tali attività, che richiedono tempo ed energia, ed avallare — direttamente o indirettamente — l'operato delle autorità comunali. Indubbiamente non si può continuare indefinitamente. Se i consigli consultivi comunali non riescono a sviluppare un'azione incisiva e ad ottenere qualche risultato concreto, si può facilmente prevedere che le associazioni democratiche degli immigrati finiranno per abbandonare questo strumento rivelatosi ormai inefficace.

Naturalmente, ci sembra opportuno, per ragioni di solidarietà e di correttezza, che i compagni socialisti impegnati nei consigli consultivi continuino la loro attività e che il dissenso venga manifestato in accordo con le altre organizzazioni democratiche degli immigrati, italiane e straniere.

A. L. GLINNI

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IMPEGNO (UNASMAE - UIL)

del 10 ottobre '44

Emi
gra
zione

Perchè l'Unasmae si occupa della Conferenza dell'Emigrazione

La domanda è pertinente perché risponde ad una curiosità fattasi avanti in modo insistente tanto da parte di certi ambienti dell'Emigrazione tanto da parte di singole persone affiliate al nostro stesso sindacato.

In effetti il contenuto sostanziale del quesito appartiene a quel genere di dubbi che, nel nostro tempo, sono sempre più e sempre più giustamente legati alla necessità di sapere cosa significhi infine fare del sindacalismo, fare della politica, di cosa si occupa e deve occuparsi un sindacato senza diventare un partito politico e perché debbano o non debbano esistere o crearsi delle delimitazioni quantitative e qualitative all'azione sindacale ed in virtù di cosa, di quali diritti o di quali garanzie costituzionali o di comodo.

È un fatto che questi non sono formulati da menti esaltate o da accerrimi avversatori del sindacalismo, ma da uomini talvolta legati ad un passato di vecchia fede sindacale e politica. Se li pongono anche studiosi di dottrine politiche e di sociologia cronisti politici e semplici cittadini che cercano di orientarsi e capire il senso di cose così determinanti del loro stesso vivere quotidiano.

È un fatto altrettanto certo che il nostro Paese in materia di sindacalismo non ha ancora oggi le carte in regola con la Costituzione e che se pertanto qualcuno volesse, da una cattedra universitaria o ad una semplice intervista ad un giornale straniero, definire come si tiene in vita, con quale regolamentazione e da cosa è garantita l'attività sindacale in Italia, ha delle indiscusse probabilità di non riportare la palma della chiarezza ed incisività. Posto in questi termini il discorso del raggio d'azione o dell'invadenza del sindacalismo

italiano d'oggi potremmo addirittura aggiungere (e chiudere la partita anche per l'UNASMAE) che non ha senso porsi quesiti del perché d'una certa azione portata avanti « in dettaglio » da tale o tal'altro fronte sindacale e tanto meno ne ha volersi chiedere perché agli interessi difesi se ne aggiungano ogni giorno altri completamente nuovi pur rimanendo immutata la composizione delle persone che a quel fronte sono affiliate. Non ha senso perché non è mai stata definita e nessuno si sentirebbe oggi di definire quali sono i limiti dell'azione sindacale.

In questi termini però il discorso, nella sua indiscussa serietà ed attualità in termini astratti e generali, diventa insignificante scappatoia nei confronti di precise insinuazioni ed esigenze di una analisi più immediata.

Lo diventa tanto più per una schiera di cittadini ed organi di stampa che in questi giorni si cimenta, in fatto di emigrazione per prendere un esempio che ci è più vicino, nella formulazione più o meno colorita della utilità o inutilità della messa in piedi d'una Conferenza dell'Emigrazione che, a parte il costo di 600 milioni, costituirà, nei commenti meno salaci, né più né meno che una ennesima passerella di soli loquaci attori, comparse e generici rappresentanti di formazioni politico-sindacali.

Questo rischio, sia bene inteso, c'è e permane tale malgrado certe promesse dell'ultima ora. E se resterà tale anche nell'ora dell'apertura dei lavori della Conferenza, costituirà un fatto pernicioso e nocivo tanto al discorso della chiarezza del sindacalismo, tanto a quello della fiducia nuovamente chiesta e probabilmente ottenuta dal mondo dell'Emigrazione.

Motivo questo sufficiente, per ciò che ci consta, per spiegare il perché della partecipazione dell'Unasmae alla Conferenza. I motivi di fondo di questa presenza non sono stati creati dalla Conferenza stessa, ma dal fenomeno migratorio in sé.

A chi dei nostri lettori e dei nostri iscritti questo impegno non fosse chiaro, ripetiamo quanto si disse all'epoca della costituzione dell'UNASMAE. E che cioè

l'emigrazione costituiva una delle scadenze basilari del nuovo sindacato creatosi in seno al MAE perché la nascita di quest'ultimo avveniva con l'apporto di un grosso numero di impiegati-emigranti. Tali si definivano infatti i contrattisti assunti sino al 1968 per le carenze congenite al loro status giuridico.

A questi motivi se ne sono aggiunti nel tempo altri di scelta civile. Gli impiegati del MAE non potranno aspirare mai ad uno statuto dignitoso nei confronti del lavoro e della funzione che svolgono se le loro rivendicazioni saranno disgiunte da una politica di risanamento e funzionalità del lavoro. Un lavoro dignitoso non si misura solo con la colonnina degli aumenti salariali e non può essere disgiunto dalla certezza d'aver lavorato per produrre prestazioni giuste ed utilizzabili in

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

concreto. Ed è appunto il sovente riscontro delle inesattezze ed inadeguatezze delle nostre prestazioni e del modo come si è costretti a doverle produrle e servire alla collettività cui sono dirette che ha creato le basi della nostra a dover dire qualcosa in fatto di rapporti tra Amministrazione degli Esteri e collettività emigrata.

Chi non capisce o non intende far partecipare l'Emigrazione delle discrepanze dell'Amministrazione degli Esteri, né quest'ultima delle problematiche ancora più complesse del mondo dell'Emigrazione, non ha afferrato quale sia il fulcro più qualificante dell'azione sindacalista aperta all'UNASMAE, spingendo al contrario il Sindacato ed il sindacalismo verso mete di colore esclusivamente corporativo e clientelare.

del

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Patronato dei Lavoratori - Roma, set. / 66
(INAS - CISL)

**LA RENDITA
PER «SILICOSI»
CONTRATTA IN BELGIO
NON SARA' PIU'
RIFIUTATA DALL'INAIL**

Dopo cinque anni si è conclusa con pieno successo per i lavoratori — ex minatori del Belgio — la vertenza promossa dall'INAS-CISL di Lecce per l'indennizzo di quella grave malattia professionale, la silicosi, contratta dai nostri connazionali che hanno svolto attività lavorativa nelle miniere di carbone in Belgio.

L'Istituto Nazionale Infortuni che, nonostante le numerosissime azioni amministrative e giudiziarie e le sentenze del Tribunale e della Corte di Appello di Lecce, si è ostinato per anni a respingere sistematicamente tutte le richieste d'indennizzo avanzate ai sensi della Legge n. 1115 del 27-7-1962, dal 1-1-1964 in poi, violando così una precisa legge dello Stato, ha finalmente deciso di adeguarsi a quanto sancito dalla Magistratura, essendo stato condannato anche dalla Suprema Corte di Cassazione.

Ciò significa che tutti coloro che hanno contratto la malattia professionale «silicosi» in Belgio, possono regolarmente avanzare domanda di indennizzo all'Istituto Nazionale Infortuni, come se la malattia stessa fosse stata contratta in Italia.

La favorevole soluzione di

questa grossa vertenza previdenziale, se da una parte premia la corretta e decisa azione di tutela del Patronato INAS-CISL, dall'altra evidenzia la necessità per tutti i lavoratori di ricercare l'intervento qualificato e gratuito del Patronato sindacale per il conseguimento di tutte le prestazioni previdenziali, dal momento che le buone leggi in materia mutualistica, infortunistica e pensionistica non bastano se non vi è una continua vigilanza per la loro corretta e tempestiva applicazione.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

IL GIORNO

di

Milano

del

31-X-

SVIZZERA E ITALIA

Basilea

Vorrei rispondere in poche righe a tutti coloro che hanno scritto e detto dure parole in questi giorni, a proposito del referendum, sulla Svizzera.

Si deve pensare che gli italiani non sono davvero molto generosi verso gli svizzeri quando si legge qualche articolo sulla Confederazione; vi si trovano soltanto critiche, tanto da pensare: siamo noi gli xenofobi, oppure voi? Non è forse meglio che questi signori facciano un giro d'orizzonte sul loro Paese? Voi italiani avete tanti, ma tanti problemi da risolvere; eppure, a causa dei troppi interessi personali e politici da difendere, l'operaio italiano deve andare all'estero per guadagnarsi un pezzo di pane.

In Svizzera, tanto per cominciare, di schiavi non ce ne sono, gli stranieri che lavorano da noi sono liberi e rispettati for-

se più che nella loro patria stessa. E finito il lavoro se ne vanno dove vogliono. Così è a Basilea, e sono convinto che così è anche nel resto della Svizzera: lo dico per mia constatazione.

In quanto ad alloggi, gli stranieri che abitano a Basilea non possono certo lamentarsi: la maggior parte di loro abita in belle case, e naturalmente con pieno diritto, anche se la pigione è un po' cara; forse in Italia è a buon mercato?

Concludo: prima di voler fare ordine nel nostro Paese, cercate di farlo nel vostro. Il sottoscritto non è un anti-italiano, ma anzi un buon amico. Cercate anche voi di essere amici della Svizzera, sarà molto meglio che continuare a scriverne male. Sono ticinese di razza italiana, ma prima di tutto un buono svizzero.

LETTERA FIRMATA

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Tempo

di Roma

del 31-X-76

UNA SEZIONE MONOGRAFICA DELLA BIENNALE

Emigrati italiani e cinema svizzero

Otto film socio-politici presentati a Venezia - Di rilievo quelli di Sailer, Ammann, Hermann e Bizzarri

NOSTRO SERVIZIO PARTICOLARE
Locarno, 30 ottobre

Sorpresa e stupore sono i sentimenti che si colgono negli ambienti cinematografici svizzeri di fronte al programma allestito dalla Biennale di Venezia per la sezione monografica del cinema svizzero. Vi sono molti, troppi film solo « di tendenza » — si dice — e solo di una parte politica, specie quelli dedicati all'emigrazione italiana in Svizzera. Sono riflessioni, comunque, che fanno soltanto gli addetti ai lavori, poiché sia la stampa sia il grande pubblico ignorano completamente la Biennale di Venezia e il suo travagliato inizio, e sono invece molto più sensibili all'immane caos politico che affligge, attualmente, l'Italia.

Degli otto film che trattano la problematica degli emigrati italiani in Svizzera, e che la Biennale ha cominciato a proiettare dal 26 ottobre, solo due possono dirsi inediti o quasi, in quanto prodotti in questi ultimi mesi: *Matrimonio di lavoro* di Roberto Bonner e *Emigrati* di Remo Legnazzi; gli altri sei, pur non essendo entrati nei circuiti commerciali, sono già stati largamente presentati ai vari festival svizzeri e proiettati anche in circuiti paralleli.

Strani animali

Il prototipo di questi film che hanno messo in evidenza la condizione degli operai stranieri in Svizzera e il disagio degli svizzeri di fronte a questo ammoso problema è *Siamo italiani* di Alexander Sailer. Il film non è nuovo nemmeno in Italia. I cri-

tici cinematografici italiani ne parlarono a lungo quando venne presentato al Festival dei Popoli di Firenze. Uno di essi, in quell'occasione scrisse: « Oltre che una mancanza di concisione, rimprovereremo al regista Alexander Sailer di aver condotto un eccellente documentario su questi strani animali che sono gli italiani, più che un'inchiesta esauriente. Sailer è un regista di razza, un uomo di cinema di indubbe capacità tecniche, ma cede ad un gusto impressionista che non è sempre sostenuto da un'ampia conoscenza della complessità del fenomeno, il quale richiede molteplici, lucide angolazioni di presa ».

Questa critica si rivelò valida a distanza: il film del regista svizzero-tedesco, che la rivista cinematografica svizzero-romanda *Travelling* definì un valido lungometraggio di cinema-verità, ebbe una scarsissima diffusione. Sailer, allora, dopo aver fondato una propria casa cinematografica si diede alla produzione di cortometraggi che gli rendono adesso molto bene e ha abbandonato del tutto il suo ruolo di impegnato e di iniziatore di una cinematografia svizzero-tedesca politico-sociale.

L'eredità di Sailer è stata raccolta da un altro svizzero-tedesco, Peter Ammann, zurighese ed ex assistente di Federico Fellini per il *Satyricon*; il suo primo film sulla emigrazione è stato *Braccia sì, uomini no*, titolo indovinatissimo che parafrasava una celebre espressione dell'irrequieto scrittore svizzero-tedesco Max Frisch. *Braccia sì, uomini no* è del 1970, quando imperversava

James Schwarzenbach, promotore della seconda iniziativa xenofoba che mirava a diminuire notevolmente il numero degli operai stranieri in Svizzera. Il film di Ammann ha il merito di non cadere nel troppo facile discorso propagandistico, ma di limitarsi a mostrare e a far sentire le ragioni e il comportamento degli opposti schieramenti, nel corso della campagna elettorale per le iniziative antistraniere.

Proseguendo nel suo discorso critico-dialettico nei confronti della società svizzera e dei suoi rapporti sociali con gli emigrati, nel 1973 Ammann presentò a Locarno *Il treno rosso* che ha alla sua base una interpretazione vichiana della storia. I corsi e ricorsi di Giambattista Vico sono citati infatti per commentare le vicende storico-sociali trattate dal *Treno rosso*, dimostrando che i discendenti di Guglielmo Tell, unitisi e divenuti confederati per opporsi a dei dominatori stranieri, sono diventati a loro volta, in un contesto socio-economico altamente industrializzato, degli oppressori per i lavoratori stranieri in Svizzera. A questa conclusione si giunge con il montaggio di tre rappresentazioni teatrali dedicate al mito e alla leggenda telliani, completamente antinomiche tra loro: il *Guglielmo Tell* di Schiller, recitato all'aperto a Interlaken, l'opera lirica di Rossini e la satira politica dello spagnolo antifranchista Sastre, *Il teatro della demistificazione*.

Le sequenze delle tre opere teatrali si adeguano come didascalie ideologiche al *Treno rosso* che percorre il film

in senso verticale. E' un treno di operai italiani che tornano in Italia per le elezioni politiche. Le chiarificazioni, i contrasti che nascono dall'uso delle immagini teatrali, sia sul piano visivo, sia su quello dialettico sono notevoli e conferiscono al film un valore politico ed artistico particolarmente rilevante.

Lo stagionale, di Alvaro Bizzarri, non svizzero, ma italiano, ed ex operaio, è invece un film di denuncia. La vicenda dello stagionale italiano a cui è negato il diritto di poter far vivere con sé in Svizzera il suo figlioletto e quella, concomitante, di tanti altri ragazzi clandestini che non hanno il dirit-

to di rimanere con i loro genitori, sono trattate in modo scarno, ma efficace. Il bianco e nero, l'inesperienza degli attori, tutti non professionisti, una certa *naïveté* tecnica, avvertibile in modo particolare nel commento musicale, danno al film una intensa forza emotiva. Il movimento di protesta nato dalla descrizione di simili episodi e la corallità dell'azione hanno coinvolto lo spettatore svizzero mettendolo a disagio perché posto di fronte a problemi a lui sconosciuti ed incomprensibili, a delle ingiustizie sconcertanti che sono come un pugno in un occhio in una nazione come la Svizzera che è simbolo quasi mitico di libertà, di democrazia e di diritti dell'uomo. Il film di Bizzarri ha avuto larga diffusione soprattutto nell'ambiente operaio svizzero. Nel 1972, insieme con *Treno del sud* dello stesso autore, è stato presentato alla Rassegna Internazionale Cinematografica di Olbia nel quadro del tema « *Cinema ed emigrazione* ». Ed anche ad Olbia, come in Svizzera, ha avuto vivo successo di pubblico e di critica. Nel '73 il film è stato presentato anche al festival di Locarno e lo scorso autunno alla televisione della Svizzera italiana e romanda, suscitando numerose polemiche.

Dal canto suo, *Il rovescio della medaglia*, film prodotto da Bizzarri nel '73 in collaborazione con le colonie libere italiane di Bienne, porta il discorso-denuncia a uno stadio più avanzato. Analizzando le situazioni d'alloggio e di vita dei lavoratori stranieri nella città di Bienne, Bizzarri accusa di sfruttamento, senza mezzi termini e con violenza, la società industrializzata in cui vive. Il film è particolarmente coraggioso. La crudezza di molte sue immagini, in particolare quelle che contrappongono le abitazioni della linda Bienne turistica alle luride baracche degli emigranti, parla un linguaggio convincente che non può essere frainteso né dalle autorità svizzere, né da quelle italiane.

RASSEGNA DE

I frontalieri

DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

..... del

Del 1974 è il film del ticinese Villi Hermann, *Cerchiamo per subito operai, offriamo...* Sul piano formale presenta caratteristiche soprattutto televisive, su quello sostanziale non costituisce una denuncia come i film di Bizzarri. Vuole, comunque, attraverso un *dossier* a tre livelli — quello dei frontalieri, quello delle padronanze e quello del sindacato —, sensibilizzare il grosso pubblico sui disagi che affrontano quotidianamente i frontalieri nel corso della loro lunghissima giornata lavorativa. Proiettato al Festival di Locarno, accolto positivamente dalla stampa, venne poi invitato alla Mostra del nuovo Cinema di Pesaro e giorni fa, al Festival di Nyon, dove è stato proiettato in concorso e ha ottenuto il premio della Televisione elvetica.

AUGUSTO ORSI

IX

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale ROMA di Napoli del 31-X-24

**Arrestati in Austria
due italiani
per tentata rapina**

VIENNA, 31

La gendarmeria di Innsbruck ha annunciato di avere arrestato i due italiani Eugenio Galardi, di 29 anni di Firenze e Elso Antonio Baschini, di 36, anch'egli di Firenze che lunedì pomeriggio avevano tentato di rapinare un ufficio di cambialvalute a Gries, presso il Brennero. Secondo la gendarmeria il Galardi è entrato nell'ufficio dei cambialvalute e puntando una pistola contro il cassiere gli ha intimato di consegnargli il denaro. Il cassiere ha opposto resistenza e ne è derivata una colluttazione durante la quale il cassiere è riuscito ad azionare il segnale d'allarme.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

L'Unità

di Roma

del 31-X-76

In una situazione economica sempre più pesante

Estesi scioperi in Francia in difesa dell'occupazione

Postini, minatori e lavoratori dell'informazione; le categorie in fase di lotta più acuta - Ferma risposta di Duclos alle vergognose affermazioni del ministro Poniatowski

Dal nostro corrispondente

PARIGI, 30.

I progressi allarmanti della crisi economica (destinata ad aggravarsi nei mesi a venire se è vero che l'espansione cala dal 4,7 al 3,8 per cento nel prossimo anno, e si tratta di previsioni ottimistiche) si ripercuotono in modo sempre più pesante sul clima sociale. I disoccupati hanno superato in settembre il mezzo milione e saranno oltre 500 mila alla fine di dicembre, cioè il 2,5 per cento della mano d'opera attiva. Gli scioperi di carattere rivendicativo e in difesa dell'impiego vanno moltiplicandosi, limitati per ora al settore pubblico, mentre la crisi del settore automobilistico lascia prevedere a breve scadenza l'irrompere nelle lotte anche del settore privato.

La Francia è senza posta da ormai 13 giorni consecutivi e la rete telefonica, una delle peggiori in Europa (anche questo ritardo, come tanti altri, è da mettere sul conto delle folli spese fatte per dotare il paese di una forza nucleare), non riesce più a smaltire il sovraccarico supplementare provocato dalla paralisi dei servizi postali. I dipendenti delle poste chiedono non soltanto aumenti salariali, ma anche la riduzione della sperequazione esistente tra le remunerazioni più alte e quelle più basse, l'aumento del personale, la modernizzazione dei centri di smistamento e il miglioramento delle condizioni e del-

l'orario di lavoro. Tra le richieste dei sindacati e le offerte del governo, soltanto sul piano dei miglioramenti salariali, c'è una differenza di due miliardi di franchi, oltre 250 miliardi di lire: «un abisso» affermano i dirigenti sindacali che, senza rallentare le trattative, mantengono con fermezza l'ordine di continuazione dello sciopero.

Oggi sono entrati in sciopero i minatori della Lorena contro la decisione del governo di chiudere quei pozzi carboniferi. Qui la lotta è per la difesa dell'impiego di 22 mila minatori, nel quadro di una campagna volta a costringere il governo a rivedere la propria politica energetica. Nel momento in cui paesi ricchi di risorse naturali energetiche — come l'America, per esempio — riprendono a preoccuparsi della produzione carbonifera, abbandonata negli anni dell'abbondanza di petrolio a buon mercato, e investono cifre considerevoli nella ricerca di nuovi giacimenti, la Francia abbandona le sue miniere di carbone una dopo l'altra.

Gravissima è anche la situazione nel settore dell'informazione. Avendo deciso una ristrutturazione degli organismi che presiedono alle trasmissioni radiofoniche e televisive, il governo ha deciso il licenziamento di 500 giornalisti dipendenti dalla defunta ORTF (Ente radio televisivo francese): di qui lo sciopero compatto dei dipendenti dell'ente, la soppressione da alcuni giorni de-

programmi radiofonici e televisivi e la prospettiva di lotte ancora più serrate nelle prossime settimane. E non basta: i giornalisti della stazione radio «indipendente» «Europa-Uno (nella quale il governo ha tuttavia una grossa partecipazione) sono scesi in lotta per protestare contro lo scandaloso intervento del ministro dell'interno che, dopo aver silurato il direttore generale della stazione, ha preteso modificare certi programmi informativi con una brutalità che contrasta con il preteso liberalismo del potere giscardiano e ne mette in evidenza i disegni autoritari. Appare evidente che, in una prospettiva di crisi accentuata e quindi di malcontento, il governo vuol potere orientare l'informazione a suo piacimento e ridurre al minimo i centri di cri-

tica che rischiano di influenzare a suo danno un'opinione pubblica particolarmente sensibile e irritable.

In questo piano rientra l'opera di denigrazione intrapresa dallo stesso ministro dell'interno Poniatowski contro il partito comunista, da lui definito «un partito a carattere fascista». Questa basse operazione mira, da una parte, a ridurre la credibilità delle critiche del PCF alla politica governativa e dall'altra a inserire un cuneo tra socialisti e comunisti.

La risposta a Poniatowski non si è fatta attendere: ieri, nel corso di un dibattito al Senato, Jacques Duclos ha preso la parola per ricordare a Poniatowski non soltanto la storia del PCF, ma anche ciò che si mormora nel paese, e cioè che «Poniatowski è un fascista». Il ministro dell'interno, presente in aula, ha allora annunciato che abbandonava la seduta in segno di protesta. Al che Duclos gli ha gridato: «Se non avete il coraggio di ascoltare un patriota insultato siete un vigliacco».

Il clamoroso incidente è stato temporaneamente chiuso con la promessa di Poniatowski di accettare — su proposta dello stesso Duclos — una discussione in Senato sul ruolo e l'attività del partito comunista francese.

Augusto Pancaldi

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

IL GIORNO

di Milano

del 31-X-74

Ritaglio dal Giornale

CON PREMI COSPICUI A CHI DA' LE DIMISSIONI

La Volkswagen sfoltisce ma gli italiani restano

Portato a 6 mila il numero dei dipendenti che se ne devono andare - Nessuna preoccupazione per i nostri emigrati, indispensabili alle catene di montaggio

dal nostro
corrispondente
ROBERTO GIARDINA

AMBURGO, 30 ottobre

La Volkswagen continua nella sua politica dei «licenziamenti volontari» (dimissioni in cambio di premi variabili dal milione e 200 mila lire ai due milioni e mezzo di lire). Aveva annunciato riduzioni di personale fino a 4500 unità, ed ora ha portato il tetto a 6000. Un nuovo sintomo, se ce ne fosse bisogno, della grave crisi in cui si dibatte la casa di Wolfsburg. Anche la stessa politica di riduzione del personale condotta con questi metodi lascia scettici i tecnici: a dimettersi, allettati dai premi, sono proprio gli operai più qualificati che, intascato l'assegno, sono sicuri di trovare immediatamente un nuovo posto (in Germania ci sono 557 mila disoccupati, e la cifra salirà ancora,

ma la disoccupazione è settoriale e per un buon operaio specializzato è diventato più difficile ma non impossibile trovare un'occupazione).

Oppure, si dimettono in blocco i dipendenti d'un certo settore, rischiando di bloccare la produzione: ad esempio, in questi giorni la «VW» sta cercando (paradossalmente per dei tedeschi) di trattenere a tutti i costi gli operai italiani decisi ad andarsene. Chi li sostituirebbe infatti alle catene di montaggio? Gli operai «di casa», pur vantandosi di essere i più infaticabili lavoratori d'Europa, preferiscono il sussidio di disoccupazione, per altro cospicuo, ad un lavoro «inumano».

La crisi della Volkswagen non può essere certamente risolta, né alleviata, con simili palliativi. E l'attuale congiuntura mondiale l'ha aggravata ma non provocata: essa ha radici antiche. Lo stesso capo della «casa», Rudolf

Leiding, 60 anni, posto sul banco degli imputati, siano o no giustificate le accuse, non può essere ritenuto responsabile di errori che risalgono ad almeno un decennio fa. Succeduto a Kurt Lodz nell'ottobre del '71, Leiding (alla «VW» dal 1945) iniziò una drastica opera di risanamento: cullandosi sul successo «eterno» del Maggiolino non erano stati progettati nuovi modelli realmente concorrenziali, e non era stata neanche coordinata la produzione tra la «casa madre» e la «figlia» Audi.

Leiding, attirandosi molti odi che sconta adesso, dimezzò il programma d'investimenti di 8,6 miliardi di marchi (2130 miliardi di lire al cambio attuale), congelò lo studio d'un nuovo motore «VW» e di una serie «Audi» ritenuta non concorrenziale, mise sotto pressione il reparto progetti controllando di persona l'andamento dei lavori: sotto la sua direzione sono stati immessi sul

mercato ben cinque nuovi modelli riducendo a meno d'un terzo il tempo normale necessario a Wolfsburg tra progetto e costruzione in serie.

Il 1973 si chiuse con un successo: 211 milioni di guadagno, poco in assoluto, molto se confrontato ai bilanci degli anni precedenti. Ma quest'anno, il vento contrario ha messo la «VW» a dura prova. La crisi petrolifera è stato quel «plus» che ha fatto rischiare il naufragio: le vendite sono diminuite del 16,3 per cento (ma in settembre rispetto all'anno scorso le immatricolazioni complessive nella Repubblica Federale registrano un calo di poco più del 3 per cento). Nei parcheggi della «casa» e dei rivenditori sono stipate 430 mila vetture, di queste un buon dieci per cento negli Stati Uniti.

E' il mercato americano la grande incognita per Wolfsburg

(che esporta una buona meta della sua produzione). Dieci anni fa, un Maggiolino costava oltre Atlantico circa 1300 dollari, oggi per l'aumento dei prezzi e per le innumerevoli rivalutazioni del marco e la svalutazione della divisa americana sfiora i tremila, quasi il prezzo d'un modello economico statunitense. Leiding ha già la soluzione pronta: costruire uno stabilimento in USA (un altro è previsto in Romania).

«I vantaggi sono tali — afferma — che lo avremmo già dovuto fare cinque anni fa». I costi del materiale e della mano d'opera in Germania continuano a salire (quest'anno si avrà una spesa maggiore per queste voci di 1,5 miliardi di marchi) più rapidamente che in America: «Costruire in USA — dice Leiding — ci farebbe risparmiare 500 dollari a vettura, e non avremmo le spese di trasporto».

Ovviamente il problema non è solo tecnico ma anche politico (la «VW» è in pratica «proprietà» dell'SPD della Bassa Sassonia: i socialdemocratici controllano il venti per cento delle azioni, il resto è polverizzato tra i piccoli azionisti). «Invece di esportare auto — dicono i politici — esporteremo posti di lavoro». La campagna personale contro Leiding in ottobre ha raggiunto l'acme: lo si accusa di debolezza nella guida del personale e di errori nella strategia deflazionistica durante la crisi. «Alles rot, Leiding tot», tutto rosso, Leiding morto, si dice a Wolfsburg, ma il suo contratto scade nell'autunno del '76 ed egli è convinto di superare per allora il momento nero: «Per l'auto — dichiara — sta per tornare la primavera».



Ministero degli Affari Esteri

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

I

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale Il Epionno di Milano del 31-X-76

RFT - Lotta al lavoro illegale

BONN, 30 ottobre

Dure pene verranno inflitte nella Germania federale a chi assume o recluta illegalmente lavoratori stranieri. Il governo di Bonn ha infatti approvato oggi un progetto di legge in base al quale datori di lavoro senza scrupoli e trafficanti di manodopera potranno essere condannati da sei mesi

a cinque anni di reclusione.

Nella Germania occidentale, i lavoratori illegali sono parecchie decine di migliaia. Non esistono al riguardo cifre ufficiali e persino le stime dei ministeri sono discordi: per quello del Lavoro, essi sarebbero meno di 100.000, per quello dell'Economia si aggirerebbero intorno ai 230.000. In realtà potrebbero essere — secondo alcuni — circa mezzo milione, in gran parte impiegati in piccole fabbriche e nei cantieri edili.

I
RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Il Globo

di

Roma

del

31-X-74

**Dure pene nella Rft a chi assume
illegalmente mano d'opera straniera**

BONN, 30. — Dure pene verranno inflitte nella RFT a chi assume o recluta illegalmente lavoratori stranieri. Il governo federale di Bonn ha infatti approvato oggi un progetto di legge in base al quale datori di lavoro senza scrupoli e trafficanti di manodopera potranno essere condannati da sei mesi a cinque anni di reclusione.

UN PROVVEDIMENTO TARDIVO

Bonn contro il reclutamento di lavoratori stranieri illegali

Fino ad ieri il fenomeno è stato tollerato poiché è andato a vantaggio dell'economia tedesca

BONN, 31

Dure pene verranno inflitte nella Germania Federale a chi assume o recluta illegalmente lavoratori stranieri. Il governo di Bonn Federale ha infatti approvato un progetto di legge in base al quale da-

tori di lavoro senza scrupoli e trafficanti di manodopera potranno essere condannati da sei mesi a cinque anni di reclusione.

Nella Germania Occidentale, i lavoratori illegali sono parecchie decine di migliaia. Non esistono al riguardo cifre ufficiali e persino le stime dei ministeri sono discordi: per quello del lavoro, essi sarebbero meno di 100.000, per quello dell'economia si aggirerebbero intorno ai 230.000. In realtà potrebbero essere — secondo alcuni — circa mezzo milione, in gran parte impiegati in piccole fabbriche e nei cantieri edili.

Fino ad ieri il fenomeno era stato più che tollerato: sottoposti costantemente al ricatto di un licenziamento senza indennità di disoccupazione o assicurazione malattia, i lavoratori illegali dovevano accettare i lavori più duri, più pericolosi e più sgradevoli. Un esercito di uomini e di donne molto mobile, assai utile all'economia tedesco-occidentale.

Il nuovo atteggiamento di Bonn è stato determinato dalle previsioni secondo cui nel prossimo inverno i disoccupati saranno più di un mi-

lione. Tale cifra è emersa da cinque studi compiuti da altrettanti istituti di ricerca economica. Subito dopo, il ministro dell'economia Hans Friderichs affermò che la cifra doveva essere ridimensionata poiché nella RFT ci sono attualmente 230.000 lavoratori illegali.

Ieri, meno di due settimane più tardi, il governo ha varato la nuova proposta di legge che dovrebbe togliere fondamento all'accusa secondo cui la RFT avrebbe per anni coltivato una piaga vergognosa. Le nuove norme non prevedono sanzioni per il lavoratore illegale, eccetto naturalmente la sua espulsione dal paese.

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *Corriere della Sera* di *Milano* del *31-X-74*

**In Germania
mezzo milione
di immigrati
abusivi**

BONN, 30 ottobre.

Dure pene verranno inflitte nella Germania federale a chi assume o recluta illegalmente lavoratori stranieri. Il governo di Bonn ha infatti approvato oggi un progetto di legge in base al quale datori di lavoro senza scrupoli e trafficanti di manodopera potranno essere condannati da sei mesi a cinque anni di reclusione.

Nella Germania occidentale, i lavoratori illegali sono parecchie decine di migliaia. Non esistono al riguardo cifre ufficiali e persino le stime dei ministeri sono discordi: per quello del lavoro, essi sarebbero meno di 100.000, per quello dell'economia si aggirerebbero intorno ai 230.000. In realtà potrebbero essere — secondo alcuni — circa mezzo milione, in gran parte impiegati in piccole fabbriche e nei cantieri edili. (ANSA)

I e II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

PAESE

SERA

ROMA

31-X-54

Ritaglio dal Giornale

del

Aumentano disoccupati e riduzioni di orario

Conferenza stampa di Bertoldi Preoccupante andamento dell'industria Cassa integrazione: Ipotesi di riforma

Nei primi nove mesi di quest'anno (dal gennaio a settembre incluso) i disoccupati iscritti nelle liste di collocamento sono aumentati del 6,1 per cento rispetto allo stesso periodo dell'anno scorso, « per cui possiamo ritenere — ha detto ieri il ministro del Lavoro Bertoldi — che essi siano ora 800.000 ». Nello stesso periodo le ore pagate dalle tre gestioni della cassa integrazione guadagni sono anch'esse aumentate. La gestione « ordinaria », quella che integra fino al 66 per cento i salari degli operai sospesi ha segnato un aumento, sempre nei primi nove mesi di quest'anno, dell'11,7 per cento; quella « straordinaria » (integrazione salariale fino all'80 per cento) del 18,2 per cento; quella speciale per l'edilizia segna invece una diminuzione del 24 per cento. « Ma questo dato non deve trarre in inganno — ha affermato il ministro — poiché nell'edilizia si verifica un diffuso ricorso ai licenziamenti ».

Esaminando l'andamento nelle varie province, risulta che l'aumento delle ore di cassa integrazione è concentrato soprattutto nei mesi di luglio, agosto e settembre, con una progressione continua. I dati di ottobre segnano un ulteriore aumento, a conferma di una tendenza recessiva. L'ingresso della Fiat nell'area della crisi segna per Torino un aumento di oltre 8 milioni e mezzo di ore di cassa integrazione rispetto al mese di ottobre dello scorso anno; aumenti sono segnalati a Vercelli, Varese, Vicen-

za e Firenze nei settori tessili e dell'abbigliamento, a Milano e a Roma per il settore meccanico.

Questi, in sintesi, alcuni dei preoccupanti dati sulla situazione dell'occupazione resi noti da Bertoldi nel corso della conferenza stampa tenuta ieri mattina al ministero del Lavoro. Una sorta di « canto del cigno », ha affermato il ministro riferendosi alla crisi di governo « prima di andare anch'io in cassa integrazione ». Il ministro ha fatto un bilancio della « evoluzione della congiuntura ». Le segnalazioni più recenti, ha detto, indicano un peggioramento della situazione della occupazione, anche se finora non vi sono casi clamorosi di chiusura di grandi aziende e di licenziamenti massicci. Tuttavia aumenta il ricorso alla Cassa integrazione, diminuisce il numero delle nuove assunzioni, sono bloccati i turnover, cioè la sostituzione degli operai andati in pensione con ripercussioni sensibili sulla occupazione giovanile, si è ridotta fortemente la emigrazione mentre si moltiplicano i preannunci di rientro di operai emigrati soprattutto dalla Germania e dalla Svizzera. Dal quadro complessivo emerge la crisi di interi comparti produttivi, come l'edilizia, il tessile e quello dell'auto, con ripercussioni non ancora tutte avvertite sui settori collegati. « Anche se non si può parlare

di arretramento generalizzato del settore industriale — ha affermato Bertoldi — non si può nemmeno respingere la preoccupazione di una recessione almeno di breve periodo ».

Lo « stillicidio dei licenziamenti » si verifica nelle piccole e medie industrie, più colpite delle grandi dalla restrizione del credito. Il ministro ha accennato ad alcune

industrie medie (4-5000 operai) che hanno lanciato al ministero del Lavoro un « sos » affinché le aiuti nella ricerca di soldi per pagare i salari. « E' mancata — ha riconosciuto il ministro — una selezione del credito ». Il ricorso sempre più massiccio alla cassa integrazione « fa sorgere preoccupazioni anche per la gestione finanziaria della stessa cassa, affidata all'INPS, che sta correndo il rischio di trovarsi in una situazione difficile ». Entro la fine dell'anno la gestione ordinaria si troverà con un deficit di 78 miliardi; quella per l'edilizia di 193 miliardi; quella straordinaria (finanziata dallo Stato) ha invece un attivo di 56 miliardi. Da qui l'esigenza di una riforma della cassa integrazione, secondo una « ipotesi sulla quale il ministero del Lavoro si trova impegnato ».

Anche i sindacati hanno chiesto di rivedere il meccanismo della cassa. Si tratta di unificare i trattamenti, garantendo il 95 per cento del salario ai lavoratori sospesi, aumentando i contributi a carico delle aziende (ora sono pari allo 0,20 per cento del monte salari per la ordinaria e dell'un per cento per l'edilizia), e modificando i criteri di intervento quando si tratta di processi di ristrutturazione industriale, affinché la cassa rappresenti un incentivo al rilancio produttivo dell'azienda e non, come avviene ora in molti casi, un finanziamento pubblico « alla inattività ». I sindacati hanno poi chiesto — ha soggiunto il ministro — di discutere i motivi per cui gli industriali chiedono la crisi del settore (caso in cui interviene la cassa integrazione straordinaria), affinché si trovino i modi per superarla, si fissino i tempi della riconversione e si garantisca l'occupazione. E' il caso dell'auto, ma la Fiat non è di questo avviso, come dimostra la ripusa di tutte le proposte che avrebbero evitato la cassa integrazione per 71 mila operai.

La riforma della Cassa integrazione è legata a due altri grossi problemi, quelli della mobilità del lavoro e del salario garantito, e che stanno al centro delle richieste dei sindacati, insieme alla rivalutazione del punto della contingenza. Ne ha parlato anche Bertoldi, riferendosi anche alle proposte del PSI in tema di salario garantito. « Mi sembra giusto — ha detto — quanto chiedono i sindacati, e cioè che il problema della mobilità (l'uso e la destinazione della manodopera nei casi di riconversione delle aziende) venga risolto in termini di contrattazione con le organizzazioni dei lavoratori, stabilendo le opportune garanzie ».

Il ministro ha evitato ogni riferimento alla posizione di chiusura manifestata in merito dalla Confindustria e dall'Intersind durante le trattative per la contingenza, ma val la pena di ricordare che la rottura del negoziato è avvenuta anche su questo punto. Difatti, gli industriali pubblici e privati non sono affatto disposti a riconoscere al sindacato un potere di intervento in materia di ristrutturazione aziendale. Vogliono insomma decidere da soli. Sulla garanzia del salario, il ministro ha detto che « è chiaro che essa non può essere intesa come anticamera del licenziamento ». G.F.B.

4
.
.
A
a
t
t
I
I
c
t

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL' UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

Le Voe Repubblicana

di

Roma

del

31-X-74

Diminuiscono le rimesse degli emigrati

Nella bilancia dei pagamenti, la voce « rimesse emigrati » ha registrato, nei primi otto mesi del 1974, incassi per 303,6 miliardi, con una flessione di 76,3 miliardi, pari al 20,1 per cento, rispetto ai 379,9 miliardi incassati nel corrispondente periodo del 1973. Si ricorda, che nei primi otto mesi del 1972 le rimesse degli emigrati avevano accusato un introito di 421,8 miliardi, per cui si era registrata, all'agosto 1973, una flessione di 41,9 miliardi pari al 9,9 per cento.

Per quanto riguarda l'andamento delle rimesse degli emigrati per il solo mese di agosto, si è conseguito in tale mese un totale di incassi di 44,3 miliardi, con una flessione rispetto all'agosto 1973 (61,5 miliardi) di 17,2 miliardi, pari al 28,0 per cento, contro un aumento di 4,5 miliardi, pari al 79 per cento, nell'agosto 1973 sull'agosto 1972 (incassi 57,0 miliardi).

Ove si consideri l'incidenza, sempre nei primi otto mesi del 1974, delle rimesse emigrati sul saldo delle partite invisibili, pari a 491,2 miliardi, essa è risultata del 61,8 per cento, contro il 47,8 per cento nel corrispondente periodo del 1973 (partite invisibili 794,8 miliardi).

(Interpress)

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

«EUROPEO»

di

Milano

del

31-X-

Vivere da italiani in Svizzera

I problemi dei lavoratori stranieri rimangono drammatici anche se il risultato del referendum non li costringerà a lasciare la Svizzera

CLAUDIO LAZZARO

LUGANO, ottobre

DUE SVIZZERI su tre hanno votato contro il progetto che Valentin Oehen, leader dell'Azione nazionale, era riuscito a sottoporre a referendum. Per la seconda volta l'estrema destra non è riuscita a far passare la sua linea di discriminazione verso i lavoratori stranieri in Svizzera. E mentre nel 1970 l'iniziativa promossa da James Schwarzenbach era stata bocciata dal cinquantaquattro per cento degli elettori elvetici, domenica 20 gli svizzeri che hanno detto no al progetto ancora più xenofobo di Oehen sono saliti al sessantasei per cento.

In Svizzera si ricorre fin troppo spesso al referendum, ma mentre di solito l'afflusso alle urne oscilla intorno al trenta per cento, in questo referendum sui lavoratori stranieri, come in quello del 1970, il settanta per cento della popolazione ha dato il suo voto.

Durante le votazioni, quando ancora su più di un milione di lavoratori stranieri pendeva la spada di Damocle di un ritorno imposto e improvviso ai paesi d'origine e alla disoccupazione, siamo andati in Svizzera a parlare con gli italiani, che costituiscono più della metà di questi lavoratori.

In Svizzera si avvertiva un sottile disagio. Il disagio di un popolo costretto a votare su un problema controverso, ambiguo, antipatico. E il disagio del diciassette per cento di questo popolo, gli stranieri, che il voto non lo potevano dare, ma si preparavano a subirlo.

I lavoratori italiani con cui abbiamo parlato ci aiutano a capire un problema che non si è certo esaurito con il risultato di questo referendum.

Ecco le loro testimonianze:

Gianfranco Bresadola, emigrato in Svizzera dal 1959. Ex-tornitore e attuale vicepresidente della federazione delle Colonie libere, una delle più influenti associazioni di emigrati italiani.

L'Azione nazionale di Valentin Oehen è un movimento di destra con una scarsa rappresentanza parlamentare, così come il Partito repubblicano fondato da Schwarzenbach, altro famoso promotore di referendum contro i lavoratori stranieri. I due gruppi, sommati, riescono a mettere insieme soltanto undici deputati, su duecento del Parlamento

federale. Ma siccome per indire un referendum basta raccogliere cinquantamila firme, Oehen ha potuto facilmente arrivare alla consultazione popolare. Se gli svizzeri diranno di sì al suo progetto, entro il primo gennaio 1978 più di mezzo milione di stranieri dovranno abbandonare la Svizzera: tra di esse ci saranno trecentomila italiani. Su tutto il territorio potranno restare soltanto cinquecentomila stranieri, distribuiti in modo da non superare, in ogni cantone, il dodici per cento della popolazione. Con l'unica eccezione di Ginevra dove gli stranieri dovranno passare dal cinquantatré per cento attuale al venticinque per cento. Le naturalizzazioni saranno ridotte a quattromila per anno.

Da queste misure saranno esclusi centocinquantamila stagionali che potranno soggiornare in Svizzera per dieci mesi all'anno e

non avranno il diritto di portare con sé la famiglia. Saranno esclusi anche settantamila frontalieri, che insieme agli stagionali sono quelli più sfruttati.

Come mai l'estrema destra, così debole in Parlamento, è riuscita a convogliare a favore di un'iniziativa xenofoba come quella del 1970 il quarantasei per cento dei voti?

Perché il problema degli emigrati esiste veramente. Alla fine della guerra la Svizzera aveva le sue industrie intatte e poteva assorbire vantaggiosamente la manodopera straniera a basso prezzo. Così il governo ha spalancato le porte ai lavoratori, ma non si è preoccupato di accoglierli con case, scuole, servizi: di adeguare cioè le infrastrutture sociali alla massa degli emigranti. Fino ad ar-

rivare alla situazione attuale in cui su una popolazione di sei milioni e seicentomila, gli stranieri sono circa un milione e trecentocinquantamila. Una situazione in cui facilmente si possono sviluppare gli attriti e l'incomprensione, soprattutto nei momenti di congiuntura economica sfavorevole.

Niente di più facile, di fronte a una serie di problemi irrisolti, che dare la colpa agli stranieri, soprattutto a quelli così diversi, così chiassosi, così meridionali.

Ed è su queste reazioni semplicistiche che la destra si basa per spacciare le sue tesi. Secondo una di queste tesi, diminuendo il numero dei lavoratori stranieri aumenterebbe la richiesta di manodopera locale, e quindi si rafforzerebbe il potere contrattuale dei lavoratori svizzeri.

In realtà, la struttura produttiva svizzera è dimensionata sulla presenza attuale di manodopera e resterebbe inutilizzata se questa presenza diminuisse all'improvviso. Inoltre, una vittoria del referendum contro gli stranieri sarebbe una vittoria della destra, e quindi non potrebbe che inferire un duro colpo al potere contrattuale dei lavoratori. Il potere contrattuale aumenterà solo se il lavoratore svizzero e quello straniero, invece di lasciarsi dividere, faranno un blocco per la risoluzione dei loro problemi, che in definitiva sono gli stessi. Queste ragioni, apparentemente semplici, fanno fatica a entrare nelle teste di certi lavoratori svizzeri che si sono abituati a spiccare sulla massa degli emigrati e hanno assunto l'atteggiamento dei piccoli capi.

E DEI ... A confondere ulteriormente le acque contribuiscono certi atteggiamenti di questi personaggi politici privi di scrupoli che, pur essendo di destra, amano presentarsi come i difensori dei lavoratori contro la classe dirigente. Recentemente, nel corso di un'intervista alla televisione hanno chiesto a Oehen: « Non è inumano costringere tanti lavoratori ad abbandonare una posizione che si sono guadagnati, costringerli ad affrontare l'incognita di un ritorno? ».

STA

« A domanda rispondo con domanda », ha detto Oehen: « Non è inumano imboscare da noi i capitali invece di investirli in imprese che creerebbero posti di lavoro in patria, invece di costringere i disoccupati a venire qui? ».

Servendosi anche di argomenti come questo, Oehen riesce a far presa sugli ingenui e sui qualunquisti.

Ma fortunatamente la Svizzera è diversa da come la vorrebbero gli Oehen e gli Schwarzenbach. Recentemente si è formato un comitato interpartitico per introdurre nella Costituzione il concetto dell'equiparazione del lavoratore straniero a quello svizzero.

Chi è impegnato nella campagna per il no al progetto di Oehen?

Le Colonie libere, che raggruppano lavoratori italiani di tutte le tendenze, si sono alleate a tutte le associazioni degli emigranti in Svizzera, dai partiti, ai gruppi sindacali, alle associazioni cattoliche, formando un Comitato nazionale di intesa. A un livello unitario abbiamo organizzato riunioni e assemblee su tutto il territorio, abbiamo distribuito più di centomila volantini e abbiamo inviato a Roma, per due giorni, una delegazione del Comitato, che si è incontrata con tutti i gruppi parlamentari, con il presidente della Camera, del Senato, con il sottosegretario agli Esteri e con la federazione sindacale, CGL, CISL e UIL.

Quali sono le responsabilità del governo italiano nella situazione che si è venuta a creare per i nostri lavoratori in Svizzera?

Il governo italiano ha stipulato una serie di accordi che codificano e legalizzano le discriminazioni contro i nostri lavoratori. In questo frangente poi non ha fatto niente per tranquillizzarci. Gli emigranti si sentono abbandonati a se stessi e se non perdono la calma è solo perché non riescono a credere che il progetto Oehen possa vincere. Purtroppo Schwarzenbach, che si è dissociato dall'azione nazionale accusando il progetto Oehen

di essere pericoloso per l'economia, è già partito con una nuova iniziativa xenofoba, più duttile e più subdola, che sarà votata tra due anni e che ha certo più probabilità di affermarsi.

Chi è con voi nella battaglia per il no?

Evidentemente in Svizzera esiste un distacco tra il paese reale e quello legale. Infatti, malgrado il quarantasei per cento dei voti andati a Schwarzenbach nel 1970, tutta la Svizzera ufficiale è schierata per il no al progetto Oehen.

Gli industriali dicono no perché senza i lavoratori stranieri l'economia colerebbe a picco. L'Unione sindacale svizzera dice che un paese deve poter programmare l'afflusso dei lavoratori stranieri e fissarne il numero a seconda delle esigenze dell'economia. Su questo noi siamo d'accordo. Ma l'Unione sindacale dice anche che gli emigranti che ormai si trovano in Svizzera devono essere trattati su un piano di parità coi lavoratori svizzeri.

I governi cantonali e quello federale hanno preso posizione per il no. La stampa è tutta dalla parte del no. Anche le Chiese si sono espresse per il no puntando sul discorso umanitario.

Per una ragione o per l'altra si dichiarano tutti dalla nostra parte, tranne la destra.

E la destra da chi è spinta?

C'è chi pensa che alle spalle della destra ci siano quegli stessi industriali che adesso si dichiarano per il no. Questi movimenti xenofobi in effetti sono serviti a mantenere gli accordi di emigrazione al livello attuale: contro ogni miglioramento si agitava lo spauracchio del quarantasei per cento dei voti ottenuti da Schwarzenbach, il che ha permesso agli industriali di risparmiare negando una serie di diritti. Da una parte i lavoratori stranieri sono utili all'economia svizzera, dall'altra bisogna mantenerli in condizione di inferiorità perché il loro impiego continui a essere redditizio.

In questo caso però Oehen è andato oltre, è stato più realista del re, e col suo progetto rischiava di sottrarre all'industria un prezioso contingente di manodopera a basso costo.

Qualcuno arriva anche a formulare ipotesi più sottili: siccome la manodopera straniera è impiegata soprattutto dalla piccola e media industria, le iniziative della destra potrebbero essere pilotate da chi intende favorire il processo di concentrazione in atto in tutta l'Europa.

Una cosa è certa: le iniziative xenofobe sono servite a promuovere i loro promotori. Schwarzenbach e Oehen sono balzati alla ribalta politica senza meriti particolari. Soltanto strumentalizzando dei problemi reali e un certo idealismo deteriore basato sulla preoccupazione di conservare intatte le peculiarità svizzere di purezza ecologica e razziale.

Ministero degli Affari Esteri

Vittorio Zulian, dirigente del patronato Ital, un'associazione con funzioni sindacali collegata, in Italia, alla UIL. È di Reggio Emilia, ma lavora in Svizzera dal 1950.

RALE

LA S

La cosa irritante è che il pezzo forte di tutta la propaganda a favore del no, sta in questa domanda che gli svizzeri si pongono affannosamente: « Se gli italiani se ne vanno chi farà i lavori pesanti, umili, sporchi? ».

Personalmente se il progetto di Oehen dovesse vincere vorrei che gli italiani se ne andassero via tutti in una volta e subito, per non lasciare il tempo all'economia svizzera di riorganizzarsi e dargli così una bella botta.

Gli svizzeri ci accusano di mandare a casa i soldi, di esportare il benessere che loro hanno creato. Invece questo benessere lo abbiamo creato anche noi e in questa società paghiamo le tasse senza usufruire dei servizi: è quello che succede ai lavoratori stagionali e ai frontalieri.

In Italia io ci tornerei indipendentemente

dalle votazioni, tanto qua si guadagna meglio, ma si spende il doppio. Quello che manca in Italia, però, è la sicurezza del posto di lavoro.

Salvatore Roscano. Autista. È arrivato da Salerno nel 1963. È presidente dell'AVIS in Svizzera.

Il mio ideale di meridionale è di avere buoni rapporti con gli svizzeri di tutte le lingue, proprio perché noi dobbiamo perdere la cattiva abitudine di chiuderci nel nostro guscio regionale. Il problema degli svizzeri è che hanno paura di essere sommersi, di essere abbassati al livello dello straniero. Per questo preferiscono il frontaliero e lo stagionale al lavoratore che invece si vuole inserire. Per loro l'emigrante deve essere solo casa-lavoro.

Un giovane bolognese con residenza in Italia. Frontaliere, preferisce mantenere l'anonimato perché da cinque anni lavora in un ente pubblico.

L'Azione nazionale ha ottenuto lo scopo di distrarre gli operai svizzeri dai loro veri problemi. Infatti anche loro sono privi di potere contrattuale e come gli italiani devono battersi per le pensioni, gli affitti, gli asili nido.

L'unione tra italiani e svizzeri si è verificata in pochi casi: uno di questi è quello del lungo sciopero alla fabbrica di pianoforti Jacopi Burger, in cui sono riusciti a ottenere il diritto alla tredicesima. Purtroppo il meccanismo del « divide et impera » funziona perfettamente, perfino tra gli stessi italiani. Dividendoli in diverse categorie (frontalieri, stagionali, dimoranti, domiciliati, naturalizzati) con diversi gradi di privilegio, si riesce a frantumare la loro forza. Un merito però bisogna riconoscerlo al governo svizzero. Per la prima volta dalla seconda guerra mondiale il Consiglio federale ha lanciato un appello alla popolazione: è stato un appello a votare no.

Il governo italiano, invece, che aveva promesso di riunire a dicembre una conferenza nazionale dell'immigrazione, si è già dimenticato dell'impegno assunto.

Gaetano Di Dio, siciliano, lavora il vetro. È in Svizzera dal 1964.

La colpa dell'attrito tra svizzeri e italiani sta nella disorganizzazione. Tempo fa un datore di lavoro ha comprato uno stabile per dare alloggio ai suoi dipendenti italiani. E ha cacciato tre famiglie di svizzeri che abitavano nello stabile. Perché invece non si sono costruiti dei nuovi alloggi?

Poi c'è l'isolamento: l'italiano si sente emarginato e certe volte per reazione gli si sviluppa un razzismo al contrario.

Io sul lavoro ho un buon rapporto con gli svizzeri, ma ho fatto fatica ad avere un contatto. Forse il contatto non c'è neanche tra di loro.

Un funzionario di consolato, che preferisce restare anonimo perché ad Adolfo Treggiari, il viceconsole di Baden che ha raccontato a un giornalista che il consolato non funziona, la Farnesina ha sequestrato due mesi di stipendio.

L'emigrante viene mandato allo sbaraglio. Nessuno si preoccupa di informarlo sulla società in cui si avventura. Così il lavoratore resta chiuso in un suo ghetto e diventa la vittima ideale del razzismo. Spesso rimane un disadattato, la sua famiglia si deteriora o si disgrega. Molti arrivano che sono già degli emarginati, scartati dalla società italiana. Al mio paese infatti quando si vuole insultare qualcuno gli si dice: «Ma vattenne in Svizzera!».

Il ministero del Lavoro e quello degli Esteri non collaborano per risolvere il problema e i consolati sono nell'impossibilità di

fornire un minimo di assistenza. Per protestare, noi del consolato abbiamo fatto uno sciopero di dieci giorni.

Sanzio Telari. Bolognese, capo officina. È in Svizzera da undici anni ed è riuscito a ottenere il domicilio.

Sembra che l'unica preoccupazione delle autorità consolari sia quella di fondare dei circoli dove gli emigranti possano giocare a briscola e non possano parlare di politica. Ogni manifestazione culturale è vista con sospetto perché potrebbe essere il pretesto di una discussione sindacale. Qui a Lugano, nel circolo ricreativo italiano, l'unica attività di gruppo che viene vista con favore è il gioco della tombola.

Una volta soltanto il consolato si è preso cura di me: quando arbitrariamente e contro la mia volontà mi ha iscritto nella difesa civile svizzera. L'impiegato consolare mandò la domanda col mio nome e io mi ritrovai pompiere di guerra: se non mi presentavo andavo in galera.

Lilia Castelli. Ventun anni, comasca, segretaria in un consultorio familiare. Ha fatto gli studi in Svizzera.

Una donna italiana, sposata, con figli in Italia, non può ottenere il permesso di lavorare in Svizzera, perché i suoi figli creerebbero un problema in più. Le donne straniere in Svizzera sono sfruttate due volte: una perché le donne qui vengono pagate, a parità di incarico, meno degli uomini. Un'altra perché l'emigrante viene pagata meno della svizzera. A questo referendum le donne hanno votato, ma fino al 1972 non ne avevano ancora il diritto. A livello federale il diritto è stato riconosciuto, in alcuni cantoni, invece, ancora oggi la donna non vota.

istero degli Affari Esteri

DEI

—

TA

....

—

Gianni Gentile. Triestino, emigrato in Svizzera dal 1968. Era docente alle magistrali, adesso fa ricerche in campo storico.

L'elvetismo, il sentimento strumentalizzato dalla destra per bandire le crociate contro gli stranieri, è un mito isolazionista, nato dalla paura che il paese, diviso da tre nazionalità diverse, si spaccasse.

A mio avviso in Svizzera è la classe dirigente che soffre di rigurgiti reazionari, e non la base come sembrerebbero indicare i risultati del referendum di Schwarzenbach. L'appoggio popolare a queste iniziative xenofobe è determinato proprio dalla gestione politica, che tende a creare diverse categorie di cittadini, diversamente privilegiati, favorendone così le reazioni egoistiche e discriminanti.

Apparentemente la classe dirigente svizzera è democratica, ma lo è più che altro nello stile di amministrazione del potere e lo è solo se confrontata a quella italiana.

Guido Zenari. Triestino. È in Svizzera da 22 anni e ha acquistato la cittadinanza. Cura la trasmissione radiofonica quotidiana «Per i lavoratori italiani in Svizzera».

Bisogna interrompere questo ritorno ciclico delle iniziative contro gli stranieri, quest'incertezza continua. Il giornale *L'Eco*, che si occupa di immigrazione, ha fatto una piccola inchiesta tra gli emigrati. Il risultato è che gli italiani vogliono rimanere in Svizzera. E secondo me anche gli svizzeri sono favorevoli: il rancore verso il concorrente straniero è presente solo nelle categorie più disinformate. Nel Canton Ticino il problema dell'emigrazione italiana non esiste, o meglio esiste nella stessa misura di quello dell'emigrazione interna, dal Sud al Nord, in Italia.

Tutt'al più c'è la piccola invidia dei cugini. Il ticinese, se vede in televisione la partita Italia-Uruguay, tiene per l'Uruguay. Il giorno dopo però corre a Milano a vedersi Milan-Inter.

Claudio Lazzaro

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale *P.R.C.* di del *31-1*

SVIZZERA

PERCHE' ODIANO GLI ITALIANI

« Perchè sono piccoli e neri e in trattoria versano il vino sulla tovaglia e molestano le cameriere ». Con motivazioni di questo tipo gli xenofobi svizzeri tentavano di nuovo di cacciare i lavoratori stranieri.

di **MARIO VANDER**

Una storia esemplare: comincia nel 1964 quando Carlo Razza, il più grande di cinque fratelli, decide di emigrare. Arriva a Zurigo con una valigia legata con lo spago, due pagnotte, la forma di pecorino, ottomila lire. Ha un permesso di soggiorno valido per un anno. Trova un posto da operaio addetto al carico e allo scarico di balle di tessuti. Va ad abitare in una baracca, 100 franchi al mese, servizi igienici in comune, spegnerà la luce alle 10, vietato cantare. Ora abita alla periferia di Winthertur, una ventina di chilometri da Zurigo. L'appartamento è di tre stanze. La moglie si chiama Teresa, ha 29 anni; il figlio Ludovico ne ha cinque. Carlo Razza guadagna 1.800

franchi al mese, circa 400 mila lire. Ne spende 160 mila per lo alloggio. Ne manda 70 mila a casa. Il resto va via per il vitto, il vestiario (« Qui ci vuole un cappotto pesante quando da noi, al paese, si gira in camicia »), la scuola del bambino, il trasporto (200 lire ogni corsa in autobus), le tasse che si beccano il venti per cento del salario al netto.

« Riesce a mettere qualcosa da parte? ». « Sì, ma non più di 20-30 mila lire al mese. Ma se capita una malattia i risparmi spariscono; la mutua dà soltanto piccoli rimborsi quando chi s'ammala è la moglie o il figlio ». Lavora dalle 8 alle

18, con un'ora e mezza di interruzione per la mensa, per cinque giorni la settimana. Ogni tre ritardi superiori ciascuno ai cinque minuti, una multa di trenta franchi, non rateizzabile. Il sabato e la domenica costruisce tavoli e sedie, che rivende. Non ha l'auto. Il televisore l'ha comprato a rate due anni fa.

Ora si sente un arrivato « Ho il diritto di domiciliare in Svizzera con la famiglia, la paga è buona. Devo difenderla per questo sto alla larga dai comizi ».

« Potrebbe avere altri figli? ». « Sì, ma mi occorrerebbe una nuova casa. La legge prevede una stanza per ogni membro della famiglia. Guardi, noi italiani a Winthertur dobbiamo stare bene attenti, a letto. Meno male che c'è la pillola. Sa che le donne rimangono ormai incinte molto meno di quelle svizzere? E io sono fortunato. Chi ha la residenza limitata a lui e la moglie, se gli nasce un bambino lo deve nascondere. Guardi, a Winthertur, che sappia io, di piccoli « clandestini » ce ne sono una trentina ».

Ora che gli svizzeri hanno respinto l'ennesima ondata xenofoba, molti lavoratori italiani tirano un sospiro di sollievo. « No pasaran », c'era scritto in un muro accanto ad una fabbrica di Winthertur, nel Cantone di Zurigo: era la speranza di uno spagnolo che con altri 72

reclutati a bassa paga nelle campagne madrilene e basche lavora in una fabbrica di medicinali.

Ecco i dati del problema: 540 mila immigrati di cui oltre 300 mila italiani, sparsi nelle baracche delle fabbriche, nei cantieri di montagna, in piccoli alloggi periferici di grandi città.

Gli xenofobi aggiustano il tiro particolarmente sui *deckitalianer*, gli sporchi italiani, molestatori di donne. Chi ha sollecitato il referendum li voleva a casa entro il primo gennaio 1977. Tutti, o quasi (i promotori del referendum tollerano la presenza del 12% di mano d'opera straniera, in ognuno dei 22 cantoni, fatta eccezione per Ginevra cui è consentito il 25%, compresi gli stagionali e i frontalieri, detti « gli eunuchi » perché non hanno niente: nè contratto, nè diritto di portarsi la famiglia, nè previdenza.

Non è la prima volta che gli svizzeri affrontano il problema dei lavoratori stranieri.

La prima crociata risale al giugno 1965 e fu promossa dal partito democratico del Cantone di Zurigo: l'opposizione del Consiglio federale e dei due rami del parlamento la fece rientrare prima che si arrivasse alle urne. Ci provò cinque anni dopo il deputato repubblicano James Schwarzenbach a nome di un movimento xenofobo, Azione Nazionale, ma fortunata-

Ora Azione Nazionale torna alla carica, senza Schwarzenbach. Il suo leader ufficiale è Valentin Ohenen, « Possiamo anche non farcela. Ma se perdiamo con uno scarto minimo, «diceva durante la campagna», il Governo federale sarà costretto a tener conto di una precisa e massiccia presenza antistraniera e dovrà agire in conseguenza ». Attraverso il referendum anche perduto, si tentava di spingere il governo ad un altro giro di vite specialmente sulla limitazione dei diritti civili dei lavoratori stranieri.

Ohenen spera nelle donne, il cui diritto al voto è recente, e che dopo essere state chiamate a decidere sulla tutela degli animali, sui film pornografici, sulla disciplina dei detersivi, affrontano per la prima volta un appuntamento elettorale importante.

Tra i più tenaci oppositori alla proposta di Ohenen c'era colui che è considerato uno dei padri della xenofobia svizzera, James Schwarzenbach. Sessantenne, agronomo ed editore, scrittore di libri storici ambientati in Engadina, vocazione monarchica nonostante la sua presenza nel partito repubblicano, si dedica alla riabilitazione storica di Nerone, venera imperi del tipo asburgico. Al tempo del suo referendum, lo chiamarono il piccolo Hitler. Ora è fuori dalla mischia. « Non approvo il referendum così come

è stato proposto — ha detto ad ABC. « La sua riuscita sarebbe un durissimo colpo all'economia del Paese. Vogliamo che cantieri e alberghi si svuotino? Vogliamo che il fisco svizzero perda un miliardo di franchi all'anno per questo collettivo abbandono dal lavoro? ». E continua: « Non voglio parlare. Se apro bocca io precipita una slavina. Posso dire soltanto che non approvo l'iniziativa ». Si rimane strabiliati. Schwarzenbach uccide la sua creatura? Non fu proprio lui a coagulare in Azione Nazionale i fermenti anti stranieri? Cos'è cambiato per indurlo a ribaltare la sua posizione? « Sono cambiate molte cose », risponde, « Voglio innanzitutto

fare una premessa: politica e nazionalismo non c'entrano.

Il problema è economico. Questa iniziativa è l'imbocco di un tunnel: al di là, insieme con catastrofi personali, scorgo la distruzione della piccola e media industria i cui organici di stabilimento verranno falciati. Quando presentai il referendum, la situazione era diversa ».

Ma pur ambiguo e contraddittorio, Schwarzenbach rimane un esempio di coerenza di fronte agli uomini che gli hanno tolto — per il momento — la leadership della campagna xenofoba. Chi sono questi uomini, da che versante arriva il loro odio verso gli immigrati e par-

ticolarmente verso gli italiani? Cominciamo da Fritz Meier, il più attivo fra gli esponenti di Azione Nazionale. Dirige un'impresa di costruzioni, la Sulzer, a Ellikon, grossa borgata industriale a pochi chilometri da Winthertur. Su dieci dei suoi dipendenti sette sono stranieri, cinque gli italiani. Sostiene di aver trovato un equilibrio all'interno della sua azienda. « Non sono un razzista », ha detto ad ABC. Alla Sulzer non c'è problema fra lavoratori svizzeri e stranieri, personalmente apprezzo la capacità degli italiani ».

Ma è proprio Meier che nel 1964, rilanciando il movimento

Azione Nazionale con fondi raccolti da costruttori e industriali, fece stampare 200 mila volantini col tono di radunata per la guerra santa: « Via tutti gli stranieri che mortificano lo spirito e l'indipendenza della Confederazione, e tolgono agli svizzeri gli alloggi e i posti di lavoro ».

Meier ha quattro figlie. Una di esse, una sera, è rientrata di corsa per sottrarsi alle frasi galanti, certo pesantucce, di due giovanotti coi capelli neri. Suo padre è uscito in giardino con la rivoltella in mano. Non c'era più nessuno. Ma è da questo episodio che nacque in Fritz Meier l'odio contro gli stranieri. Decise che i due corteggiatori della figlia erano italiani, e partì all'attacco. Chi con stupore, chi con sdegno, molti osservarono in quel periodo sulla porta di casa di Meier un cartello con questa scritta, battuta a macchina: « Le mie quattro figlie non rientreranno mai a casa accompagnate da italiani. Le ho bene ammaestrate per questo. Amici di Ellikon, ammaestrate anche le vostre ».

Più singolari le radici anti italiane di Albert Stocker, che nel 1960 precedette Schwarzenbach come ideatore di una « crociata » di tipo nazista, con l'obiettivo di sradicare oltre mezzo milione di immigrati e di impedire, alla scarsa percentuale tollerata, di dare ai figli una

educazione scolastica alla pari con gli svizzeri. Stocker ha 58 anni, è profumiere, i suoi comizi contro gli italiani « piccoli e neri che in trattoria versano il vino sulla tovaglia e molestano le cameriere », ne hanno fatto una macchietta. Vive a Zurigo. Il suo fanatismo gli ha creato il vuoto intorno: anche chi la pensa come lui, gli ha voltato le spalle. Anche in Stocker la radice della xenofobia è strettamente personale. Scrive in *Nudi col passaporto* una scrittrice italiana, Fiorenza Venturini, moglie di uno svizzero: « Il motivo personale che anima Stocker in effetti esiste, ma non staremo qui a raccontare i particolari di una vicenda che si ripeterà sempre, finché esistono uomini, donne e gelosie ». Un cauto e abile giro di parole per accennare alla verità, che è questa: Albert Stocker ebbe un infortunio coniugale.

Chi dice che gli svizzeri dei cantoni di lingua tedesca non sono gelosi? Il giorno in cui il profumiere ebbe le prove che la bella e giovane consorte non era insensibile alla corte di un operaio italiano, di Cosenza, andò su tutte le furie.

Quando Azione Nazionale si rese conto di non poter contare su un leader feगतoso e ridicolo per questioni di gelosia si rivolse a Rudolf Diener. Casò altrettanto male. Diener, ora già vicino ai settanta, rimase vedovo nel 1965. Cercò una casa più piccola. « Anche perché — spiegò —, mi addolora abitare in stanze che videro il mio matrimonio felice ». Si mise a

cercar casa, ma non la trovò, almeno come e dove la desiderava. Gli dissero che c'era scarsità di alloggi, a causa della presenza a Zurigo di quasi centomila italiani. E si votò alla xenofobia.

Tre uomini di questo spessore non sembrano idonei a condurre un discorso politico tanto grave, nemmeno se vi si aggiungono il dottor James Schwarzenbach e l'attuale leader di Azione Nazionale, Valentin Ohenen deputato di Berna. In realtà sono teste di turco al servizio di interessi precisi. Girando fra cantieri e aziende di diversi cantoni, non abbiamo trovato che imprenditori sfavorevoli al referendum.



Ministero degli Affari Esteri

3

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEGNA

DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

del

Gli industriali giocano col fuoco, certi che non si scotteranno. Il loro calcolo era questo. Il referendum non passa, e nessun lavoratore straniero sarà costretto a fare le valigie. Ma rimarrà la paura, visto che Schwarzenbach prepara — e non in segreto — la quarta crociata. E, con la paura, i lavoratori stranieri saranno più docili, più disponibili ad accettare contratti capestro.

Siamo nell'area del terrore psicologico, che tiene conto anche della crisi italiana e del rifiuto di altre nazioni (Francia, Germania, Danimarca) ad accettare nuovi emigrati. Dal referendum, industriali e operatori svizzeri hanno comunque avuto enormi vantaggi. E' ormai molto raro il caso dell'italiano o dell'jugoslavo che si rivolge ai sindacati. A Zurigo diventa un « rosso pericoloso » anche uno che politicamente si collochi a destra di Mario Tanassi. Spiega Antonio Ferrari, gestore del ristorante cooperativo nella Werdplatz a Zurigo, socialista: « Fino a qualche mese fa gli italiani che venivano a mangiare da noi discutevano, esponevano le loro rivendicazioni, chiedevano i diritti democratici. Ora buttano giù la pastasciutta in silenzio. Molti hanno cambiato ristorante. Temono che nelle fabbriche siano già pronte liste di proscrizione, coi nomi di quelli che un giorno o l'altro saranno espulsi. Poiché tutti i referendum limitano la percentuale al 12% per Cantone, in caso di vittoria dei si sarebbero stati cacciati quattro italiani su cinque. Ora l'umiliante problema è essere il quinto, per quando avverrà la catastrofe. I lavoratori stranieri sono divisi, proprio come volevano i padroni. C'è chi va in officina mezz'ora prima o ne esce mezz'ora dopo, per farsi notare dal capo squadra. I cortei si assottigliano. Abbiamo organizzato una manifestazione contro le stragi di Brescia e del treno « Italicus ». Ebbene, gli italiani presenti erano cinque. Dico cinque. Ho affrontato alcuni di quelli che non ci sono andati. Hanno risposto: « Troppo pericoloso, la polizia degli stranieri filma la sala e la strada ». E' la stessa polizia che fruga negli abituri degli immigrati alla ricerca di figli clandestini ». ●

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

« IL MONDO »

di

Roma

del

31-X-44

VENTESIMO SECOLO

La Svizzera riscattata

di Sergio Telmon

Il voto inequivocabile del 20 ottobre contro l'emarginazione degli stranieri ha riscattato la Svizzera dalle pesanti ombre di sospetto che si erano addensate sulla sua volontà di non degradarsi a una « piccola patria » nazionalista, gretta, xenofoba, degna della maligna definizione che la pretende un « sous-pays développé », un sottopaese sviluppato. Prima del secco e civilissimo « no » di domenica scorsa si dubitava che gli svizzeri — proprio loro che avevano saputo sviluppare un'armoniosa comunità plurinazionale — avrebbero così clamorosamente bloccato il rigetto di quel sesto scarso della popolazione elvetica rappresentato da lavoratori « meridionali » che nessuno, se non essi stessi, avevano incoraggiato ad emigrare nella Confederazione. Si dubitava che la Svizzera fosse capace di colpi d'ala, di raccogliere le grandi sfide, e sorgeva istintivo il confronto con la democrazia americana, gigantesco crogiolo che amalgama nobili puritani inglesi con il « Lumpenproletariat » di quattro continenti, e sa serbare la propria identità e le basi strutturali e culturali della propria civiltà anche quando i discendenti dei nuclei nazionali principali dei suoi padri fondatori (inglesi, scozzesi e gallesi) non rappresentano che un settimo della popolazione totale. Di fronte all'esperienza integratrice della grande democrazia americana, impallidiva la micro-democrazia svizzera, smarrita di fronte a un problema, e apparentemente tentata a risolverlo nella maniera peggiore.

Adesso, a un voto altamente responsabile, devono seguire decisioni altrettanto responsabili. Diciamo subito che il problema della immigrazione straniera, quando varca quella che il promotore del referendum xenofobo, Oehen, considera la « soglia di sicurezza » del 12 per cento, produce uno « choc » che solo con grande fermezza può essere assorbito dalla comunità. Noi vediamo, in Italia, quali problemi (molti dei

quali ancora irrisolti) ha prodotto nel triangolo industriale l'afflusso di tre milioni di emigranti interni dalle regioni meridionali, e che, fino a prova contraria, non erano stranieri. Immaginiamo adesso che, per un improvviso « boom » industriale, si aprano le nostre frontiere a otto milioni e mezzo (perché questo sarebbe il rapporto) di sottoproletari di paesi a reddito pro capite molto più basso del nostro: iraniani, egiziani o algerini. Immaginiamo quali problemi — con le mirabili infrastrutture che possediamo — susciterebbe il loro insediamento, e immaginiamo soprattutto come reagiremmo, nei loro confronti, alle prime avvisaglie di una dura recessione economica. A considerare il tono pedagogico e apodittico di una parte della nostra stampa nelle lezioni impartite agli svizzeri negli ultimi giorni, sembrerebbe che tra noi vi sia chi possiede il ricettario per risolvere simili problemi, che è quello di incolpare gli altri di mentalità nazista. Il problema dell'immigrazione straniera in paesi a più avanzato sviluppo è uno dei grandi problemi del nostro tempo, e non si può rimproverare l'America, ma semmai lodarla, se controlla l'immigrazione e la gradua sulle esigenze del suo apparato economico; ma non vuole stagionali, non ingaggia lavoratori a tempo: chi viene ammesso diventerà un americano a tutti gli effetti, non vivrà sotto l'incubo di un'espulsione. Se vi saranno tempi duri, la società gli darà lo stesso trattamento che riserva a chi è americano dai tempi del Mayflower, senza alcuna differenza.

Agli svizzeri non si può dunque far colpa se sono in certo modo angustiati da una notevole immissione di stranieri nel loro paese; si deve dire che d'ora innanzi, se vogliono il benessere, e l'indispensabile contributo al benessere che rappresenta la mano d'opera di fuori frontiera, debbono convincersi che il lavoratore straniero non va trattato come un cittadino avventizio di seconda classe. Serve la sua opera? Sia naturalizzato, se lo vuole. Se no, se ne fa a meno, lo si lascia a casa sua. L'incoraggiante « no » al referendum di domenica diverrebbe revocabile, e privo di senso, se non fosse rapidamente seguito da una legislazione che apra magari le porte a un numero minore di immigrati, ma che non le riapra forzatamente più a nessuno nell'opposta direzione.

Tra le motivazioni del « sì » e tra quelle del « no » talune meritano un momento di riflessione. Non tanto il « sì » del « mito pastorale » suscita comprensione, quanto quello di una vecchia Svizzera montana, religiosa, « riche en valeurs



Ministero degli Affari Esteri

2

DIREZIONE GENERALE DELL' EMIGRAZIONE E DEGLI AFFARI SOCIALI

RASSEG

Ritaglio dal Giornale

quiritaires », come avrebbe detto Sorel; più cattolica, evidentemente, che calvinista (per il calvinista il benessere, la ricchezza, sono il segno della grazia divina verso chi attivamente opera per elevarsi), di quella Svizzera che vuole così prendersi la rivincita sui cantoni industriali, dove si perdono i valori antichi sotto il premere di un'insolente opulenza consumistica. E' un « sì » più accettabile del « no » sollecitato dalla constatazione del sociologo Novotny che, sotto la pressione di un milione di stranieri, pronti a una qualsiasi occupazione, lo svizzero è stato sospinto a gradini privilegiati nella piramide sociale, ha virtualmente abbandonato il lavoro manuale per una carriera di controllo o decisionale. L'ampia base della piramide è occupata dallo straniero, confinatovi come in un ghetto dalla precarietà del suo stato di non-cittadino. Chi ha votato « no » per perpetuare questa ineguaglianza non reputi di essersi comportato nobilmente.

VII

del

II

RASSEGNA DELLA STAMPA A CURA DELL'UFFICIO VII

Ritaglio dal Giornale

«PANORAMA»

di

Milano

del

31-X-74

SVIZZERA

Non parte lo straniero

Al telegiornale svizzero, la sera di domenica 20 ottobre, si è presentato in cravatta nera, spiegando: « Sono in lutto ». Valentino Oehen, 43 anni, deputato di Lucerna e leader del movimento di estrema destra Azione nazionale, aveva appena appreso i risultati definitivi del referendum: gli svizzeri avevano respinto a schiacciante maggioranza (66 % contro 34 %) la sua proposta di cacciare la metà del milione di lavoratori stranieri, per lo più italiani, che risiedono nella Confederazione Elvetica (6,3 milioni di abitanti).

Nella poco probabile eventualità che gli xenofobi avessero vinto (ma nel 1970 un referendum analogo voluto dal deputato ed editore di Zurigo James Schwarzenbach arrivò molto vicino all'obiettivo, col 46 % dei voti) erano stati fatti tutti i calcoli della « deportazione » in massa. Per i prossimi tre anni una lunga colonna di vagoni ferroviari avrebbe dovuto riportare oltre i confini svizzeri 500 persone al giorno.

A migliaia. Gli italiani costretti a fare le valigie sarebbero stati 300 mila. Dal cantone San Gallo, dove c'è una folla colonia pugliese, sarebbero andati via in 15 mila; dal cantone Argovia, sede del gruppo industriale Brown Boveri, in 42 mila; da Basilea, patria della chimica svizzera, in 25 mila; dalla ricca Zurigo in 65 mila. Oltre 80 mila sarebbero dovuti partire dai cantoni francesi di Vaud e Ginevra dove lavorano in gran parte nell'industria turistica e dal cantone Ticino sarebbero state espulse 40 mila persone, molte delle quali residenti nella Svizzera di lingua italiana da più di 10 anni.

« Abbiamo evitato una catastrofe per la Svizzera », è stato il commento dei giornali più responsabili della Confederazione.

A parte le considerazioni umanitarie (« Ci servivano braccia, ma sono venuti esseri umani », ha osservato lo scrittore Max Frisch), resta il fatto che i lavoratori stranieri sono essenziali all'economia svizzera.

Quando, poco prima del referendum, i sondaggi d'opinione davano il 45 % dei voti agli xenofobi, facendo intravedere la possibilità concreta di una loro vittoria, alcune imprese multinazionali incominciarono a tracciare piani d'emergenza e a studiare la possibilità di trasferirsi in qualche altro Paese.

Passato il pericolo, molti svizzeri si chiedono quali sono le ragioni profonde di tanto risentimento contro i lavoratori stranieri.

« La Svizzera agli svizzeri », è stato lo slogan di Oehen durante la campagna elettorale. « Se continua di questo passo tra pochi anni sa-

remo in minoranza e ci sentiremo stranieri in patria », è un'altra delle sue affermazioni.

Per dimostrare che il numero degli stranieri cresce in modo eccessivo è stato detto di tutto: che mettono al mondo troppi figli e perfino che il loro tasso di mortalità è più basso di quello dei nuovi arrivi.

L'ostilità serpeggia anche tra gli operai svizzeri: « Si impadroniscono dei nostri posti di lavoro e lavorano maledettamente sodo », dice un tornitore di Berna. « Se li lasciassero fare lavorerebbero anche la domenica ». In alcuni quartieri operai di Zurigo, dove svizzeri e italiani vivo-

no a contatto di gomito hanno vinto in qualche caso gli xenofobi: nel quartiere di Zurigo conosciuto come Little Italy i seguaci di Oehen hanno avuto 6.288 voti contro 4.339.

Dalla xenofobia non sono immuni neppure i sindacati. Molti hanno ricordato in questi giorni un episodio quasi incredibile accaduto lo scorso primo maggio a Basilea. Il capo dei sindacati locali di ispirazione socialista, il deputato Ernst Hubacher, fece festeggiare il primo maggio ai lavoratori svizzeri della zona con un giorno di anticipo per non mescolarli con gli stranieri. Il 30 aprile sfilarono i lavoratori svizzeri e il giorno dopo quelli italiani, spagnoli, greci e turchi. « Le montagne tendono talvolta a restringere l'orizzonte della mente », disse tempo fa lo psicologo svizzero Carl Jung al settimanale *Time*.

Resta il fatto che il pericolo non è del tutto scongiurato per il milione di ospiti non troppo desiderati. James Schwarzenbach ha già annunciato un altro referendum meno drastico di quello appena concluso, che potrebbe riportare gli svizzeri a votare sullo stesso problema tra un paio di anni.

Ma anche il gruppo denominato « essere solidali » composto da politici, religiosi e intellettuali che hanno combattuto contro il progetto Oehen ha intenzione di indire un referendum in direzione opposta. Incoraggiati dal voto del 20 ottobre, vogliono che vengano finalmente approvate leggi a favore dei lavoratori stranieri. Tra le proposte quella di denunciare la Svizzera alla Commissione per i diritti dell'uomo perché i lavoratori cosiddetti stagionali non vengano più obbligati a restare per cinque anni separati dalle loro famiglie che non hanno il diritto di fissare la propria residenza sul territorio della Confederazione.

Gaddo Melani